

Leute sogar ihr Leben für gewisse regionale Freiheiten und den Föderalismus einsetzen. Wenn die steirische Volkspartei gerade jetzt diese Frage immer und immer wieder behandelt (Abg. Gerhard Heidinger: „Aber sterben willst du ja nicht gerade!“) — ich will sicher nicht damit sterben —, so muß das sicher seine Ursache darin haben, daß der Zentralstaat sozialistischer Prägung immer mehr und mehr in alle Bereiche der Länder und dort, wo es noch möglich ist, einzugreifen versucht.

Und wenn früher die Rede davon war — ich habe dieselben Ausführungen vor 14 Tagen schon durch Ihren Herrn Finanzminister Androsch gehört — und von Ihnen das Schlagwort geprägt wird von der Freiheit, von Not und Armut und vor der sogenannten sozialen Sicherheit, die mehr Freiheit bringt (Abg. Ing. Turek: „Du bist rückständig; sie propagieren jetzt die Freiheit vom Geld!“ — Abg. Loidl: „100 Jahre ist das alt!“ — Landesrat Bammer: „100 Jahre Kampf gegen die Konservativen!“), dann muß ich Ihnen eines-sagen: Genau das, was Sie predigen, ist überhaupt nur dann möglich, wenn vorher eine wirtschaftliche Freiheit da ist. Durch Ihre Steuerklaue und alles das, wodurch Sie die Wirtschaft belasten, bringen Sie nämlich die Arbeitsplätze in Gefahr und damit das gesamte soziale Gefüge. Wenn Sie das als Freiheit meinen, dann tun Sie mir sehr leid. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist eine Unterstellung!“) Das ist keine Unterstellung.

Herr Kollege, ich werde heute über den öffentlichen Dienst sprechen. Jeder, der hier sitzt, wird sich zurückerinnern, daß noch vor zirka drei Jahren, wenn wir einen Sprechtag abgehalten haben, ganz wenige gekommen sind, um im öffentlichen Dienst eine Anstellung zu suchen. Wenn, dann war das immer mit der Frage verbunden: Was verdient man dort? (Abg. Ing. Turek: „Mit der ÖVP-Mitgliedschaft!“) Wenn Sie heute einen Sprechtag abhalten, dann sind es mindestens die Hälfte oder zwei Drittel der Vorgesprechenden, die um die Anstellung im öffentlichen Dienst ansuchen. (Abg. Loidl: „Sind Sie beim ÖAAB?“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Meine Damen und Herren, woher kommt diese Frage? Ich kann Ihnen das sehr gerne beantworten: Sie kommt daher, da in der freien Wirtschaft die Arbeitsplätze immer unsicherer werden und man im öffentlichen Dienst die Sicherheit sucht, die soziale Sicherheit und die Freiheit, von der Sie reden, die Sie aber in keiner Weise bringen. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber nun zum öffentlichen Dienst: Meine Damen und Herren, auch heuer wieder wird ein beträchtlicher Teil des ordentlichen Haushaltes für unsere Bediensteten des Landes aufgebraucht, und zwar von den 13 Milliarden Schilling dieses Budgets zirka 2,87 Milliarden Schilling für die Personalkosten, zusätzlich 421 Millionen Schilling für den Pensionsaufwand, 37,6 Millionen Schilling für Bezugs-, Pensions- und Wohnbauvorschüsse und 2,4 Millionen Schilling für die Pflege der Betriebsgemeinschaft. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ing. Turek: „Die Lehrer hast du noch nicht!“) Das kommt noch

dazu. Der Mehraufwand gegenüber dem Vorjahr beträgt 300 Millionen Schilling.

Trotzdem ist der Anteil der Personalkosten gegenüber dem Landesvoranschlag 1976 sogar ein wenig geringer geworden, nämlich von 30,61 Prozent auf 30,36 Prozent, ohne daß deshalb irgendwelche sozialen Errungenschaften oder soziale Wünsche unserer Landesbediensteten nicht erfüllt worden wären. Interessant aber ist, daß an diesen Personalkosten der öffentliche Dienst, das heißt die Hoheitsverwaltung, nur 19 Prozent Anteil hat, 17 Prozent die Bauverwaltung und 9 Prozent die sonstigen Dienststellen des Landes. Der Löwenanteil der Personalkosten entfällt auf unsere Landeskrankenanstalten, und zwar 55 Prozent. (Abg. Ingenieur Turek: „60 Prozent!“)

Meine Damen und Herren, auch die Dienstpostenausweitung von 432 neuen Dienstposten geht zum überwiegenden Teil, und zwar 332, im Bereiche der Krankenanstalten vor sich.

Nicht unerwähnt möchte ich auch lassen, daß das Land eine Summe von freiwilligen Sozialleistungen erbringt. Ich darf nur einige aufzählen: Es sind dies die Bezugsvorschüsse an unsere Bediensteten, die Landeskrankenfürsorge — ob es nun Pflegegebühren sind oder Zahnersatz, die Geldaushilfen, Fahrtkostenzuschüsse, die Pflege der Betriebsgemeinschaft, freiwillige Familienbeihilfen und vieles mehr. Das macht zusammen eine Summe von zirka 100 Millionen Schilling aus.

Man kann feststellen, daß die Gehaltsstruktur unseres Landes und eine Reihe von zusätzlichen sozialen Leistungen durch das Land dazu geführt haben, daß in finanzieller Hinsicht der öffentliche Dienst in der Landesverwaltung in den Augen aller Arbeitnehmer, angereichert durch die Sicherheit des Arbeitsplatzes, die ich ja vorhin schon erwähnt habe, gegenüber den Privatangestellten wieder äußerst attraktiv geworden ist.

Aber, meine Damen und Herren, wenn ich von der Attraktivität des öffentlichen Dienstes spreche, dann muß man sich natürlich zwangsläufig die Frage vorlegen, warum ist eigentlich ein solcher Sinneswandel in der Öffentlichkeit und in der Arbeitnehmerschaft vor sich gegangen. (Abg. Loidl: „Rezession!“)

Schauen Sie, Sie, Herr Kollege Loidl, gerade Sie als Gewerkschafter, reden von der Rezession. Wann ist diese entstanden? Das ist zurückzuführen auf zirka drei bis vier Jahre großzügiges Geldausgeben, und eine permanente Rezession können wir nicht haben, und ein Großteil der Inflation, die ja mit dazugehört, ist hausgemacht. Ich kann Ihnen die Antwort sehr einfach geben. (Landesrat Peltzmann: „Die rote Rezession!“)

Seit sechs Jahren regieren Sie, seit sechs Jahren haben Sie das Geld beim Fenster hinausgeworfen (Abg. Ing. Turek: „Durch die Oberlichte!“) — nicht Sie hier im Landtag, Ihre Freunde in Wien —, und seit sechs Jahren haben Sie ein gestörtes Verhältnis zur Wirtschaft. (SPO: „Gerechte Umverteilung!“) Wenn Sie darunter gerechtes Umverteilen verstehen, dann muß ich Ihnen sagen, daß nie so ungleich verteilt wurde wie gerade in Ihrer Regierungszeit. (Beifall bei der ÖVP.) Und mit Ihrer

ungerechten Verteilung werden Sie es noch so weit bringen, das darf ich Ihnen heute prophezeien — wenn Sie nicht schon vorher abgewählt wurden, das ist eher anzunehmen — (Abg. Loidl: „Sie sind nicht hinausgeworfen, die 100 Millionen!“). Welche 100 Millionen? (Abg. Loidl: „Die 100 Millionen freiwillige Sozialleistungen!“) Natürlich! Nur, meine Damen und Herren, nichts gegen die 100 Millionen. Wir bekennen uns dazu, aber sie müssen in einem vernünftigen Verhältnis sein. (Abg. Gratsch: „Das ist ja der Zwiespalt!“) Was Ihnen fehlt, meine Damen und Herren der Sozialistischen Partei, ist, das Verhältnis, das Maß der Dinge zu finden.

Bei Ihnen ist nur alles gut, was groß ist, wenn alles mehr oder weniger aus der linken Hand heraus geschieht. Man hat halt den Eindruck, daß sehr wenig überlegt, gezielt und überdacht ist. Aber bitte, die Rechnung werden Sie ja sicher in einiger Zeit präsentiert bekommen.

Wenn wir heute die Zeitungen gelesen haben — wenn ich das Beispiel jetzt hernehme: Auch dort sind Sie maßlos, weniger Sie hier, aber Sie können es ja nach Wien weitersagen. (Abg. Ing. Turek: „Pst! Nichts sagen!“) Schauen Sie, wenn ich nur ein Beispiel herausnehmen darf: Die Vergebührung der Gehaltskonten, die jetzt vor sich geht. (SPO: „Das stimmt nicht!“) Heute steht es in der Presse.

Ich darf Ihnen eines sagen: Zuerst sind durch den Bund die Bediensteten verpflichtet worden, Gehaltskonten zu eröffnen. Das Land ist dem Beispiel gefolgt — zumindest habe ich es heute aus der Zeitung entnommen —, und jetzt werden diese Überziehungen und alles das, was damit im Zusammenhang steht, vergebührt, und zwar nicht nur einmal, sondern es wird sogar noch eine Nachvergebührung vorgenommen. (Landesrat Gruber: „Darf ich einen Zwischenruf machen?“) Bitte, gerne! (Landesrat Gruber: „Ich habe hier ein Fernschreiben des Finanzministers, das vor einer halben Stunde auf unsere Anfrage hin angekommen ist, daß diese Mitteilung in der Grazer Zeitung falsch ist!“ — Abg. Nigl: „Das sagt gar nichts!“ — Landesrat Peltzmann: „Sei vorsichtig, das gehe ich jetzt lesen!“) Bitte, Herr Landesrat, ich habe kein Fernschreiben. Aber unabhängig davon, wenn es richtig ist, was Sie jetzt an Hand des Fernschreibens gesagt haben, daß die Gehaltsvorschüsse nicht vergebührt werden, meine Damen und Herren, es ändert ja nichts daran, Ihre gesamte Tarifpolitik, Ihre gesamte Gebührenerhöhung und alles, was damit zusammenhängt, ist ein Beweis Ihrer Maßlosigkeit im Nehmen.

Aber, meine Damen und Herren, schauen Sie, dazu gibt es noch einige Dinge im Zusammenhang mit dem öffentlichen Dienst und Ihrer Einstellung überhaupt zu den Dingen. (Landesrat Peltzmann: „Stimmt ja, sogar noch darüber hinaus!“ — Präsident: „Bitte keine so lauten Gespräche vor der Regierungsbank!“) Ich kenne das Fernschreiben nicht, ich kann mich nur auf die Zeitung berufen.

Ich denke jetzt an die Mitte des Jahres 1976 zurück, da wurde von den Gewerkschaften, und zwar von den Gewerkschaften der Post- und Telegraphenbediensteten, der Gemeindebediensteten, darüber hinaus noch der Eisenbahner und des öffent-

lichen Dienstes, Gehaltsverhandlungen geführt. Ursprünglich hat es ausgesehen, als wären diese vier Gewerkschaften bereit, in einem solidarischen Vorwärtsgang in die Verhandlungen zu treten, es war aber ein Rückwärtsgang. (Abg. Brandl: „Dazu brauchen wir keine Belehrung!“ — Abg. Ing. Turek: „Der Benya hat den Retourgang eingeschaltet!“) Herr Kollege Brandl, ich werde dir das schon beweisen. Der langen Worte kurzer Sinn: Die Verhandlungen wurden bis zu einem bestimmten Punkt geführt, und auf einmal haben die sozialistische geführten Gewerkschafter einen Kniefall vor ihrer Regierung gemacht. Es waren das die Gemeindebediensteten (Abg. Dr. Eichinger: „Umgefallen sind sie!“), jawohl, Herr Kollege Hammerl, für ein paar Zuckerl, die man sich sozusagen separat geholt hat, bei den Eisenbahnern beispielsweise das Zurückgehen von Drei-Jahres-Vorrückungen auf Zwei-Jahres-Vorrückungen, darüber hinaus auch bei den Post- und Telegraphenbediensteten. Den öffentlichen Dienst hat man, ich kann es mir nur vorstellen, weil er von einer überwiegenden OVP-Mehrheit des OAAB-FCG geführt wird, im Stich gelassen. Selbst als Gewerkschafter kann ich mich erinnern: 30 Jahre haben Sie, die Sie hier sitzen, die gewerkschaftliche Solidarität gepredigt. Meine Damen und Herren der sozialistischen Fraktion, wo ist Ihre Solidarität geblieben? (Abg. Brandl: „Wir brauchen keine Belehrung!“ — Abg. Dr. Eichinger: „Umgefallen sind sie!“) Für ein paar sozialpolitische Zuckerl sind sie ausgeschert, in die Knie gegangen und haben die Beamten allein und im Stich gelassen. (Beifall bei der OVP.) Das ist das erste Mal, daß die Solidarität gebrochen wurde.

Ein weiteres, meine Damen und Herren, die Personalvertretung unseres Landes bemüht sich schon seit einiger Zeit, die Gleitzeit im Bereich der Landesverwaltung einzuführen. Ich glaube sagen zu können, gegen das Einführen dieser Gleitzeit ist im Prinzip nichts einzuwenden. Sie ist ja schon in einigen öffentlichen Dienststellen, nicht direkt unmittelbar des Landes, und auch in einigen Privatbetrieben eingeführt. Wenn diese Gleitzeit gut überlegt wird und die überwiegende Anzahl unserer Mitarbeiter im Lande der Meinung sind, daß diese Gleitzeit eine ideale Sache vor allem für die Verheirateten ist, dann sollte man sie einführen. Ich gebe aber nur eines zu bedenken: Man sollte sich diese Frage sehr gut überlegen, und zwar deshalb, da in der Deutschen Bundesrepublik die Gleitzeit bereits eingeführt wurde und es von Arbeitnehmerseite her bereits sehr kritische Stimmen darüber gibt. Eines ersuche ich in diesem Zusammenhang, und zwar als Abgeordneter eines von der Landeshauptstadt weit entfernten Bezirkes: Eines muß sichergestellt werden. Wenn unsere Mitbürger in der Landesverwaltung versprechen, sollen die Ämter zumindest in den wesentlichen Zeiten besetzt sein, damit nicht dann dort unter Umständen die Auskunft erteilt wird, der oder dieser Referent oder Beamte ist nicht hier, weil er gerade die Gleitzeit in Anspruch nimmt. (Abg. Ing. Turek: „Dazu gibt es ja eine Blockzeit!“) Ich spreche mich grundsätzlich dafür aus, unter der Voraussetzung, daß allen Teilen Rechnung getragen wird.

Sehr gut hat sich auch im Bereiche unserer Landesverwaltung die im Jahre 1974 vom Herrn Landeshauptmann ins Leben gerufene Steirische Verwaltungsakademie herausgestellt. Sie besteht seit drei Jahren, war zuerst sehr stark auf den theoretischen Teil ausgelegt und geht nun immer mehr dazu über, auch praxisbezogene Kurse abzuhalten, und zwar in letzter Zeit die „kooperative Selbstationalisierung“. Diese Veranstaltungsreihe hat den Sinn und Zweck, alle unsere Mitarbeiter im Lande in ihren Dienststellen zur Rationalisierung anzuregen, zum Mitdenken und Mitgestalten. Meine Damen und Herren, wenn durch die Steirische Verwaltungsakademie unseren Beamten immer wieder vor Augen geführt wird, daß das Land eine Stelle der Serviceleistung für alle Bürger unseres Landes ist, und wenn diese Verwaltungsakademie weiter fortfährt, unseren Mitarbeitern immer wieder vor Augen zu führen, daß es wesentlich ist, eine bürger-nahe Verwaltung zu haben, dann glaube ich, kann man jetzt rückblickend auf drei Jahre Bestand feststellen, daß sich diese Steirische Verwaltungsakademie bestens bewährt hat und weiter ausgebaut werden soll.

Eine weitere Forderung, von der ich auch ganz kurz sprechen möchte und die durch die Personalvertretung sehr unterstützt wird, ist die Frage der Errichtung einer Kantine. Meine Damen und Herren, Sie werden sich jetzt fragen, hat es einen Sinn, sich sehr wesentlich mit der Frage der Kantine zu beschäftigen, weil es ja scheint, daß es keine entscheidende Frage ist. (Abg. Ing. Turek: „Als nächstes kommt die Fitnessanlage!“) In der Größe des Vorhabens selbst, gebe ich durchaus zu, ist es sicher keine allzugroße Frage und müßte über Nacht geschehen bzw. gelöst sein. Leider Gottes ist es eine Frage, die meines Erachtens nun ein wenig in das Politische abgeleitet. Wie Sie wissen, hat die Landesregierung die Handelskammer und das Landesgendarmeriekommandogebäude angekauft. Im Herbst sind diese Dienststellen geräumt worden und die Landespersonalvertretung hat gemeinsam mit dem Landesunterstützungsverein, durch ein Gutachten untermauert, dem Herrn Landesrat und Finanzreferenten, aber auch zuständig für die Liegenschaftsverwaltung, Dr. Klauser, einen Antrag vorgelegt, ihr umgehend die Räume in der Handelskammer zuzuweisen, damit dort ein warmer Mittagstisch für unsere Landesbeamten verabreicht werden kann.

Aus unverständlichen Gründen und ich bitte den Herrn Landesrat um eine ganz klare und öffentliche Auskunft hat der Herr Landesrat in seiner Eigenschaft als Zuweiser und auch als Chef der Liegenschaftsverwaltung letzten Endes diese Räume, die für die Kantine vorgesehen waren, in einer Ferialverfügung — so ist mir berichtet worden — einem audiovisuellen Zentrum, oder wie dieser Verein oder Klub heißt, ich weiß nicht, um was es sich hier handelt, zugewiesen. (Abg. Ing. Turek: „Zuständig ist der Landesrat Prof. Jungwirth!“ — Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Eine gute Sache!“) Kann sein, es ändert aber nichts, daß jetzt ein halbes Jahr vorher eine andere Institution für ein halbes Jahr diese Räume bekommt, die an und für sich für die Kantine vorgesehen sind.

Meine Damen und Herren, wenn man weiß, daß die Wohnbaugenossenschaften hauptsächlich an der Peripherie der Stadt Graz bauen und über 60 Prozent unserer Landesbediensteten Pendler sind und von der Peripherie ins Zentrum kommen müssen, dann wird jeder einsehen, daß es ihnen faktisch unmöglich ist, den Mittagstisch hier sehr günstig einzunehmen oder nach Hause zurückzufahren. Aus diesem Grunde erscheint mir die Errichtung einer Kantine als eine vordringliche Frage. Ich hoffe, ich unterschiebe Herrn Landesrat keine unsozialen Momente, daß dieser Vertrag mit dem audiovisuellen Zentrum deshalb abgeschlossen wurde, damit es nicht zu einem Erfolg der ÖVP-Personalvertretung kommt, da nächstes Jahr in diesem Lande Personalvertretungswahlen abgehalten werden.

Ein weiteres Problem, das ich nur ganz kurz anreißen möchte; es kommt mir selbst etwas eigenartig vor: Wenn man einen Betrieb zu führen hat, dann weiß man, daß alljährlich, manchmal sogar zweimal im Jahr, das Arbeitsinspektorat kommt — berechtigt, muß ich sagen — und dieses sich pausenlos für die Arbeitnehmer und deren Arbeitsplätze einsetzt. Diese Frage ist auch heute in der Generaldebatte schon zum Ausdruck gebracht worden. Es ist interessant, und hier wird anscheinend mit zweierlei Maß gemessen, daß weder das Land noch der Bund, also alle öffentlichen Stellen, dem Arbeitsinspektorat in Fragen der Arbeitsplatzkontrolle unterstehen. Meine Damen und Herren, ich möchte nicht generalisieren, aber als Abgeordneter hat man die Gelegenheit, hin und wieder verschiedene Amtsräume zu besuchen; schöne, aber auch solche, wo ich mich wirklich manches Mal frage, ob es unseren Schreibkräften und unseren Bediensteten zumutbar ist, dort auf die Dauer zu arbeiten. Ich bin der Meinung und frage mich, wofür haben wir den Herrn Staatssekretär Lausecker, der für all diese Fragen zuständig ist, er könnte schon lange das Dienstnehmerschutzgesetz in die Tat umsetzen. Ich sehe nicht ein, wenn für den Staatsbürger vor dem Gesetz das gleiche Recht gilt, dann soll es auch für die öffentliche Hand dieselben Normen geben wie für jeden anderen privaten Betrieb, der auf seine Dienstnehmer und deren Unterbringung auf schönen Arbeitsplätzen zu schauen hat.

Abschließend, meine Damen und Herren, noch eine kurze Bemerkung; es gäbe ja zur Landesverwaltung und zum öffentlichen Dienst noch eine Reihe von Anmerkungen. Wie Sie wissen, erhalten unsere Bediensteten 60.000 Schilling Gehaltsvorschub, wenn sie sich eine Wohnung besorgen, ein Haus bauen usw. Immer wieder hört man Klagen darüber, daß ein Jahr und mehr gewartet werden muß. Ich wäre der Meinung, daß man versuchen sollte, mit den zurückfließenden Mitteln diese Post aufzustocken. Es geht mir weniger um die Höhe dieser Post, sondern vielmehr um die rasche Zuteilung dieser Mittel, wenn ein Antrag eingebracht wird.

Und ein zweites, was mir auch manchmal komisch vorkommt und mir unverständlich ist: Wenn ein öffentlich Bediensteter zu einem Geldinstitut geht und dort einen Gehaltsvorschub in der Höhe von 40.000 oder 50.000 Schilling oder einen Kredit be-

antragt, so bekommt er ihn praktisch, wenn er fix angestellt ist, bürgenfrei. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Wenn er fix angestellt ist!“) Ja sicher, nach vier Jahren sind das die meisten, Herr Landeshauptmann.

Mich wundert der Bürokratismus (Abg. Ingenieur Turek: „Ich schicke dir jetzt ein paar Leute hinauf!“) — du hast ja im Haus eine Bank —, mich wundert der Bürokratismus der Besicherung, den man bei solchen Vorschüssen hier im Lande anlegt, von der Pfandbestellung über die Lebensversicherung bis zur Bürgschaft usw. (Abg. Ing. Turek: „Wer ist zuständig? — Der Personalreferent!“)

Das spielt mir im Prinzip keine Rolle. Es wird sicher der Personalreferent zuständig sein, das ändert nichts, es ist auch an seine Adresse gerichtet. (Abg. Ing. Turek: „Putz ihn anständig auf!“)

Meine Damen und Herren, es geht nicht an, daß sozusagen der Arbeitgeber — sprich das Land Steiermark — seine Bediensteten schlechter bewertet als ein Geldinstitut, das nur über einen Lohnzettel verfügt. Ganz egal, wer dafür verantwortlich ist, ich glaube, hier sollte man eine Lockerung anstreben. (Abg. Ing. Turek: „Die verstehen nicht so viel von Geldgeschäften!“)

Darüber hinaus, meine Damen und Herren, haben wir einmal etwas von einem Sparerlaß gehört. Seit eineinhalb Jahren ist dieser Sparerlaß veröffentlicht, und ich möchte daher das zuständige Regierungsmitglied ersuchen, zu berichten, welcher Erfolg bei diesen Sparmaßnahmen zu verzeichnen ist. (Abg. Ing. Turek: „Wissen wir: Gar nichts!“)

Abschließend noch eines, weil auch der Kollege Gratsch sozusagen die Flucht nach vorne angetreten hat, und zwar zu den sogenannten Repräsentationsausgaben: Wie jetzt bekannt geworden ist, hat es noch keine Regierung in der Zweiten Republik gegeben, die derart repräsentationssüchtig war. Diese Tatsache ist klarerweise der Regierung Kreisky unangenehm gewesen. Und zwar zu einer Zeit, in der die Bundesregierung die Tarife, die Steuern und alles erhöht hat. Unter dem Titel „Arbeitsplatzsicherung“ hat man versucht, den Arbeitnehmern und der Bevölkerung weiszumachen, daß diese Tarifierhöhungen notwendig sind, darüber hinaus hat man die Bevölkerung aufgefordert, den Gürtel enger zu schnallen, und auf einmal ist diese Bombe geplatzt, daß es dieser Regierung bisher gelungen ist, zwar möglichst viel einzunehmen, aber bei sich selbst ziemlich großzügig zu sein, bei Klavierkonzert, bei Hausmusik und Kerzen und vielen anderen Dingen. Es ist daher dem Herrn Bundeskanzler nichts anderes übriggeblieben, als die Flucht nach vorne anzutreten, da ja dafür irgend ein ÖVP-ler auch verantwortlich sein muß. Der alten Bundesregierung konnten sie es nicht anlasten, und plötzlich ist man in der Frage der Repräsentationskosten auch auf die ÖVP-Landeshauptleute losgegangen. Man hat dabei übersehen, daß der Spitzenspesenritter der Landeshauptleute der Kronprinz Landeshauptmann Gratsch ist. (Heiterkeit.) Entschuldigen Sie, Gratz. Herr Kollege, ich kenne Ihre Spesen nicht! (Abg. Schrammel: „Aber er hat sich betroffen gefühlt!“)

Schauen Sie, in unserem Landesbudget ist auch eine Post von 4,025.000 Schilling an Repräsentationsausgaben enthalten. (SPO: „Viel zu viel!“ — Abg. Ing. Turek: „Und was ist mit den Verfügungsmitteln?“)

Nachdem dieses Thema angeschnitten wurde, sollte man doch einiges dazu sagen. Grundsätzlich sei einmal festgestellt, daß bei den Repräsentationsausgaben und den Spesen das Land Steiermark im Verhältnis zu allen Bundesländern im Mittelfeld liegt. Was aber nie gesagt wird ist, daß nämlich 70 Prozent der steirischen Repräsentationsausgaben aus Empfängen und Veranstaltungen der mittelbaren Bundesverwaltung herrühren und nur 30 Prozent reine Landesveranstaltungen sind. Diese 30 Prozent, meine Damen und Herren, sind auf neun Regierungsmitglieder aufzuteilen. Das schließt, meine Damen und Herren, nicht aus — und das, glaube ich, kann man generell sagen —, daß sich unser Land bemüht, bei den Empfängen sehr sparsam zu sein. Es schließt aber nicht aus, daß man selbstverständlich versuchen sollte, durch Hereinziehen der Fachschulen und allem, was möglich ist, so sparsam als möglich zu sein und nur das Notwendigste in diesen Dingen zu tun. Auf alle Fälle wird sich der Herr Bundeskanzler schwer tun, für seine Regierung, was die Ausgaben betrifft, die Steiermark als Beispiel heranzuziehen.

Meine Damen und Herren, ich möchte es auch nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß durch die Datenverarbeitung, die vor einigen Jahren im Lande eingeführt wurde, ein wesentlicher Fortschritt in der Verwaltung erzielt wurde, daß dadurch — das würde zu lange dauern, das würde den Rahmen sprengen — der Sachaufwand des Landes stabilisiert werden konnte. Ich glaube, daß die Zeit, die die Beamten dort gewinnen, da ihnen der EDV-Bereich Arbeit abnimmt, daß diese Zeit sinnvoll dazu verwendet werden soll, um einer bürgernahen Verwaltung noch näher zu kommen. Ich darf grundsätzlich feststellen, daß sich alle steirischen Beamten bestens bewähren, ein sehr gutes Verhältnis zu unserer Bevölkerung haben, von dieser auch geschätzt werden. Ich möchte es abschließend nicht versäumen, allen Beamten unseres Landes recht herzlich den Dank für ihren Fleiß und ihren Einsatz im Dienste der Bürger unseres Landes auszusprechen. (Beifall bei der ÖVP.)

Dritter Präsident Feldgrill: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Dorfer: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Der Abgeordnete Dr. Strenitz veranlaßt mich, durch eine seiner Bemerkungen, mich zu Wort zu melden. Er hat nämlich gemeint: „Der Österreicher wurde seit 1970 freier von Not und Armut“, das hat er wörtlich gesagt. Ich habe hier, meine Damen und Herren, eine Statistik über die reale Entwicklung der Pensionen seit 1966, und die Pensionisten, würde ich glauben, gehören in Mehrheit nicht zu den reicheren in unserem Lande. Ich nenne hier nur vier Jahresziffern: 1966 Erhöhung der Pensio-

nen nominell um 7 Prozent, Erhöhung des Verbraucherpreisindex 1966 um 2,2 Prozent, realer Zuwachs 1966 4,7 Prozent. Im Jahre 1969 realer Zuwachs 3,9 Prozent, im Jahre 1974, einer Zeit zum Großteil noch in der längsten und bedeutendsten Hochkonjunktur seit dem Krieg, zwar nominelle Erhöhung um 10,4 Prozent, aber Steigen des Verbraucherpreisindex um 9,5 Prozent, realer Zuwachs 0,8 Prozent, und ähnlich wird es mit dem realen Zuwachs noch viel ärger und übler im Jahre 1977 aussehen: voraussichtlich bestenfalls 0,5 Prozent. Meine Damen und Herren, damit ist eindeutig bewiesen, daß von 1966 bis einschließlich 1969 die Pensionen im Jahresdurchschnitt real um etwa 4 Prozent gestiegen sind, von 1970 bis 1977 aber real um zirka 1,5 Prozent. Das bedeutet, daß unter der OVP-Alleinregierung die Pensionen im Jahresdurchschnitt real fast dreimal soviel gestiegen sind wie unter der SPÖ-Alleinregierung. Und die Belastungslawine — das wird mir auch niemand abstreiten — geht weiter, sie wird noch enormere Formen annehmen, als wir sie ohnehin in diesen Tagen schon wahrnehmen.

Eine Änderung dieses Trends ist überhaupt nicht abzusehen. Der Sozialismus hat nichts mehr mit sozial zu tun. Diese Dinge gehören leider der Vergangenheit an. Was diese Bundesregierung gegen die Ärmsten in diesem Lande tut, ist in höchstem Maße asozial. Die Armen in diesem Lande wissen das, ich hoffe, auch Sie, meine Damen und Herren von der sozialistischen Abgeordnetenbank. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Preamsberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Preamsberger: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Wenn gerade vorher der Redner der OVP, Abgeordneter Ritzinger, hier von Freiheit, menschlicher Würde und menschlicher Freiheit gesprochen hat, dann glaube ich, daß es notwendig ist, darauf hinzuweisen, daß in einer Demokratie die menschliche Freiheit — und daher spricht man von einer Demokratie — gesichert sein mußte. Daß natürlich auch in einer Wirtschaft durch Steuerabgaben Belastungen entstehen, kann niemand bestreiten, und sie sind einmal höher und einmal weniger hoch. (Abg. Ing. Turek: „Nur auf das Weniger warten wir!“)

Herr Dr. Dorfer meinte soeben, daß gerade die Armen dieses Landes zur Kasse gebeten werden. Ich darf Ihnen einiges ein bißchen in Erinnerung rufen, weil auch Kollege Ritzinger vom Trend der Arbeitnehmer von der freien Wirtschaft zum öffentlichen Dienst gesprochen hat und er von der sogenannten Sicherheit sprach. Natürlich ist die Sicherheit auch eine Notwendigkeit für eine persönliche und menschliche Freiheit, deshalb kämpfen wir Sozialisten von je her für die Vollbeschäftigung, da damit auch die menschliche Würde und die menschliche Freiheit gesichert scheint. Wenn er nun hier sagt, daß der freien Wirtschaft durch die Maßnahmen der Bundesregierung zuwenig unter den Arm gegriffen wird, um dort die Sicherheit des Arbeits-

platzes zu sichern, dann darf ich eine Gegenfrage stellen. Wenn Sie, Herr Kollege Ritzinger, gesagt haben, diese sozialistische Regierung hat in ihrer fünfjährigen Tätigkeit das Geld beim Fenster hinausgeworfen, dann muß ich sie daran erinnern, daß sehr große Beträge dieser Gelder zur Sicherung der steirischen Wirtschaft in die Steiermark geflossen sind. (Abg. Dr. Eichinger: „Darüber brauchen wir gar nicht zu reden. Das ist selbstverständlich!“)

Ich erwähne Gratkorn; Sie können nicht sagen, daß hier das Geld beim Fenster hinausgeworfen wird, wo die Regierung gezielt für die Reinhaltung des Wassers — die Mur spottet ja jeder Beschreibung — eingetreten ist. Eine Laugenwiederverwertungsanlage um über 2 Milliarden Schilling soll in kürzester Zeit gebaut werden. Es ist dort an einem einzigen Mann gelegen, daß von diesen Geldern Aufträge, die man in Österreich durchführen hätte können, ins Ausland gegangen sind. Man muß sich die Frage stellen, wo das Vertrauen und die freundliche österreichische Einstellung dieser Herren bleibt. Er gehört nicht meiner Partei an, das möchte ich nur feststellen.

Gestatten Sie mir, daß ich hier von der freien Wirtschaft rede. Sie kann sich nicht immer auf die Bundesregierung ausreden und auf die Bundesregierung verlassen, um die Arbeitsplätze sichern zu können, das wäre auch ein Zeugnis für die Unfähigkeit der Wirtschaft. Die Entwicklung am Weltmarkt besteht nicht nur seit fünf Jahren, sondern seit 15 Jahren, und man hatte Zeit, sich zeitgerecht umzustellen und Gegenmaßnahmen zu treffen, um die Arbeitsplätze in Österreich nicht in Gefahr zu bringen. (Abg. Ing. Stoisser: „Ihre Wirtschaftspolitik sichert die Arbeitsplätze nicht!“) Das nur so nebenbei, weil Ritzinger von der Freiheit und vom Geld-Hinauswerfen gesprochen hat. Das Sparen ist ein Schlagwort, und wir Sozialisten sind seit jeher für das Sparen eingetreten (Heiterkeit bei der OVP.) und sind auch der Meinung, daß in schlechten Zeiten gespart werden muß, nicht nur in Ämtern, sondern bis in den letzten Zweig der Wirtschaft. Es ist nur die Frage, wo soll man sparen und wie soll gespart werden. (Abg. Jamnegg: „Gestern wurde von Ihrer Regierung die Sparförderung verkürzt!“)

Hier wurden auch von unserem Kollegen Ritzinger die Repräsentationskosten angeschnitten, und die gehören natürlich dazu. Ich habe mit Interesse zugehört, wie Sie gesagt haben, für welche Zwecke Repräsentationen gedacht sind. Selbstverständlich sind Repräsentationen für gewisse Bereiche vorgesehen, und Sie werden auch nicht bestreiten, daß die Bundesregierung auf dem Gebiet weit größere Verpflichtungen auf internationaler Ebene an den Tag legt wie z. B. die Bundesländer.

Die negative Entwicklung der Wirtschaft gab Anlaß, die internationalen Kontakte im Interesse unserer Wirtschaft zu pflegen und zu hegen. Im Export nach den westlichen Industriestaaten mußte Österreich ganz starke Einbußen hinnehmen. Andere Märkte mußten erschlossen werden, und wir wissen, daß Bundeskanzler Kreisky gerade auf diesem Gebiet Erfolge verzeichnen konnte. Damit sind auch Gegeneinladungen notwendig und erforderlich,

die Repräsentationskosten werden dadurch natürlich belastet. Daher sollte man solche Ausgaben nicht für negative politische Propaganda verwenden, sondern man soll sie ganz korrekt durchleuchten und soll zur Kenntnis nehmen, daß man nicht die Erscheinungen, die selbstverständlich sind, einfach in den Schmutz zieht, weil man derzeit im Bund sehr wenig zu bestimmen hat.

Das zwingt uns aber — es ist nicht unsere Art —, solche Normalerscheinungen einfach als politische Propaganda herzunehmen, aber es zwingt uns, die Ausgaben der ÖVP-Alleinregierung bis 1969 ein wenig zu durchleuchten. Deren Spesenaufwand war größer in der prozentuellen Belastung des Budgets als von der heutigen Regierung, das läßt sich ohne weiteres nachblättern und beweisen.

Zweites Beispiel (Abg. Ritzinger: „Das Maß der Dinge soll man sehen!"): Die jährlichen Zuwachsraten an Repräsentationskosten von 1966 bis 1969 der ÖVP-Alleinregierung stiegen mit 35,4 Prozent (Abg. Dr. Eichtinger: „Das hat ja nicht einmal der Kreisky gesagt!") weitaus kräftiger als während der Zeit der Regierung Kreisky, denn hier stiegen sie nur um 26,4 Prozent. (Landesrat Peltzmann: „Das stimmt ja nicht!") Ja, die Wahrheit vertragen Sie halt nicht, aber ich muß sie Ihnen sagen.

Die „Kleine Zeitung“, die Ihnen ja auch nicht gerade feindlich gegenübersteht, schrieb, daß gerade die Landeshauptleute bei der Ausgabe von Repräsentationen eine sehr leichte Hand an den Tag legen. Das läßt sich ohne weiteres nachblättern. (Abg. Jamnegg: „Die Hälfte davon der Gratz!" — Landesrat Peltzmann: „Das betrifft die gesamte Regierung. Das stimmt ja nicht!") Ich werde es Ihnen gleich beweisen, daß es stimmt. Die Ausgaben der Bundesländer für 1976: Es wurden rund 42 Millionen Schilling an Spesen ausgegeben; im Vergleich zur Bundesregierung, die mit ihren weltweiten Verpflichtungen nur 28 Millionen Schilling ausgegeben hat. (Landesrat Peltzmann: „Das stimmt ja nicht!") Da müssen Sie mir erst einmal den Gegenbeweis antreten. (Landesrat Peltzmann: „Ihr müßt die eigenen Zeitungen lesen!")

Die ÖVP kritisiert die Ausgaben ganz besonders auf diesem Gebiet, und ich darf darauf hinweisen, daß die ÖVP-dominierten Bundesländer 1975 die Spesenvorschläge um 21,5 Prozent, jene, bei denen die SPÖ die Landeshauptleute stellt, aber nur um 10,9 Prozent und die Bundesregierung gar nur um 3,6 Prozent überzogen haben. Das sind Zahlen, die Ihnen nicht sehr gefallen. (Abg. Brandl: „Das ist ein Unterschied!" — Abg. Jamnegg: „Bei der Steiermark stimmt das nicht!")

Wenn in den Repräsentationsausgaben des Landes nur eine — wie Sie sagen — geringe Steigerung von 200.000 Schilling festzustellen ist, so kritisiere ich das ja nicht in der Form, daß ich das aus Gehässigkeit oder aus Neid sage, sondern ich stelle nur fest, daß der Landeshauptmann, und das habe ich aus der Zeitung gelesen, gesagt hat, er sei erfreut, den Maturanten bei ihren Veranstaltungen mit diesen Repräsentationsmitteln zu helfen. Nun, ich halte das für ganz richtig, und ich kritisiere das auch nicht weiter. Er kann das ja nur,

weil sehr namhafte Beträge für Repräsentationen dem Land zur Verfügung stehen. Ich bestreite nicht, daß auch wir Abgeordnete versuchen, bei allen möglichen Veranstaltungen helfend unter die Arme zu greifen, aber das heißt ohne Repräsentationsfonds, sondern aus unserer Tasche. Ich bin der Meinung — und da bin ich nicht gehässig — auch der Landeshauptmann könnte bei diesen Maturaveranstaltungen vielleicht auch ein bißchen zusätzlich in seine Tasche greifen; das würde auch nicht schaden, denn dann spart er sich Repräsentationsausgaben.

Ich stelle außer Zweifel, daß er Verpflichtungen mit seinen Landesregierungsmitgliedern hat, wo echte Repräsentationsveranstaltungen durchzuführen sind. Nur eines stimmt nicht, daß jede einzelne Repräsentationsausgabe in der Landesregierung beschlossen wird.

Das ist eine Erfindung der „Tagespost". Es ist meiner Meinung nach auch gar nicht notwendig, daß jede einzelne Ausgabe von der Landesregierung beschlossen wird. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Muß sogar!") Ja, wo werden sie beschlossen? Das würde mich interessieren, wenn Sie das sagen, ich weiß es nicht. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Jeder Groschen muß beschlossen werden!")

Die Repräsentationsausgaben, die hier nun Ihrerseits immer wieder kritisiert werden, werden höchstwahrscheinlich — und davon bin ich überzeugt, ich bin ein Optimist — auch dazu führen, daß der Herr Landeshauptmann und die Landesregierungsmitglieder alles daransetzen werden, Ihrer Kritik Rechnung zu tragen, daß von dieser Post recht viel eingespart wird, damit wir dann zum Jahresende mit Freude feststellen können, daß für diese Zwecke weniger Geld ausgegeben wurde. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Eichtinger: „Jetzt hast du die Regierung herausgerissen!" — Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Jetzt, weil keiner da ist, war er stark!" — Heiterkeit — Landesrat Peltzmann: „Sie haben die Ausgaben vom Bundeskanzler allein genommen, nicht von der gesamten Regierung. Das war ein großer Fehler!" — Abg. Prensberger: „Ich bin überzeugt, daß Sie auch ganz schöne Ausgaben haben!" — Landesrat Peltzmann: „In Mathematik waren Sie immer ein bisserl schwach!")

Präsident: Zu Worte hat sich der Herr Abgeordnete Haas gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Haas: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Herr Kollege Prensberger hat sich heldenhaft in die Schlacht geworfen, um seine Wiener Freunde und Spesenritter zu verteidigen. (Abg. Ritzinger: „Die Ritterzeit ist vorbei, lieber Freund!") Ich möchte diese Spesendebatte nicht verlängern, überlasse das Urteil darüber unserer Bevölkerung, der diese Dinge Gott sei Dank, um ein Kreisky-Wort zu gebrauchen, in letzter Zeit sehr transparent geworden sind. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das letzte Mal am 5. Oktober!")

Was ich tun möchte, Herr Kollege Heidinger, und ich komme damit auf Ihr Spezialthema zu sprechen, ich möchte nämlich noch einmal gerne auf die Raumordnung zurückschalten. Ich hätte geglaubt, daß wir bei der Raumordnung aus der polemischen Phase draußen seien. Ich hätte geglaubt, daß wir wirklich alle Hände voll zu tun haben, um das in die praktische Wirklichkeit umzusetzen, was wir gemeinsam im Hohen Haus im Raumordnungsgesetz beschlossen haben. Darum meine ich auch, daß uns diese polemischen Rückfälle, wie sie vom Kollegen Kohlhammer zu hören waren, nicht sehr viel bringen und uns in der Arbeit nicht sehr weiterhelfen. Ich verstehe schon, daß man immer wieder gerne das Haar in der Suppe sucht bzw. ein Haar in die Suppe wirft. Nur meine ich, und ich glaube, das ist unbestreitbar, daß wir diese Suppe Raumordnung, die wir, wenn Sie so wollen, gemeinsam hier im Hohen Haus angerichtet haben, auch gemeinsam im Lande und in unseren Gemeinden draußen auszulöffeln haben werden.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, nachdem die Kollegen Schaller und Fuchs das Thema Raumordnung von der landespolitischen Warte her beleuchtet haben, daß ich versuche, das gleiche Thema aus der Sicht der Gemeinden anzufassen. Hier möchte ich einmal mit aller Genugtuung feststellen, daß die Budgetansätze für die örtliche Raumplanung sehr kräftige Aufstockungen erfahren haben, daß wir für die örtliche Raumplanung in diesem kommenden Jahr statt einer Million fünf Millionen Schilling für Beiträge an die Gemeinden zur Verfügung haben. Ich finde, fünf Millionen Schilling sind eine sehr respektable Summe, die unseren Gemeinden eine recht spürbare Hilfe für die Finanzierung der Planungskosten gewährleisten dürfte.

Wir haben im Finanz- und Budgetausschuß hören können, daß es rund 30 Prozent sind, die von seiten des Landes als Beiträge für die Abdeckung der Planungskosten gegeben werden sollen — je nach der Finanzkraft der Gemeinde zwischen 20 und 40 Prozent differierend. Ich meine, daß der Vorschlag den die sozialistische Fraktion eingebracht hat, der vom Kollegen Heidinger erstunterzeichnete Resolutionsantrag, kein guter Tausch ist, der hier unseren Gemeinden vorgeschlagen wird.

Um das ein bißchen plastischer zu machen, darf ich eine Gemeinde hernehmen, eine mittelgroße Gemeinde mit etwa 1200 Einwohnern: Erfahrungsgemäß laufen dort Planungskosten in der Höhe von 160.000 bis 170.000 Schilling an; 30 Prozent davon wären 50.000 Schilling. Die Planungsunterlagen, und die haben Sie in Ihrem Resolutionsantrag gefordert kostenlos beizustellen, kosten für so eine Gemeinde etwa 15.000 Schilling. Ich weiß das von meiner Gemeinde, weil ich diese über das Land bestellt habe.

Und nun die Gegenüberstellung, Herr Kollege Heidinger: 15.000 oder 50.000 Schilling Ersparnis. Da fürchte ich sehr wohl, daß unsere Gemeinden sagen werden, daß die rote Mathematik eine schlechte Mathematik ist und daß der rote Vorschlag ein schlechter Vorschlag ist, wie Sie ihn hier präsentiert haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte noch eines mit Genugtuung vermerken, daß die Abteilung I b, örtliche Raumplanung, sich in der letzten Zeit unter der neuen Leitung von Ing. Hasewend zu einer echten Servicestelle für unsere Gemeinden entwickelt hat. Rund 250 Gemeinden — so hörten wir heute —, haben dieses Planungsverfahren aufgenommen und stehen nun mehr oder weniger weit in der Abwicklung dieses Verfahrens. Ich glaube, daß es für unsere Bürgermeister eine sehr wertvolle Hilfe ist, eine Stelle zu wissen, an die sie sich wenden können, wenn sie Rat und Hilfe brauchen. Sei es nun bei der Bestellung der Architekten, sei es bei der Beschaffung der Planunterlagen über das Land Steiermark, sei es in der Vorbereitung der Bestandsaufnahme oder des Entwicklungskonzeptes. Ich glaube, auch sehr wertvoll sind die Planungsseminare, die nun ausgeschrieben wurden und in Kürze stattfinden werden, um eine einigermaßen einheitliche Linie zu erreichen. Sicher sehr wertvoll auch das Handbuch für die öffentliche Raumplanung, das in diesen Tagen — so höre ich — herauskommen soll und das ein genaues Ablaufschema bringt und uns auch einen genauen Maßnahmenkatalog präsentiert, und ich hoffe auch, dies alles in allgemein verständlicher Weise.

Meine Damen und Herren, eine recht interessante und eigentlich erstaunliche Erfahrung haben wir bei der Vorbereitung der Flächenwidmungsplanung machen können. Es kam nicht zu der Inflation an Baulandwünschen, wie wir das erwartet und befürchtet haben, daß nämlich versucht werden würde, praktisch jedes nur denkbare Stück Land als Neuland unterzubringen, um eine Abwertung hintanzuhalten. Der Grund dafür, glaube ich, dürfte wohl in der sehr undurchsichtigen Situation auf steuerlichem Gebiet zu suchen sein. Denn man kann ununterbrochen die Frage hören: „Ja, werde ich dann nicht mit meinen Gründen in die erhöhte Bewertung, in die erhöhte Besteuerung hineinkommen?“ Aus der Praxis heraus wissen wir auch, daß der Einheitswert um das Hundertfache, ja Zwei—Dreihundertfache steigen kann, wenn es sich um ein Gesamtstück handelt, das nun nicht mehr als landwirtschaftlich genutztes, sondern als unbebautes Grundstück bewertet wird. Obwohl von seiten der steirischen Landesfinanzdirektion relativ beruhigende Erklärungen vorliegen, ist es offenbar doch so, daß man hier der Finanz und auch dem Finanzminister nicht traut oder, richtiger gesagt, es dem Herrn Finanzminister sehr wohl zu traut, daß er in seinem Drang und seiner Erfindungsgabe immer wieder neue Quellen sprudeln zu lassen, sich auch dieser Baulandflächen erinnern könnte und daß es dann für die Eigentümer dieser Flächen zu einer Steueratomexplosion kommen könnte.

Meine Damen und Herren, noch eine weitere Frage, und hier möchte ich auf etwas eingehen, was Kollege Schaller schon gesagt hat. Überall dort kommen wir mit der Planung gut voran, wo gemeinsam mit den Gemeindebürgern und nicht über ihre Köpfe hinweg geplant wird. Überall dort, wo es ein Maximum an Information gibt und da-

mit auch die Gemeindebürger zur Mitarbeit ange-regt und angehalten werden. Ich weiß schon, daß es sicherlich leichter ist, vom grünen Tisch weg zu planen, aber ich glaube, daß das der richtigere und erfolgreichere Weg ist, die Wünsche und die Vorstellungen der Bevölkerung mit den Planungszielen der Gemeinde zu koordinieren und zu harmonisieren.

So will es ja auch das Raumordnungsgesetz, das im § 29, im Verfahrensparagraphen, ja immer wieder zur Offenlegung der Planungsziele und auch zur Anhörung der Planungswünsche der Bevölkerung verpflichtet und das, glaube ich, muß schon in der ersten Planungsphase beginnen. Nämlich, daß man es nicht duldet, sondern daß man dazu ein-lädt, daß man geradezu in Zuschriften auffordert, hier vor allem die Grundeigentümer und Landwirte auffordert, ihre Planungsinteressen bekanntzugeben. Ich kann es nur sehr bedauern, wenn es Gemeinden gibt, die meinen dem Gesetz Genüge getan zu haben, wenn sie hier die Kundmachung nur in der „Grazer Zeitung“ veröffentlichen, die ohnehin kein Mensch liest, bzw. sie am Brett anageln, wo auch kein Mensch hinsieht.

Meine Überzeugung ist es, daß jene Bürgermeister mit ihren Gemeinderäten diese Bewäh-rungsprobe Raumordnung am besten bestehen und auch politisch am gesündesten überleben werden — ob es sich jetzt um unsere oder eure Leute han-delt —, die es sich jetzt nicht leicht machen. Die es sich jetzt leichtmachen, glaube ich, werden es später einmal schwer haben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß einen Standortwechsel in dieser Gruppe 0 vor-nehmen und vom Abschnitt Raumordnung in den Ab-schnitt Bezirkshauptmannschaften kurz übersiedeln. Konkret geht es hier um die Bezirkshauptmann-schaft Graz-Umgebung, für die ich als Abgeordneter dieses Bezirkes gerne eine Lanze brechen möchte, und ich möchte auch den Kollegen aus allen drei Fraktionen danken, die mir helfen, hier diese Lanze zu führen, und mich in der Weise unterstützen, daß sie den Resolutionsantrag mitunterschieden haben. (Abg. Ing. Turek: „Zuerst brauchen wir in Graz-Umgebung eine Bezirkshauptstadt!“) Die wer-den wir wahrscheinlich nie bekommen, wir sind zwar der größte Bezirk, müssen uns aber damit zufrieden geben, daß wir immer ein Schattendasein spielen werden am Rande der großen Stadt Graz. (Abg. Loidl: Gratkorn!) Nun, es ist nicht der erste Antrag, den ich in dieser Sache eingebracht habe, ich hoffe nur sehr, daß es der letzte Antrag sein möge, denn seit mehr als zehn Jahren, meine Damen und Herren, warten und bitten wir ge-duldig und unverdrossen um ein neues Heim für unsere am Jakominiplatz mehr schlecht als recht untergebrachte Bezirkshauptmannschaft. Immer vol-ler Einsicht und verstehend, daß eben anderes wichtiger ist, und vertrauensvoll immer weiter war-tend. Seit diesen zehn Jahren sind die damals schon morschen Fußbodenträume nicht besser geworden und die daraufstehenden Akten- und Karteischrän-ke nicht leichter und die vom Gangfenster beleuch-teten Büroräume nicht lichter und das Gedränge und Gewutzeln in diesen Räumen nicht geringer

geworden, weil eben auch in diesem Bezirk die Zahl der Einwohner nicht geringer geworden ist, sondern zugenommen hat wie in keinem anderen steirischen Bezirk. Mit 100.010 Einwohnern in 58 Ge-meinden steht dieser Bezirk Graz-Umgebung schon eindeutig an der Spitze der steirischen Bezirke und wird ganz sicher diesen Spitzenplatz noch weiter ausbauen, denn laut Bevölkerungsprognose im Lan-desentwicklungsprogramm hat dieser Bezirk Graz-Umgebung etwa die zwölfwache Zuwachsrate der Stadt Graz mit 9,7 Prozent. Es wird bald so sein, daß Graz-Umgebung halb so viel Einwohner wie die Landeshauptstadt selbst haben wird.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen hier keine lange Jeremiade vorsingen, möchte hier nicht Klagen wiederholen, die wir ständig von unseren Beamten zu hören bekommen, die wir von den dort vorsprechenden Parteien hören, über die desolaten räumlichen und sanitären Verhältnisse. Ich möchte auch hier nicht um Mitleid für unseren Herrn Bezirkshauptmann werben, der seit kurzem in einem abschüssigen Zimmer residiert. Seit dem heurigen Sommer nämlich, seit die letzten Erd-bebenstöße diesen Fußboden sehr erheblich abge-senkt haben. Seit dieser Zeit werden die Besucher nur sehr genau dosiert vorgelassen, Delegationen überhaupt nicht mehr, weil man befürchten muß, daß es einen plötzlichen Rumpser macht und der Herr Bezirkshauptmann mit seinen Gästen im Erd-geschoß landet und aus dem dort befindlichen Schnapsladen ausgegraben werden müßte.

Meine Damen und Herren, ich weiß schon, daß es nicht sehr populär ist, für den Neubau eines Amtsgebäudes hier das Wort zu erheben, der Herr Kollege Strenitz hat ja früher das Wort von Bürokratentürmen — ich glaube, ich habe es noch richtig im Ohr — geprägt. (Abg. Dr. Strenitz: „Ich habe die Handelskammer gemeint!“) Dennoch, Kollege Strenitz, trete ich hier offen und unverdrossen dafür ein, daß für diese hundert Beamten in dieser Bezirkshauptmannschaft und für die hunderttausend Menschen im Bezirk Graz-Umgebung, die eben mit dieser ihrer Behörde ständig, täglich zu tun haben, sehr bald die notwendigen Mittel für den Neubau dieses Amtsgebäudes zur Verfügung gestellt wer-den.

Ich möchte betonen, damit das auch klargestellt ist, wir neiden keinem anderen Bezirk sein schönes neues Amtsgebäude, wir gönnen es jedem. Wir möchten nur nicht auf Dauer in diesem volkreichsten Bezirk der Steiermark sozusagen das steirische Aschenbrödel sein.

Darum meine Bitte an die Hohe Landesregierung, unsere Bescheidenheit und unsere beispielhafte Ge-duld in Graz-Umgebung nicht weiter auf die Probe zu stellen, sondern sie vielmehr dadurch zu be-lohnen, daß bald das Signal grün für den Neubau der Bezirkshauptmannschaft Graz-Umgebung gege-ben wird. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Hammerl das Wort.

Abg. Hammerl: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Es ist heute schon sehr viel von Repräsentation und den Kosten hierfür gesprochen worden. Ich muß nur eines sagen, uns vergönnt der Herr Landeshauptmann nichts, wir bekommen nur ein normales Wasser, nicht einmal Mineralwasser! (Abg. Ing. Turek: „Und das aus dem gleichen Glas!“) Ein Glas, ein Glas für alle! (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Da ist der Präsident zuständig und nicht der Landeshauptmann!“)

Nun, meine Damen und Herren, es ist zwar ein kleiner Zwischenraum zwischen den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Ritzinger und meiner Wortmeldung entstanden, aber ich werde doch noch versuchen, den Zug zu erreichen, mit dem er durch die Gruppe 0 gefahren ist. Speziell interessiert mich das Abteil für Personal. Es ist nicht gerade die erste Klasse, aber die Sitze sind einigermaßen bequem.

Vielleicht doch zuerst einige Antworten auf die Feststellungen des Herrn Kollegen Ritzinger, die einfach nicht unwidersprochen im Raum bleiben dürfen. Ich billige dem Kollegen Ritzinger zu, daß er bei den Spezialfragen des öffentlichen Dienstes sicher überfordert ist. Die Dinge sind schwierig, und man muß selber dabei sein, um zu wissen, wie sie nun tatsächlich liegen; etwa in der Frage der Gehaltsverhandlungen im öffentlichen Dienst. Der öffentliche Dienst umfaßt vier Gewerkschaften: den öffentlichen Dienst, die Bundesbahner, die Postler und die Gemeindebediensteten. Jede Gewerkschaftsgruppe ist für sich autonom, kann also in ihrem Bereich Forderungen stellen, Beschlüsse fassen und jede dieser vier Gewerkschaften muß nun versuchen, im Rahmen des Verwaltungsausschusses der vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes den anderen zu überzeugen, daß ihre Beschlüsse die richtigeren sind. Das ist in den letzten Jahren in hohem Maße der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten gelungen. Das will ich nicht ganz unbescheiden sagen. Aber auch in diesem letzten Fall, anlässlich der Gehaltsverhandlungen der vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, war die einstimmig beschlossene Forderung — und bei uns sind halt auch christliche und OAAB-Gewerkschafter vertreten —, daß die Größe der Lohnerhöhung zwischen acht und zwölf Prozent betragen soll. Herausgekommen sind schließlich acht Prozent für die höheren, 12 Prozent für die unteren und mittleren Bediensteten ab 1. Jänner. Ich frage mich daher, was an diesem Abschluß schlecht war.

Meine Damen und Herren, das Problem der öffentlich Bediensteten war nicht die Frage des Lohn- und Gehaltsabschlusses, sondern das Problem im Bundesdienst war — hier nehme ich eine Reihe von Ländern aus, die in der Frage der Verwaltungsdienstzulage Sonderregelungen getroffen haben — die Schwierigkeit, daß die Verwaltungsdienstzulage dem Personenkreis, der vor Beschlußfassung dieser Zulage in den Ruhestand getreten ist, vorerst nicht zuerkannt worden ist. Die Verhandlungsschwierigkeit bestand darin, für die Bundesbediensteten eine Sonderregelung zu treffen, damit sie auch hier den Gruppen der anderen öffentlich Bediensteten nachgezogen werden; auch das ist passiert. In drei Etappen, beginnend am 1. Jänner 1977 mit 40

Prozent, bekommen auch beim Bund die Altpensionisten die erste Rate der Verwaltungsdienstzulage. Ich frage, ob hier eine fehlende Solidarität der anderen Gewerkschaften abgeleitet werden kann, wobei ohnehin die Frage zu stellen ist, wenn vier Teilnehmer da sind und drei sich einigen, ob dann gerade die drei nicht solidarisch sind oder ob nicht die vierte Gruppe weniger Solidarität in ihrem Verhalten zeigt.

Ich möchte das aus einem anderen Kapitel näher erläutern: Wir haben, wie ich erwähnte, den Verhandlungsausschuß der vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Ich habe schon gesagt, daß wir — die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten — in Forderungen ein bißchen frontennäher sind gegenüber den anderen Gruppen. Wir haben unsere Politiker näher bei der Hand, als das etwa der öffentliche Dienst hat, und es passiert öfter, daß wir Abschlüsse als erste tätigen. Aus diesen Gründen hat seinerzeit der Verhandlungsausschuß den Vorsitzenden der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten auch zum Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses gewählt. Die Dinge sind jahrelang gut gelaufen, auch zum Vorteil der Gruppe der öffentlich Bediensteten. Nun ist der Kollege Weisz in den Ruhestand getreten.

(Der Abgeordnete Ritzinger bringt dem Redner ein Glas Mineralwasser.)

(Abg. Nigl: „Das ist gewerkschaftliche Solidarität!“ — Abg. Schrammel: „Der soziale Hilfsdienst des Landtages!“ — Heiterkeit) Danke schön! Ich bin leicht erschüttert — ich muß mich bemühen, mich wieder auf meine Rede zu konzentrieren. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Kollege Hammerl, so ist der AAB!“ — Heiterkeit) Bitte, das würde ich nicht gesagt haben, denn dem OAAB muß ich im Laufe der Zeit noch nähertreten. Das wird ja dann weniger angenehm werden, Herr Landeshauptmann.

Der Kollege Weisz ist also in den Ruhestand getreten, die Gemeindebediensteten haben einen neuen Vorsitzenden bekommen, den Abgeordneten Pöder. Wir haben vorgeschlagen, daß auch er wieder den Vorsitz des Verwaltungsausschusses übernehmen soll. Dazu haben sich die Eisenbahner und die Postler ebenfalls entschlossen, aber seit Monaten haben wir keine Zustimmung der Vertreter des öffentlichen Dienstes und seit Monaten ist dieser Verhandlungsausschuß mehr oder weniger zur Untätigkeit verurteilt. Daß ein solcher Zustand für die große Gruppe der öffentlichen Bediensteten nicht gut ist, werden Sie vielleicht allein aus der Tatsache ersehen, daß mit 1. Jänner die neuen Urlaubsregelungen in der Privatwirtschaft in Kraft treten, daß wir im öffentlichen Dienst noch nicht so weit sind, um etwa in der Frage des Pflegeurlaubes und des Mindesturlaubes, mit Forderungen an unsere Dienstgeber heranzutreten. Das ist keine angenehme Situation.

Und jetzt noch einmal zur Frage „solidarisch“: Diese drei Gewerkschaften — und ich nehme jetzt nicht einmal die OAAB-ler in diesen Gruppen dazu — die etwa in unserer Gewerkschaft für den Vorsitzenden der Gemeindebedienstetengewerkschaft eindeutig eingetreten sind —, die hatten an

die 75 Prozent der Stimmen bei den letzten Personalvertretungswahlen, der OAAB in diesem Bereich der vier Gruppen des öffentlichen Dienstes etwa 25 Prozent. Trotzdem stimmten sie nicht zu, daß den Vorsitzenden wir stellen, sie wollen ihn selber, die Minderheit der 25 Prozent will dominieren. (Abg. Ing. Turek: „Weil ihr gegenüber der Bundesregierung so nachgiebig seid!“) Nein. Sie beziehen sich ja sehr oft auf Grazer Regelungen, da können wir gar nicht vorsichtig genug sein, glaube ich. Gerade der steirische Landtag hat in zwei Fällen Beharungsbeschlüsse gefaßt, weil Einsprüche erhoben wurden. Die Dinge sind dann glatt gegangen. (Abg. Nigl: „Vom Kreisky!“) Von der Regierung, vom Bundesverfassungsdienst, gar kein Geheimnis. (Abg. Nigl: „Vom Bundeskanzler unterschriebene Einsprüche!“) Es ist kein zweiter Einspruch erfolgt. (Abg. Ing. Turek: „Eine unsoziale Haltung des Bundeskanzlers!“)

Ich glaube, Herr Kollege Ritzinger, daß wir das mit der „Solidarität“ gemeinsam aus der Welt geschaffen haben. Wir sind uns einig. Ich danke noch einmal für das Mineralwasser, ich glaube, das war das beste Zeichen. (Abg. Ing. Turek: „Daß du dich durch ein Mineralwasser beschwichtigen läßt?“)

Aber nun, meine Damen und Herren, wie schaut es im Landesdienst aus, wie ist die Situation auf dem Personalsektor und wie gehen dort die Dinge weiter. Es sind hier so einseitige Maßnahmen, die wir aufzeigen müssen. Eines war ja bezeichnend vom Abgeordneten Ritzinger, ich glaube ihm ja wirklich, daß er als Abgeordneter echt überfordert ist, wenn alle Einstellungen in den Landesdienst aus seinem Bezirk bei ihm vorstellig werden, da gibt es sicher sehr viel zu tun. Ich weiß ja, wie viele um Aufnahme ansuchen und wie stark der Parteienverkehr dann werden kann. Das ist völlig klar, eine echte Überforderung. Wir werden später sehen, wie das Aufnahmeergebnis beim Land Steiermark letztlich aussieht. (Abg. Dr. Strenitz: „Schwarz, ganz schwarz!“)

Nun, der Personalstand wird im Jahre 1977 die ominöse 15.000-Grenze überschreiten. Ich nehme die Lehrer völlig aus, weil wir hier vom vielgelästerten Bund auch die Mittel ersetzt bekommen. (Abg. Ing. Turek: „Nicht alle!“) Ein paar werden zur Hälfte und ein paar mit noch weniger. Aber ich meine das, was in der Hoheitsverwaltung und in den Betrieben des Landes direkt an Bediensteten vorhanden ist.

1976 sind 128 zusätzliche Dienstposten in diese Bereiche gekommen und für das Jahr 1977 sind für diesen Verwaltungsbereich des Landes schon wieder fast 400 neue Dienstposten mehr im Dienstpostenplan vorgesehen. Ich will keinesfalls in Streit stellen, daß neue Posten erforderlich sind, ich behaupte nur, daß durch geeignete Rationalisierungsmaßnahmen, durch Straffung von Arbeitsvorgängen und Umschichtungen personelle Mehrerfordernisse reduziert oder überhaupt aufgefangen werden können und ich bin da durchaus einer Meinung mit dem Kollegen Turek. (Abg. Nigl: „Der Sebastian hört das nicht!“)

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß man im Landesbereich der Personalfrage einfach mehr

Gewicht geben muß als bisher und daß man auch mit Elan und einer gehörigen Portion Mut einmal an diese Personalfrage grundsätzlich herangehen muß. Wir sollten uns nicht darauf verlassen, daß die Landesverwaltung in 10 oder 20 Jahren endlich so weit sein wird, daß alle Arbeitsgebiete auf elektronische Datenverarbeitung umgestellt sind, falls nämlich überhaupt innerhalb dieser Zeit Klarheit über das anzuwendende EDV-System gefunden worden ist, bisher ist diese Klarheit nicht gegeben.

Wenn ich noch zur EDV etwas sage, so das, daß aus dieser Umstellung, wie das alle praktischen Erfahrungen beweisen, einfach nichts Entscheidendes in punkto Personalreduzierung erwartet werden kann. Ich stimme hier auch mit der skeptischen Beurteilung überein, die Landeshauptmannstellvertreter Wegart im Zusammenhang mit der Automatisierung geäußert hat. Aber gerade weil wir um diese Tatsachen wissen, müssen andere, neue Wege für personalwirtschaftliche Maßnahmen gesucht werden.

Meine Damen und Herren, mir, einem Gewerkschaftsfunktionär, dürften Sie schon glauben, daß ich in die Sorge um die Personalentwicklung im Landesbereich absolut Interessen der Landesbediensteten miteinbeziehe. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Nur weil Sie bei der Gewerkschaft sind, müssen wir Ihnen nicht alles glauben!“) Nur das. Ich bin ja bei Ihren Aussagen auch sehr skeptisch, Herr Kollege Fuchs. Wir treffen uns da durchaus. Ich glaube nämlich, daß es für die Landesbediensteten einfach nicht vorteilhaft sein kann, wenn dem steirischen Landtag Jahr für Jahr in schöner Regelmäßigkeit steigende Personalstände offeriert werden. Schauen Sie sich einmal die Dienstpostenpläne diesbezüglich an.

Ich sage das nicht von ungefähr, weil wir doch in der Lage waren, in der Stadt Graz ein anderes Beispiel zu statuieren. Der gleiche Umstand in der Stadt Graz war nämlich die Ursache dafür, daß wir von der Gewerkschaft aus der Stadtverwaltung ein Rationalisierungsverfahren vorgeschlagen haben. Das war vor fünf Jahren und im heurigen Jahr führen wir bereits eine zweite Aktion in dieser Richtung durch. (Abg. Ing. Turek: „Du weißt aber auch, daß die Einsparung so aussieht, daß nicht besetzte Posten eingezogen wurden; Posten, die nie besetzt waren, sind kassiert worden, sonst gar nichts!“) Das ist ein großer Irrtum, Herr Kollege Turek. Dann bitte ich die Gemeinderatsbeschlüsse durchzulesen und darauf die Unterschriften nachzulesen, denn auch der Bürgermeister Götz hat (Abg. Dr. Strenitz: „Das ist nicht wahr!“ — Abg. Ing. Turek: „Damit wir das ins rechte Lot rücken!“) Wir haben zwei bis drei Jahre ausscheidende Beamte nicht ersetzt, das ist wohl völlig klar. Keiner war daran interessiert, auch die Dienstgeberseite nicht, irgendwelche Vertragsbedienstete etwa rauszuschmeißen. Wir sind mit der Absicht an diese Aktion herangetreten, mit diesen Rationalisierungen eben zu vermeiden, daß es letztlich zu Personalabbaumaßnahmen kommt. Die Aktion wurde durchaus geordnet durchgeführt und wenn diese 120 Dienstposten nicht stimmen würden, Kollege Turek, dann weiß ich nicht wie die Vereinbarung zum Tragen

käme, daß mit 1. Jänner die Leistungszulage in der Stadt Graz entsprechend angehoben wird. Den Beschluß hat ja der Gemeinderat bereits gefaßt. (Abg. Ing. Turek: „Ich wollte nur einen interessanten Aspekt in die Debatte werfen!“)

Meine Damen und Herren, insgesamt sind mit diesen Gewerkschaftsaktionen rund 13 Prozent des Dienstpostenplanes verkürzt worden und 550 Dienstposten wurden in diesem Zeitraum weniger. Warum ich das sage? Nicht deshalb, weil wir damit hier Furore machen wollen, sondern weil ich meine, daß es auf Landesebene gleiche Möglichkeiten und Chancen in dieser Richtung gäbe.

Ich glaube, das ist das Entscheidende, und damit, meine Damen und Herren, würden auch alle finanziellen Voraussetzungen geschaffen, um notwendige finanzielle und soziale Angleichungen der steirischen Landesbediensteten vorzunehmen und vorhandene Schlechterstellungen gegenüber Bediensteten anderer Gebietskörperschaften zu beseitigen.

Zur Feststellung des Kollegen Ritzinger, daß bei den Landesbediensteten alle Forderungen erfüllt sind, (Abg. Ritzinger: „Alle habe ich nicht gesagt!“) muß ich doch sagen, daß ich ein bißchen anders informiert bin; das kommt wahrscheinlich davon, daß wir vielleicht andere Kontakte haben.

Es fehlt seit Jahren ein Landesdienstzweigege-
setz, meine Damen und Herren. Dieses Gesetz hat gerade für untere und mittlere Bediensteten-
gruppen große Bedeutung und mit diesem Gesetz sind leider auch die Geschicke von 5000 Bediensteten der steirischen Gemeinden verbunden. Auf eine Forderung der Gewerkschaft im Jahre 1973 haben wir mit Schreiben vom 14. Dezember 1973 die Mitteilung erhalten, daß ein neues Landesdienstzweigege-
setz in Ausarbeitung steht und auf Grund der Automatikbestimmungen die Regelung für die steirischen Gemeindebediensteten erst nach dem Beschluß für die Landesbediensteten erfolgen kann. Wie erfreut die steirischen Gemeindebediensteten über die Tatsache sind, daß nach drei Jahren immer noch keine Regelung in Sicht ist, können Sie sich, meine Damen und Herren, sicher vorstellen.

Ein weiteres Problem, auch eine Forderung, die offen ist: Die Länder Oberösterreich, Tirol, Wien und etwa auch die Stadt Graz gewähren ihren Bediensteten seit zwei Jahren, und zwar gestaffelt je nach Dienstdauer, eine Abfertigung in Form einer besonderen Treueprämie in der Höhe von einem bis drei Monatsbezügen. Und, meine Damen und Herren, die sehr fortschrittliche österreichische Sozialgesetzgebung sieht nun vor, daß ab dem Jahre 1978 auch Arbeiter einen gesetzlichen Abfertigungsanspruch erhalten. Ich frage Sie, wie lange die steirischen Landesbeamten noch aus diesen Sozialrechten ausgeschlossen werden. (Abg. Ing. Stoisser: „Sag bloß, die Sozialrechte für die steirischen Landesbeamten sind schlecht!“)

Den sogenannten B-Maturanten des Landes wird seit Jahren keine Beförderungsmöglichkeit in die Dienstklasse VII zugestanden. Ich frage auch hier, ob nicht für die Beförderung dieser Bediensteten die ausgeübte Tätigkeit und die vollbrachte Leistung

als Maßstab für eine Beförderungsmöglichkeit gelten sollte?

Meine Damen und Herren, mehr als 70 Prozent der steirischen Landesbediensteten haben sich in einer Umfrage der Fraktion der sozialistischen Gewerkschafter für die gleitende Dienstzeit unter gleichzeitiger Einführung der durchlaufenden Dienstzeit ausgesprochen. Diese gleitende Dienstzeit ist heute in großen Bereichen des öffentlichen Dienstes eine bewährte Einführung, wobei für diese Maßnahme als weiterer Vorteil eine gewisse Verkehrsentflechtung in den Morgenstunden zum Tragen käme.

Ein großes Anliegen der Landesbediensteten ist auch, wie Kollege Ritzinger schon angedeutet hat, der Wunsch nach Installierung einer Betriebsküche. Hier gehen nur die Meinungen insofern auseinander, als die Landesbediensteten daran interessiert wären, aus der Küche des Landeskrankenhauses und zum gleichen Preis, wie die Bediensteten des Landeskrankenhauses das Essen erhalten, ein Mittagessen zu bekommen. Sie sind nicht interessiert, eine Kantine eingerichtet zu bekommen, weil dort naturgemäß die Preise wesentlich höher ausfallen würden.

Meine Damen und Herren, weil sich die Erledigung dieser Forderungen zum Teil schon länger hinzieht, und jetzt komme ich zum ÖAAB, (ÖVP: „Als Mitglied?“) stellen Landesbedienstete immer öfter — (Abg. Dr. Dorfer: „Die täten den Hammer brauchen!“) du bist vom Wirtschaftsbund, ich rede mit den Kollegen vom ÖAAB — die Frage, wie weit sich ÖAAB-Funktionäre in diesem Haus für die Belange der steirischen Landesbediensteten einsetzen. (ÖVP: „Sehr nett und sehr gut!“) Der politische Referent für Personalangelegenheiten — (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Ist das der Hammer?“) Herr Landeshauptmannstellvertreter, den Wunsch haben schon einige geäußert, aber mir ist es bei der Stadt Graz lieber — Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart übt gleichzeitig die Funktion des Landesobmannes des ÖAAB aus. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist besonders schlimm!“) In seiner personalpolitischen Zielsetzung agiert er zwar beinhart, meine Damen und Herren, aber ich schätze den Herrn Landeshauptmannstellvertreter dennoch, weil ich ihn für einen verhandlungs- und kompromißbereiten Politiker halte. Die Frau Abgeordnete Jammegg — guten Tag, gnädige Frau — ist vor kurzem zum Boß des ÖAAB in Graz avanciert. Ich darf noch nachträglich gratulieren. (Allgemeiner Beifall.)

Ich kann nun einfach nicht glauben, daß Spitzenfunktionäre des ÖAAB solcher Prominenz eine ablehnende Haltung einnehmen, wenn es um Verbesserungen der sozialen Stellung der Landesbediensteten geht. Das kann ich nicht glauben und die Ursachen müssen wo anders liegen. Ich habe mich bemüht, diese Ursachen zu ergründen; ein kleiner Meinungstest also. Ich habe das Glück gehabt, mit Ihren eigenen Parteifreunden diese Meinung zu erkunden. Wie schaut sie also aus: Die vorherrschende Meinung unter Ihren Mitgliedern des ÖAAB ist, daß in der steirischen ÖVP die Szenerie vom Bauernbund und Wirtschaftsbund be-

herrscht wird. (Heiterkeit bei der OVP. — Abg. Dr. Dorfer: „Der Hammerl zeichnet sich wieder aus!“ — Abg. Jamnegg: „Da sind Sie schlecht informiert!“) Vom Wirtschaftsband mit einem kleinen Respektabstand, meine Damen und Herren — das ist ein Kompliment für den Bauernbund. Es ist zwar der Abgeordnete Fuchs immer wieder der Einklatscher, das war ja gerade heute bei den Budgetverhandlungen sehr sichtbar — (Heiterkeit) aber ansonsten, wenn ich an die Debatte über die Wirtschaftsförderungsgesetze denke — da muß man doch feststellen, daß der zuständige Referent, Herr Landesrat Peltzmann, bei dieser Debatte einfach aus dem Verkehr gezogen wurde und nicht anwesend war. (Heiterkeit — Abg. Brandl: Die „Flucht hat er ergriffen!“ — Landesrat Peltzmann: „Ich habe Sie auch noch nie für unfair gehalten, aber jetzt halte ich Sie dafür!“ — Abg. Ritzinger: „Darf ich etwas sagen? Es war das Begräbnis seines Vaters!“ — Landesrat Peltzmann: „Sehr unfair!“) Ich habe in der Zeitung die Äußerung des Herrn Landesrates gelesen, daß wir bösen Sozialisten die dringliche Anfrage zu dem Zeitpunkt eingebracht haben, wo wir wußten, daß der Herr Landesrat nicht anwesend sein konnte. Wir haben es aber nicht gewußt. (Abg. Prensberger: „Das haben wir nicht gewußt!“) Es läßt daher nur diesen Schluß zu. Der Herr Landeshauptmann hätte ja die dringliche Anfrage, meine Damen und Herren, nicht annehmen müssen, wenn das Interesse vorhanden gewesen wäre, daß der zuständige Referent selbst anwesend ist. (Abg. Ing. Stoisser: „Das ist ein ungeschicktes Ablenken von eurer Situation!“ — Landesrat Peltzmann: „Das ist die Methode ‚Haltet den Dieb‘ wenn man ein schlechtes Gewissen hat!“)

Meine Damen und Herren, aber zurück zur Frage, was man also vom OAAB hält? Man räumt dem OAAB kaum Erfolgchancen ein und hält ihn auch für wenig durchschlagskräftig. Es geht, meine Damen und Herren, wie wir wissen, dem Herrn Bundesobmann Mock auch nicht viel anders. Solange er bei der Erstellung von theoretischen Sozialplänen mitwirkt, ist die Geschichte völlig in Ordnung. Aber wehe, wenn irgendwo ein Sozialfaktor an die Realisierungsstufe herankommt — siehe Urlaubsregelung 1977 —, dann geht es also diesem Bundesobmann Mock sehr schlecht. (Abg. Jamnegg: „Das war ein OAAB-Antrag!“) Ich weiß, wie Ihr Antrag ausgeschaut hat und ich weiß, wie weit der liebe Kollege Mock zurückgehen mußte. (Unverständliche Zwischenrufe.)

Nun, meine Damen und Herren, ich glaube, daß der Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart sicher viel weiser ist und es einfach nicht darauf ankommen läßt, daß er in aller Öffentlichkeit zurückgepiffen wird. Aus der Sicht, wie schwach die Rolle des AAB in diesem Hause ist, läßt sich einiges erklären. (Abg. Jamnegg: „Das ist Ihr Wunschdenken!“) Weil nämlich die zwei anderen Bünde nicht wollen, dürfen Vertreter des OAAB nicht zustimmen, wenn es etwa um die Installierung einer Landespersonalkommission geht. Sie dürfen nicht zustimmen, wenn es um die Beschlußfassung eines neuen Personalvertretungsgesetzes geht. Die Wahlen stehen vor der Tür, die Landesbediensteten

haben kein Personalvertretungsgesetz, obwohl das längst möglich gewesen wäre. (Abg. Jamnegg: „Wir haben immer gut entschieden!“)

Liebe Frau Kollegin Jamnegg, obwohl sie Ihren Antrag auf gleiches Recht für Frauen im Landesdienst eingebracht haben und ich die Auszeichnung hatte, diesem Antrag beizutreten, schauen die Dinge in der Realität doch völlig anders aus. Darf ich Ihnen gleich ein konkretes Beispiel geben: Eine weibliche Landesbedienstete mit einschlägiger Tätigkeit, allen erforderlichen Prüfungen und ausgezeichnete Qualifikation bewarb sich um den Posten der Fachabteilung I b, örtliche Raumplanung. (Abg. Pözl: „Was heißt einschlägige Tätigkeit, Herr Kollege?“) Ich weiß nicht, was es da für große Schwierigkeiten gibt bei „einschlägig“? Sie kam nicht zum Zug. Es wurde ein dienstjüngerer Bewerber ohne erforderliche Dienstprüfung und auch ohne einschlägige Erfahrung vorgezogen. Decken Sie jetzt, das ist meine Frage Frau Kollegin Jamnegg, ein solches Vorgehen, finden Sie diese Entscheidung als Erfüllung unseres seinerzeitigen gemeinsamen Antrages oder beugen Sie sich der steirischen Urkraft, mit der man alles zurecht biegt? (Abg. Dr. Maitz: „Er macht es viel besser als der Oberhammer in Wien!“ — Abg. Jamnegg: „Sie stellen da etwas in den Raum, was ich jetzt nicht beantworten kann!“) Ich bin auch etwas enttäuscht über Ihre Budgetrede. (OVP: „Sie sind aber der einzige!“ — Abg. Dr. Eichinger: „Blendend war das! Das hat Ihnen so weh getan!“) Kann ich sagen, was ich erwartet habe? (Abg. Pözl: „Ich melde mich noch einmal zu Wort und wiederhole die Rede!“) Ich bin nur enttäuscht über die Gesamtaussage.

Die Frau Kollegin Jamnegg spricht blendend, das ist völlig klar. Aber ich hätte erwartet, daß sie nun als neuer OAAB-Boß für die Probleme des OAAB besonders stark eintritt, (Abg. Jamnegg: „Das tun wir auch!“) sich mit allem Gewicht in diese Fragen hineinstürzt, weil wir wissen, daß der Werdegang bis zum Grazer Obmann ja nicht einfach war und auch die Zustimmung nicht ganz so war, wie man es sich erwartet hat. (Abg. Jamnegg: „Er war aber auch nicht so kompliziert, wie Sie glauben!“) Daher meinte ich, daß Sie jetzt wirklich für die Probleme eintreten, die gerade für den OAAB vordringlich wären. Wenn ich OAAB sage, dann ist ja der Hauptprozeßsatz im steirischen Landesdienst tätig und es wäre schön gewesen, wenn Sie hier auch für die Probleme der Landesbediensteten eingetreten wären. (Landesrat Bammer: „Da gibt es einen Landesobmann, der nein sagt!“)

Nun, meine Damen und Herren, wenn ich schon bei den steirischen „Kraftlackeln“ bin, fällt mir auch der OAAB-General Heinzinger ein. Er ist ein mutiger Mann. (Abg. Pözl: „Auch von der ‚Tagespost‘!“) Tagtäglich hat er nämlich etwas Schreckliches vor Augen: Im Sitzungszimmer des OAAB-Hauptquartieres hängt sie mit einem groben Strick um den Hals, die Puppe aus Pappkarton, das Sinnbild des OAAB für den roten Betriebsterror. (Abg. Jamnegg: „Das haben Sie in der Zeitung gelesen!“) So zu lesen im Kurier, ich nehme an, daß es

stimmt. Im OAAB-Hauptquartier wird im wahrsten Sinne des Wortes schwarze Magie betrieben. (Abg. Jamnegg: „Waren Sie schon einmal dort, Herr Kollege!“) Nicht nur in dieser Art, ich glaube den Massenmedien, ich glaube dem Kurier, der das in einer sehr netten Glosse umschrieben hat. Ich fürchte sehr, meine Damen und Herren, daß noch ein Schritt folgen wird, nämlich eine Kreiskypuppe mit eingestochenen Nadeln, Sie wissen ja, was schwarze Medizinmänner dabei bezwecken. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Darf ich Sie fragen, ob das zum Budget gehört?“ — SPÖ: „Ja!“ — Abg. Brandl: „Im weitesten Sinne des Wortes!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Bei großzügiger Auslegung geht es!“)

Weil aber der Herr Heinzinger, obwohl — wie ich gehört habe — Steirer ist, nicht viel Beispiele von OVP-Betriebsterror anzuführen wußte, darf ich hier doch ein wenig aushelfen mit Beispielen, wie in der Steiermark die politische Macht umgesetzt wird. (Abg. Dr. Eberdorfer: „Ich kann Ihnen auch aushelfen!“) Da ist das beste Beispiel die Einstellungspraxis in den Landesdienst: Um die Stelle eines Hausarbeiters im Krankenhaus Fürstenfeld — ich sage Ihnen ein praktisches Beispiel — bewirbt sich ein gelernter Kfz-Mechaniker und Schlosser, Familienstand verheiratet, drei unversorgte Kinder. Die Gattin mußte nach der Geburt des dritten Kindes ihre Stelle als Wärterin im Landeskrankenhaus Fürstenfeld aufgeben. Die Familie hat noch eine beträchtliche Schuldenlast für ihren Wohnhausneubau abzutragen. Vorgezogen wurde ein anderer, der in ungekündigter Stellung beschäftigt war. Gründe für diese Entscheidung wurden nicht angegeben, wozu auch. Man weiß ja längst, wie die Dinge liegen.

Ein zweites Beispiel: Um eine Bürostelle in der Bezirkshauptmannschaft Leoben (Abg. Dr. Maitz: „Das ist eine Unterstellung!“) — ich kann das nachweisen, Herr Kollege, Sie brauchen nicht von Unterstellung reden — bewirbt sich durch längere Zeit eine junge Niklasdorferin, abgeschlossene Bürolehre, einschlägige Fachschule. Neun werden aufgenommen, nur dieses junge Mädchen nicht, das dem Kreis der begünstigten Invaliden angehört, eine Handbeschädigung hat, aber trotzdem hundertprozentig arbeitsfähig ist.

Da will ein junger Mann Bürolehrling werden. Vierzehn werden aufgenommen, er nicht. Man bekommt keine Antwort auf die Frage, welche Kriterien eigentlich maßgebend waren, der Anmeldezeitpunkt, Zeugnisse usw. Es bleibt nur der übliche Schluß zu ziehen. (Abg. Pözl: „Wer ist man?“) Wir, der Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian. (Abg. Pözl: „Sie kriegen von Landeshauptmann Sebastian keine Antwort?“ — Abg. Ing. Stoisser: „14 sind ohnedies aufgenommen worden!“) Keine Antwort über die Fakten, warum ein anderer vorgezogen worden ist, obwohl er nachweisbar länger vorher angesucht hat und die Zeugnisse tadellos waren. (Abg. Jamnegg: „Ein Vorredner von Ihnen hat sich beklagt, daß es zuviel Personal gibt, 14 sind eingestellt worden von 15. Irgendwo ist da eine Differenz!“)

Ich werde Ihnen gleich sagen, wieviel eingestellt worden sind. Bis jetzt, meine Damen und Herren, sind im Laufe dieses Jahres, und zwar außer den politischen Büros, etwa 600 Neueinstellungen erfolgt. Der Anteil an Sozialisten ist dabei unverändert stark: 0,5 Prozent. Unter 600 hätten drei das Rennen gemacht, sie zeugen dafür, daß wir in der Steiermark noch besser dran sind als in Niederösterreich (Abg. Ing. Stoisser: „Wie ist es in Wien?“), und um diesen Nymbus zu erhalten, bemüht man sich seitens der OVP tatsächlich mit ganzer Kraft.

Meine Damen und Herren, ich glaube eines: Die OVP täte gut daran, die Aktion roter Betriebsterror, Marke Heinzinger, rasch zu vergessen. (Abg. Dr. Eichinger: „Das würde euch so gefallen!“)

Betriebsräte aller politischen Gruppierungen im Österreichischen Gewerkschaftsbund sind und waren Mitgaranten der friedlichen Entwicklung und des sozialen Aufstieges in Österreich. Den Österreichischen Gewerkschaftsbund in seiner heutigen Form durch Leichtfertigkeit aufs Spiel zu setzen, sollte auch Profilierungsneurotikern nicht einfallen. Die Österreicher könnten dabei zu viel verlieren. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zur Gruppe 0 ist als letzter Redner der Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart vorgemerkt. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter Wegart: Verehrte Damen und Herren!

Die Gruppe 0 ist zu Ende gegangen. Es ist ungewöhnlich, daß das zu so früher Zeit erfolgt. Ich habe aufmerksam zugehört und heute eine Reihe neuer Erkenntnisse gewonnen. Ich bin für diese Erkenntnisse außerordentlich dankbar. Ich komme aber darauf noch im einzelnen zurück.

Ich möchte mich jetzt prinzipiell mit einigen Problemen der Personalmarktwirtschaft des Landes befassen, weil ich der Meinung bin, daß sie zur Steuerung gewisser objektiver Merkmale notwendig erscheinen.

Der Anteil des Personalaufwandes am Landesbudget beträgt 1977 30,36 Prozent. Meine Damen und Herren, es ist hier mehrfach darüber Klage gefunden worden, daß eine Personalausweitung stattfindet. Ich verzichte bewußt auf Vergleiche, aber auf eines möchte ich jetzt gebührend aufmerksam machen, indem ich Sie fixiere: Geschätzter Herr Abgeordneter Hammerl! Unserer Personalmarktwirtschaft und Bewirtschaftung ist es bis zum heutigen Tage gelungen, die 30-Prozent-Marke zum Gesamtanteil des Budgets nicht zu überschreiten. Sie dürfen für sich den sehr fraglichen Ruhm in Anspruch nehmen, daß Sie bei der Stadtgemeinde Graz nicht nur die 50-Prozent-Marke bereits überschritten haben, sondern daß Sie sich jetzt langsam auf 55 und 57 Prozent zubewegen. Ob das letzten Endes auch im Interesse der Beamten liegt, überlasse ich der Beurteilung der Grazer Wählerschaft und niemand anderem. (Beifall bei der OVP. — Abg. Hammerl: „Sie müssen auch die Einnahmen sehen!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Gerade das hat der Herr Hammerl anschneiden müssen. Man soll nicht mit Steinen wer-

fen, wenn man im Glashauss sitzt!") Es ist das eine sehr einfache Darstellung, bei der man mit einem Horror aufzeigen könnte, was sich da alles verändert hat. Und hier habe ich bei einem zweiten Schwerpunkt ein:

Es wird da so nebenbei gesagt — das ist die Bierischstrategie —: „so viele Beamte, so viele Beamte!“ Ich darf Ihnen dazu folgendes sagen: Der Anteil in der Hoheitsverwaltung, das sind das Amt der Landesregierung, die Landesbaudirektion und die Baubezirksleitungen, beträgt kaum 17 Prozent im Gesamtanteil. Der überwiegende Anteil der Personallasten liegt in unseren Landeskrankenhäusern.

Nun erlauben Sie mir auch dazu eine sehr, sehr ernste Bemerkung, weil ich der Meinung bin, daß auch diese Diskussion dazu beitragen soll, daß die Öffentlichkeit über diese Vorgänge informiert wird: Meine Damen und Herren, einen sogenannten medizinischen Selbstbedienungsladen sind wir bis zur Stunde nicht in der Lage gewesen, in den steirischen Landeskrankenhäusern aufzuziehen. Wir haben auch keinen Ehrgeiz, einen solchen Selbstbedienungsladen aufzuziehen, weil wir der Meinung sind — und ich lasse darüber gar keinen Zweifel offen —, wir sind im Gesundheitsdienst der steirischen Bevölkerung die beste Betreuung schuldig. Darüber darf es für mich keinen Zweifel geben, das muß ich auch sagen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Lackner: „Da hätte auch eine Krankenschwester klatschen können, hätte ihr gar nicht geschadet!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Aber Karl, du wirst doch nicht vorschreiben, wer klatscht. Du bist doch kein Diktator!“)

Ich erkläre weiters, daß die Ausdehnung des Personalaufwandes in den Landeskrankenhäusern auf zwei sehr wichtige Faktoren zurückgeht. Auf den Faktor eins, daß wir im Laufe der Jahre laufend Neu- und Zubauten errichtet haben und daß diese Neu- und Zubauten, meine Damen und Herren, natürlich auch eine Personalintensität hervorgerufen haben. Wir machen zum Unterschied vom Bund eines, daß wir Jahr für Jahr die Dienstpostenpläne neu verhandeln. Das beginnt bereits im März und geht hinein bis in den Juli.

Der zweite Grund, von dem ich annehme, daß er auch bekannt ist, liegt darin, daß wir vor Jahresfrist die 40-Stunden-Woche auch in den Landeskrankenhäusern eingeführt haben und daß natürlich zum Ausgleich selbstverständlich mehr Personal hergenommen werden mußte.

Ein dritter, wesentlicher Grund für die Ausweitung liegt nicht nur in der Einführung der 40-Stunden-Woche und nicht nur in Zu- und Neubauten, sondern er liegt auch darin, daß wir eine Reihe von apparativen Ausstattungen zusätzlich erhalten haben und laufend anschaffen, die natürlich hochqualifiziertes Personal benötigen. Wir können diese Geräte nicht dem Zufall überlassen oder so damit herumspielen lassen, wie man das meint. Das sind die wesentlichsten Ursachen für die Ausdehnung des Personalstaats, und ich überlasse es jedem einzelnen Zuhörer, selbst zu beurteilen, ob man zu diesen Personalkonsequenzen ja sagen kann oder ob man der Meinung ist, hier könnte man einsparen, etwa einen medizinischen Selbstbedienungsladen aufzuziehen und sagen: „Na, ist ja egal, wie das läuft, das

Wichtigste ist, daß man dort mit einem Wort Personal einspart.“ Obwohl wir bei allen Verhandlungen nicht nur streng, sondern auch genau vorgehen und obwohl wir immer wieder darauf aufmerksam machen, muß ich bei dieser Gelegenheit mitteilen, meine Damen und Herren, daß es natürlich sehr schwierig ist, hier in der Verantwortung des Arztes etwa nein zu sagen, um dann etwa hingestellt zu werden als derjenige, der in der Frage bei einem heiklen Fall dann sagt: „Eigentlich ist es die Politik, die schuld daran ist, daß der Patient nicht überleben konnte.“ Wir brauchen diese Dinge, daher ist es gar keine Frage, daß wir uns dazu bekennen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Aber so sagt der Sebastian auch immer, und dem glauben Sie nicht!“)

Ich möchte aber noch etwas in diesem Zusammenhang sagen: Wenn man der Diskussion aufmerksam zugehört hat, so hat man den Eindruck, als sei der Landesdienst nicht ganz attraktiv oder zu wenig attraktiv. Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen in diesem Zusammenhang zur Kenntnis bringen, daß wir, nicht zuletzt ausgelöst ab etwa 1974, einen Personalansturm im öffentlichen Dienst erleben. Das geht nicht nur dem Lande so, sondern ich weiß, daß das andere Gebietskörperschaften ebenfalls sagen können. Ich nenne nur die Globalziffer: Wir haben gegenwärtig in der Personalabteilung insgesamt 4480 eingebrachte Ansuchen von Personalwünschen. Das sind Ansuchen, die eingebracht worden sind und in der Personalabteilung aufliegen. Ich rede jetzt nicht von jenen Tausenden von Vorgesprächen bei allen Mitgliedern des Landtages, bei den Mitgliedern der Landesregierung und was weiß ich, wo man überall hingehen kann, wo man fragt, ob nicht eine Chance besteht, etwa im Landesdienst unterzukommen. Wenn ich vorsichtig rechne, dann könnte ich davon ausgehen, daß man doch etwa mit drei multiplizieren kann, das heißt, daß 15.000 Personen zweifelsohne im Lande sind, die in den Landesdienst wollen.

Mir sind Ziffern von Wünschen in den Gemeindedienst oder etwa in den Bundesdienst nicht bekannt, aber ich kann nur sagen, in Wahrheit ist es so, daß der Drang und der Zuspruch zum öffentlichen Dienst immer stärker und immer größer werden. Das hat auch mehrere Ursachen.

Die eine Ursache liegt darin, daß zweifelsohne das Streben nach mehr Sicherheit am Arbeitsplatz gegeben ist. Das ist unverkennbar. Der öffentliche Dienst ist in der Lage, diese Sicherheit doch im weitesten Umfang zu gewähren.

Der zweite Grund, meine Damen und Herren, liegt darin, und auch darüber muß man etwas sagen, daß wir immer mehr qualifizierte Bewerber haben, Akademiker, Maturanten, und wenn man sich die Ziffern anschaut, etwa was unsere Mittelschulen allein, die AHS aber auch die HTL, Jahr für Jahr an Maturanten zusätzlich jetzt herausbringen, die natürlich, soweit sie nicht auf die Universitäten gehen und weiterstudieren, irgendwo ihre Bewährung suchen. Das wird von Jahr zu Jahr ärger. Auch sie wollen natürlich in den öffentlichen Dienst.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch sagen, ich unterschreibe das, was mehrfach von sehr maßgeblichen Leuten auch Ihrer Partei gesagt wurde:

„Wir können nicht jedem einen Schreibtisch zur Verfügung stellen.“ Wir sind nicht in der Lage, weder das Land, noch der Bund, noch die Gemeinden oder andere Gebietskörperschaften, dafür zu sorgen. Ich glaube, die Hauptaufgabe muß einfach darin liegen, daß wir in die Lage versetzt werden, diesen jungen Menschen irgendwo eine Chance zu geben.

Und ich denke jetzt laut: Ich fürchte allen Ernstes, daß wir in wenigen Jahren — deshalb habe ich bei dem Problem der sogenannten B-Maturanten ein, die nicht in B/VII überstellt werden können, es sind in der Steiermark 18 an der Zahl bei uns im Landesdienst — unter Umständen Maturanten einstellen werden, die nicht in B kommen können, daß wir Akademiker einstellen werden, die nicht in A kommen können, sondern daß wir froh sein werden, wenn wir ihnen überhaupt die Möglichkeit einer Bewährung geben können.

Das hängt mit einer völligen strukturellen Veränderung zusammen. Ich glaube, wir sollten das sehr ernst sehen und es nicht bei der Beurteilung leicht machen, weil ich der Meinung bin, daß hier auch — das möchte ich sehr betont sagen — der steirische und auch österreichische Steuerzahler ein Recht zu erfahren hat, was mit unseren Steuergeldern auch bei der Personalwirtschaft geschieht. Denn, meine Damen und Herren, auch hier geht es — ich komme auf mein Lieblingswort zurück — um die Ausgewogenheit dieser Probleme, die wir auch gegenüber den anderen Arbeitnehmern in allen Bereichen unserer Wirtschaft einfach schuldig sind. Das sei auch in diesem Zusammenhang gesagt.

Wir haben im heurigen Jahr, auch das teile ich dem Landtag mit, zum ersten Mal nach 1945 mehr Bewerberinnen in unseren Krankenpflegeschulen gehabt, als wir aufnehmen konnten. Zum ersten Mal sind wir in der Lage, den Dienstpostenplan, soweit es die Krankenschwestern anlangt, voll zu erfüllen. Im Gegenteil, wenn vor drei oder vier Jahren von zehn neu eingestellten Krankenschwestern innerhalb von drei Jahren sieben ausgeschieden sind, so ist es jetzt so, daß von zehn neu angestellten praktisch eine oder zwei nach einiger Zeit ausscheiden, die übrigen bleiben im Landesdienst. Wir haben ja vor Jahren mehrere Jahrgänge in Jugoslawien eingekauft, und wir haben jetzt noch etwa 100 jugoslawische Schwestern in Krankenhäusern tätig, allerdings immer mit der Auflage, wenn eine inländische Schwester kommt, muß sie einer Inländerin weichen. Um das kommen wir nicht herum.

Wir haben noch eine Reihe ausländischer Ärzte in unseren Krankenhäusern tätig. Auch hier gilt dasselbe, wobei ich am Rande erwähne, daß wir zum ersten Mal seit mehr als 15 Jahren ein Überangebot an Jungärzten haben, die in den Turnus gehen wollen, daß wir vor wenigen Wochen in der Landesregierung einen Beschluß gefaßt haben, daß wir diesbezüglich neue Dienstposten für 1977 schaffen, um den Jungärzten die Möglichkeit der Absolvierung des Turnusses zu geben.

Ich darf Ihnen nur sagen: Im heurigen Jahr haben 1087 Bewerberinnen angesucht, um in unsere Krankenpflegeschulen aufgenommen zu werden. 734 konnten genommen werden, 353 Bewerberinnen mußten abgesagt werden.

Soweit ich jetzt die Dinge verfolge, wird das im Zuge der immer stärkeren Jahrgänge, die jetzt in den Arbeits- und Ausbildungsprozeß eingegliedert werden, ebenfalls noch ärger in den kommenden Jahren. Das heißt mit anderen Worten: Wir stehen auch hier einem, fast würde ich sagen, nicht mehr lösbaren Problem gegenüber, und man sollte daher auch — ich möchte das hier unmißverständlich sagen — auf eines Wert legen — ich bin froh, daß das heute mehrfach gesagt wurde —, daß wir zuwege bringen, daß wir vor allem unsere Jugend vor einer Arbeitslosigkeit bewahren.

Nichts würde schrecklicher sein und uns mehr Schwierigkeiten bereiten und uns mehr mit Verantwortung belasten, wenn wir nicht diese Chance wahrnehmen können, wo wir sie ergreifen können, um diese Arbeitsplätze sicherzustellen. Das wird mit Rücksicht auf ein gewisses Konjunkturgefälle, einen weltweiten Umverteilungsprozeß nicht leicht werden. Es ist ja nicht so, daß die westliche Industrieland, der wir zugehören, reicher werden wird und mehr haben wird, die Tendenz läuft ja — das ist ja jetzt langsam sichtbar — immerhin in eine andere Richtung. Daher glaube ich, daß wir sagen sollten, Arbeitsplatzsicherung und Arbeitsplatzbeschaffung, wo immer es möglich ist und selbstverständlich alles dazu beitragen, damit wir in die Lage versetzt sind, unseren Aufgaben in diesem Zusammenhang gerecht zu werden.

Meine Damen und Herren, wir haben im Dienstpostenplan 1977 eine Vermehrung von rund 407 Dienstposten. Diese 407 Dienstposten sind bei der Hoheitsverwaltung und beim Baudienst etwa 51 und bei den Kranken- und Sanitätsanstalten 332. Ich habe vorher schon gesagt, ich bekenne mich dazu, weil ich der Meinung bin, daß wir das einfach dem Gesundheitsdienst der steirischen Bevölkerung schuldig sind.

Wenn, verehrter Herr Abgeordneter Hammerl, die Frage des Dienstzweigegesetzes von Ihnen urgiert wurde, dann darf ich Ihnen bekanntgeben, daß wir vor etwa 14 Tagen das Gesetz in der Landesregierung behandelt haben und daß wir es demnächst in weiterer Folge dem Landtag zuführen werden. Ich möchte aber auch bei der Gelegenheit sagen: Wir haben deshalb keinen gesetzlosen Zustand. Wir haben eine Dienstzweigeordnung durch Beschluß der Landesregierung, und jeder Landesbedienstete ist voll in der Lage, seine sozialen und dienstrechtlichen Interessen auch über die derzeitigen Bestimmungen wahrzunehmen. Wenn wir das Dienstzweigegesetz dem Landtag zuführen, dann ist das nichts als eine Abrundung weiterer Rechte, daß es eben nicht Beschluß, sondern Gesetz wird.

Was die Frage der Personalkommission anlangt, so glaube ich davon ausgehen zu können, daß Sie etwa Überlegungen aus dem Gemeindebereich herüberholen. Ich sage gleich: Die Mitsprache in allen dienstrechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Belangen, soweit es den Landesdienst betrifft, ist durch die Landespersonalvertretung, die eine frei gewählte Institution ist, durch die Dienststellenpersonalvertretungen und selbstverständlich über die Kolleginnen und Kollegen, die in den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes tätig sind, geregelt. Wobei ich auch bei der Gelegenheit gerne gestehe,

daß sie eine völlige Freiheit haben und in diesen Fragen — das erwarten wir auch nicht von ihnen — uns nicht etwa die Räuberleiter halten, wie das leider in anderen Sektoren sehr geschieht.

Man möge mir verzeihen, wenn ich das jetzt sage, aber stellen Sie sich vor, wir würden etwa das Jahr 1968 schreiben, wir würden dieselben Belastungen in Kauf nehmen müssen, von denen wir in diesen Tagen Zeugen sind. Da hätten wir Preisultimaten des Gewerkschaftsbundes, Unruhe in den Betrieben, da wäre mit einem Wort der Teufel los. (Abg. Zinkanell: „Unter denselben Voraussetzungen? Es geht um die Voraussetzungen!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Genauso war es, natürlich. (Abg. Prensberger: „Wir haben nicht gestreikt und sind nicht marschiert!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Nur nicht nervös werden!“) Ich freue mich sehr, daß Sie das heute hier vertreten müssen. Ich habe gar nichts auszusetzen, das ist ein Lernprozeß, der auch ein Teil des Reifeprozesses unserer Demokratie ist. Ich würde sagen, spielt gar keine Rolle. (Abg. Zinkanell: „Wir sind nicht nach einer Rezession, sondern vor einer Rezession!“ — Landesrat Bammer: „Ihr habt Traktoren und weiße Mäntel auf die Straße geschickt!“) Wir haben keine weißen Mäntel und keine Traktoren auf die Straße geschickt. Wir sagen nur, man soll sich das vorstellen, was das bedeuten würde, wenn es so käme, wie wir es jetzt erleben und wie Sie das — es gehört ja zu Ihren Aufgaben — einfach verteidigen.

Meine Damen und Herren, soweit zu Personalproblemen und zu Fragen, die die Personalbewirtschaftung des Landes betreffen. Ich möchte aber auch bei dieser Gelegenheit ein persönliches Danke sagen. Mit Ende des Jahres scheidet der Vorstand der Personalabteilung, W. Hofrat Dr. Otmar Ritter, aus dem aktiven Dienst. Dr. Ritter ist am 11. Mai 1911 in Pula geboren. Er ist das, wie man es in der damaligen Zeit sagte, ein Tornisterkind. Er hat in weiterer Folge nach Volks- und Bürgerschule die Reifeprüfung im Jahre 1930 abgelegt, ist 1935 zum Doktor der Rechts- und Staatswissenschaften promoviert worden, ist nach dem Gerichtsjahr am 1. März 1936 als Aspirant des Höheren Verwaltungsdienstes in den Steiermärkischen Landesdienst eingetreten. Am 13. März 1938 wurde er vom Dienst suspendiert und aus dem Staatsdienst entlassen. Er hat dann während des Krieges in der Privatwirtschaft gearbeitet, ist zum Frontdienst eingerückt und nach seiner Rückkehr mit Juli 1946 wieder in den Landesdienst eingestellt worden. Mit 15. Juli 1946 wurde er in der Entregistrierungsbehörde der Landesamtsdirektion tätig, ein Amt, das er erfreulicherweise nicht mehr gibt. Am 1. Jänner 1947 wurde er zum Regierungsrat und am 1. Oktober 1948 zum Oberregierungsrat befördert. Ab 1. April 1949 war er Sekretär bei Landeshauptmann Josef Krainer. Ab Mai 1963 beim Aufbau der neugegründeten Kontrollabteilung und gleichzeitig deren Vorstand. Im Jänner 1964 zum Wirklichen Hofrat und zum Vorstand dieser Abteilung bestellt. Mit 31. Dezember 1963 wurde er von der Amtsobliegenheit des Vorstandes der Kontrollabteilung entbunden und mit 1. Jänner 1964 zum Vorstand der Rechtsabteilung 1 bestellt.

Meine Damen und Herren, er hat durch zwölf Jahre die Personalabteilung als Vorstand geleitet, und ich möchte gerne bei dieser Gelegenheit, verehrter Herr Hofrat und verehrter Herr Vorstand der Personalabteilung, persönlich namens der Steiermärkischen Landesregierung, namens des Herrn Landeshauptmannes ein herzliches Danke für die vorbildliche Leistung, für die vorbildliche Arbeit und ich glaube, weil ich jetzt auch schon zu einem bestimmten Jahrgang dazugehöre, für die Haltung, die noch der guten alten Schule entspricht, sagen. (Allgemeiner Beifall.)

Ich möchte vor allem einen Wesenszug hervorheben, den Wesenszug, der mir die Zusammenarbeit so angenehm gemacht hat: Daß er jedes Mal, um was immer es ging, mannhaft seine eigene Meinung vertreten hat; und daß ich jeden Tag wußte, wie ich dran bin, wenn es um Fragen der Personalbewirtschaftung, um Fragen des Budgets und um die Dinge ging, die dafür verantwortlich sind, daß die Aufgaben des Landes über die Verwaltung klaglos geführt werden. Das ist eine Tugend, die ich am heutigen Tage in dieser Stunde des Abschieds, der mir auch ein wenig nahegeht, gerne zum Ausdruck bringen möchte. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren, darüber hinaus darf ich aber in dieser Stunde auch ein herzliches Danke allen Bediensteten des Landes sagen. Es ist das eine Riesenfülle an Aufgaben, die durch die Landesverwaltung bewältigt werden, in den Bereichen der Hoheitsverwaltung, des Baudienstes, im Schulbereich bis zu unseren Spitälern und Wirtschaftsbetrieben.

Ich glaube, an einem Beispiel lesen Sie es besser ab als an allen anderen Dingen: Bei einem Besuch der Bezirkshauptmannschaft in Feldbach habe ich den Beamten gefragt, ob er weiß, wieviele Pässe im Jahre 1936 im Paßamt ausgestellt wurden. Er sagte, er wisse das ganz genau: „Es gibt eine Statistik darüber, es waren für den großen Bezirk Feldbach insgesamt 24 Pässe.“ Auf meine Frage, wieviele Pässe er vier Jahrzehnte später ausgestellt habe, sagte er, daß es immerhin mehr als 12.000 sind. An solchen Ziffern können Sie ablesen, was sich verändert hat, was in Bewegung geraten ist. Ich könnte nicht nur auf die Pässe Bezug nehmen, sondern selbstverständlich auch auf den Straßenbau, auf den Wohnbau, ich könnte Bezug nehmen auf die Kraftfahrzeuge und vieles andere mehr — Dinge, die einfach durch die Verwaltung erledigt werden müssen.

Ich möchte in dieser Stunde noch gerne ein Wort sagen, weil es mir am Herzen liegt: Wir dürfen von der steirischen Landesverwaltung mit allen ihren Bereichen eines feststellen: daß es sich um eine volks- und bürgernahe Verwaltung handelt und daß wir sagen können, daß sie diesen Aufgabenstellungen in jeder Hinsicht gerecht wird. Und dafür auch ein herzliches Danke von dieser Stelle, wo wir darüber beraten, wohin die Reise in einem Jahr weitergeht. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Eine weitere Wortmeldung zu dieser Gruppe liegt nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Buchberger: Meine Damen und Herren!

Ich darf Sie ersuchen, meinem eingangs gestellten Antrag, den Ansätzen der Gruppe 0, die Zustimmung zu geben.

Präsident: Meine Damen und Herren!

Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 0 einverstanden ist, möge ein Handzeichen geben.

Die Gruppe 0 ist somit angenommen.

Gruppe 1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit

Berichterstätter ist der Herr Abgeordnete Anton Prensberger. Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Abgeordneter:

Abg. Prensberger: Hohes Haus!

Die Gruppe 1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, eine sehr kleine Gruppe dieses Voranschlagges, gewinnt von Jahr zu Jahr immer mehr an Bedeutung. Im Abschnitt 18 „Landesverteidigung und Zivilschutz“ erweitern sich die Ausgaben für das Jahr 1977 auf 54,627.000 Schilling. Die Einnahmen werden sich im nächsten Jahr auf 12,576.000 Schilling belaufen. Der größte Teil dieser Ausgaben wird den Kostenanteil an Zivilschutzaufwand, der Feuerwehr und der Zivilschutzschule decken. Auch der steirische Zivilschutzverband erhält einen angemessenen Betrag.

Die Landesverteidigung und der Zivilschutz, die von der Bevölkerung nicht immer verstanden werden, weil sie auch Belastungen mit sich bringen, zum Beispiel beim Eigenheimbau durch die Luftschutzräume, bedürfen einer gewissen Aufklärung. Niemand von uns wünscht, daß in einigen Jahren Versäumnisse festgestellt werden müssen, die sich aus einem Geldmangel ergaben. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß alle Kriegeerscheinungen und auch Unfälle in Atomkraftwerken außerhalb unserer Grenzen große Verseuchungen hervorrufen können; diese Umstände machen es notwendig, Überlegungen über Zivilschutzräume anzustellen.

Für das Feuerwehrwesen werden im Jahre 1977 35,974.000 Schilling ausgewiesen. Die Förderungsbeiträge werden von 5,5 Millionen Schilling auf 8,5 Millionen Schilling erhöht. Der Katastrophendienst und die Gewässerschutzmaßnahmen werden auf 13,169.000 Schilling aufgestockt, wobei wesentliche Beträge für Leistungen von Firmen für Gewässerschutz vorgesehen werden.

Im Finanz-Ausschuß wurde die Gruppe eingehend behandelt, und ich stelle namens dieses Ausschusses den Antrag, die Ansätze der Gruppe 1 „Öffentliche Ordnung und Sicherheit“ zu genehmigen.

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Marczik. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Marczik: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Haushaltsgruppe 1 dieses Landesvoranschlagges umfaßt unter den Hauptansätzen 16, 17 und 18 die Kapitel „Feuerwehrwesen, Katastrophendienst, Gewässerschutz“ und den Zivilschutz, also ein sehr, sehr umfangreiches Programm. Ebenso den Beitrag zur wirtschaftlichen Landesverteidigung

als wesentlichen Teil unserer gesamten umfassenden Landesverteidigung.

Gestatten Sie, meine Damen und Herren, daß ich mich unmittelbar dem Ansatz 171, nämlich den Gewässerschutzmaßnahmen, zuwende, weil Sie hier im Voranschlag eine erhebliche Erhöhung gegenüber 1976 vorfinden, und zwar von 4,3 Millionen auf nahezu 10 Millionen Schilling.

In dieser Post, meine Damen und Herren, sind nahezu alle Maßnahmen enthalten, welche sich aus der Tätigkeit des Ölalarmdienstes der Landesbaudirektion ergeben. Aus diesem Ansatz werden neben technischen Apparaten und Geräten etwa eine in Aussicht genommene Anschaffung eines fahrbaren Ölabscheiders und kleinere Analysegeräte realisiert und vor allem die in sehr großer Menge benötigten Ölbindemittel angeschafft.

Den Hauptanteil dieser Ausgabenpost allerdings machen jene Mittel aus, die für die Behebung von Unfallschäden, zum Beispiel das Ausbaggern und Ausglühen mineral- oder giftverunreinigten Erdreiches, aufgewendet werden müssen. Wenn man nun bedenkt, meine Damen und Herren, daß allein im heurigen Jahr, also 1976, rund 500mal in der Steiermark Ölalarm gegeben wurde, daß dabei rund 500mal unser Wasser in Gefahr war und daß es wiederum 500mal gelungen ist, durch den Einsatz unserer Feuerwehren und hiefür spezialisierter Privatfirmen, die durch eine Landesförderung gleichsam einen Dienst rund um die Uhr versehen, die enormen Gefahren von unserem Wasser abzuhalten und daß es bisher noch immer gelungen ist, den steirischen Landsleuten ein reines und nicht nach Benzin stinkendes oder vergiftetes Wasser anzubieten, so erscheinen, glaube ich, diese Ausgaben als absolut gerechtfertigt.

Trotz der Verdoppelung dieser Voranschlagspost gegenüber dem letztjährigen Budget möchte ich aber doch dazu feststellen, daß dem praktisch in gleicher Höhe auch Einnahmen gegenüberstehen, weil die von mir genannten wichtigsten Maßnahmen vom Land ja quasi nur vorfinanziert werden. Diese Kosten werden grundsätzlich — allerdings nur, wenn möglich — dem Verursacher angerechnet und von diesem bezahlt.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang unserem steirischen Ölalarmdienst, der — das möchte ich wirklich sagen — vorbildlich organisiert und geleitet wird von unserem Herrn Hofrat Dipl.-Ing. Zwittnig, auch in jeder einzelnen Phase mustergültig funktioniert hat, in unser aller Namen Dank und Anerkennung sagen. Trotzdem wünschen wir, daß sich so wenig Tankwagenunfälle im kommenden Jahr ereignen mögen, daß diese Voranschlagspost nicht ausgeschöpft werden muß.

Nun einige Bemerkungen zum Thema zivile Landesverteidigung bzw. im besonderen zum Zivilschutz. Erfreulich ist heuer jedenfalls festzustellen, daß durch die Verfassungsgesetznovelle 1975 und durch die sogenannte Verteidigungsdoktrin mit den vorskizzierten Aufgabenbereichen jedenfalls eine brauchbare Basis zumindest und teilweise auch eine rechtliche Deckung gegeben erscheint, das heißt, es ist nun, etwas leichter, zielführende Maßnahmen zu

setzen, und es ist auch leichter, überhaupt in diesem Bereich zu arbeiten. Die Einsicht nämlich, vor allem bei den Behörden, ist nun in erhöhtem Maße gegeben.

Auf dem Sektor Zivilschutz wurden, wie wir wissen, weitere Fortschritte im Interesse der Sicherheit unserer Bevölkerung und vor allem dadurch erzielt, daß der Warn- und Alarmdienst durch den weiteren Ausbau der funkferngesteuerten Bezirkssirensysteme diesmal schwerpunkttartig, lieber Kollege Haas, für Graz-Umgebung und Voitsberg sowie durch weitere Planung primär für unsere Grenzbezirke erheblich verbessert wurde.

Aber auch hinsichtlich der baulichen Schutzmaßnahmen und des Selbstschutzes, hier besonders wiederum durch die Seminararbeit und gezielte Schulungsaktionen im Rahmen des Schulbereiches, des Kasernbereiches sowie durch weitere Koordinierung der Einsatzpläne aller Hilfsorganisationen konnten, meine Damen und Herren, erhebliche Verbesserungen und Fortschritte erzielt werden.

Wesentlich erscheint mir aber vor allem eines, nämlich daß das Zivilschutzbewußtsein unserer steirischen Bevölkerung dank dieser unermüdlichen Kleinarbeit doch einigermaßen angehoben werden konnte und daß vor allem, was erfreulich ist, bei unserer Jugend ein großes Interesse für diese Fragen feststellbar ist. In diesem Zusammenhang ebenfalls ein Wort des herzlichen und offenen Dankes an den nimmermüden Leiter des Katastrophenschutzreferates und zuständigen Mannes für Zivilschutzfragen, an Hofrat Kreuzwirth, mit seinem ganzen Stab.

Lassen Sie mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, nun noch Ihre Aufmerksamkeit auf jenes Budgetkapitel lenken, welchem wir alle Jahre anlässlich dieser Voranschlagsverhandlungen unser besonderes Augenmerk schenken und welchem stets — das freue ich mich sagen zu können — das uneingeschränkte Interesse sowie der gemeinsame Dank und die ungeteilte Anerkennung aller Fraktionen dieses Hohen Hauses berechtigterweise zuteil wird, nämlich unserem steirischen Feuerwehrwesen. Ergänzend darf ich dazu die Feststellung treffen, daß wir alle, die wir Verantwortung in diesem Lande tragen, darüber hinaus aber unsere gesamte steirische Bevölkerung, auch wirklich Grund haben uns zu freuen und ein wenig stolz zu sein.

Neben dem Optimum an Idealismus, hier handelt es sich wirklich nicht um eine leere Worthülse oder Phrase, welchen unsere tüchtigen steirischen Feuerwehren erbinnen, sowie jenem Geist, der Opfer- und Hilfsbereitschaft, welcher allen unseren Feuerwehren überall im Lande, seien es die freiwilligen Feuerwehren, seien es die Betriebsfeuerwehren oder Berufsfeuerwehren, gleichermaßen innewohnt und sich mit der Fülle und Vielfältigkeit daraus resultierender Handlungen stets eindrucksvoll und überzeugend beweist, sind es auch der Ausbildungsstand und nicht zuletzt die Ausrüstung, welche die steirischen Wehren ohne Überheblichkeit und ohne Übertreibung, im Spitzenfeld der österreichischen Bundesländer finden lassen.

Dies ist nicht zuletzt auf die Tatsache zurückzuführen, daß durch die richtige Einschätzung und

Einordnung der Bedeutung dieses Feuerwehrwesens Sie, meine Damen und Herren des Hohen Landtages, unisono die erforderlichen Budgetmittel hierfür stets bewilligten. Ebenso aber auf die Unterstützung der Gemeinden im Wege der Feuerschutzsteuer, ja die gesamten Steuerzahler schlechthin, welche durch die erbrachten Steuerleistungen wohl die beste und wirksamste Versicherung kontinuierlich in dieser Hinsicht abschließen.

Doch last not least sei mir auch gestattet, auf die zielstrebige und zielführende Konzeption und Arbeit des hierfür zuständigen politischen Referenten, unseres Herrn Landesrates Anton Peltzmann mit seinem gesamten Mitarbeiterstab, ebenso dem Landesfeuerwehrkommando mit all seinen Gliederungen, unseren engagierten Kommandanten und den über 33.000 steirischen Wehrmännern, die durch ihre vorbildliche Haltung und Leistung auch unserer heutigen Zeit den Stempel wertvollster Gemeinschaftsgesinnung aufprägen, hinzuweisen.

Eine hervorragende Möglichkeit steter Ausbildung und Weiterbildung sowie theoretischer Information in organisatorischer, aber auch in feuerwehrtechnischer Hinsicht sowie in Belangen des Zivilschutzes bietet, wie wir wissen, in einem breiten Spektrum die steirische Feuerwehr- und Zivilschutzschule in Lebring, in der sich auch in diesem Jahr, und zwar bis Beginn November, bereits 12.242 Teilnehmer in Seminaren und Tagungen sowie anschaulichen Führungen die notwendigen Informationen und Kenntnisse erwarben.

Besonders erwähnenswert erscheint mir die Aktivität dieser von mir zitierten Schule auf dem Sektor des Strahlenschutzes zu sein, doch auch auf vielen anderen Spezialgebieten erhalten dort unsere Feuerwehren, aber auch Gemeindevertreter, Angehörige des österreichischen Bundesheeres ebenso wie die Pädagogen steirischer Pflichtschulen die erforderlichen Instruktionen und Kenntnisse vermittelt.

Besonders erfreulich auch die zahlreichen Aktivitäten des Nachwuchses, also unserer steirischen Feuerwehrjugend, denen Stand derzeit 3218 Jugendliche im Alter vom vollendeten 14. bis zum vollendeten 17. Lebensjahr zählt, das sind immerhin 9 Prozent des Gesamtmannschaftsstandes der freiwilligen Feuerwehren. Bereits Ende dieses Jahres werden wiederum 954 dieser jungen Freunde nachrücken, um so quasi als erwachsene Feuerwehrkameraden ihren Dienst für die Heimat zu tun. Diese jungen Leute haben sich auch heuer in erfreulicher Weise an der Kriegsgräberaktion in Italien beteiligt.

Um der für unser Land und seine Bevölkerung so wichtigen Ausbildung, Weiterbildung und mannigfaltigen Tätigkeit unserer steirischen Feuerwehren die erforderliche Entfaltung zu ermöglichen und die notwendige Effizienz zu gewährleisten, wurden seit 1965 an Förderungen aus der Feuerschutzsteuer ein Gesamtbetrag von 158 Millionen Schilling zugeführt, wobei für 1977 in etwa 25 Millionen zu erwarten sein werden, womit vor allem Anschaffungen und Bauvorhaben der freiwilligen Feuerwehren sowie der Betriebsfeuerwehren, der Landesstelle für Brandverhütung, der österreichischen Wasserrettung, des Landesfeuerwehrverbandes und der Ge-

meinden gefördert werden sollen. Zum Zwecke der Anschaffung von Katastropheneinsatzgeräten unserer Feuerwehren wurden seit 1971 finanzielle Mittel in der Höhe von nahezu 19 Millionen aufgewendet.

Besonders wichtig und erwähnenswert erscheint mir die Tatsache, daß parallel zu den lokalen Förderungsmaßnahmen, und das sage ich jetzt mit allem Nachdruck, auch die zielbewußte Realisierung und Durchführung der wesentlichsten Schwerpunktprogramme, und hier möchte ich dem politischen Referenten und seinen Mitarbeitern besonders danken, stattfindet.

Ich nenne drei der wichtigsten Programme: Das nahezu abgeschlossene Alarm-Stützpunktprogramm, wobei es derzeit bereits 16 solcher Stützpunkte in der Steiermark gibt, drei weitere sollen noch errichtet werden.

Weitest fortgeschritten ist auch das Sonderprogramm „Atemschutz“ der Jahre 1975 und 1976 mit einem bisherigen Gesamtaufwand von 5,8 Millionen Schilling, wobei die Typenvereinheitlichung innerhalb unserer steirischen Bezirke sich von 17 auf vier als besonders notwendig erwies und auch gelungen ist; des weiteren der Ankauf von Atemschutzgeräten. Hiefür wurden übrigens 5090 Beihilfen geleistet. Noch anzuführen ist die Errichtung von Bezirksatemschutzstationen. 1977 ist die Errichtung der siebenten Bezirksatemschutzstation im Rahmen der ersten Ausbaustufe im Bezirk Liezen geplant; desgleichen die Ausstattung der Feuerwehren mit schweren Atemschutzgeräten. Die Typenvereinheitlichung wird weiter fortgesetzt, und für 1978 ist sodann die Errichtung der restlichen acht Bezirksatemschutzpunkte im Rahmen der zweiten Ausbaustufe geplant. In diesem Zusammenhang kommt der Errichtung der sogenannten regionalen Füllstation eine ganz besondere Bedeutung zu.

Das dritte Schwerpunktprogramm schließlich betrifft die Tanklöschfahrzeuge, wobei seit 1973 bisher 18,6 Millionen Schilling aufgewendet wurden. Meine Damen und Herren, es gibt in der Steiermark derzeit 200 Tanklöschfahrzeuge der Typen 1000, 2000 und 4000, und man kann sagen, daß in jenen Gebieten, die man noch als unterversorgt bezeichnen kann, zinka 56 solcher Fahrzeuge angeschafft werden müssen, wobei unser Wunschprogramm für 1977 immerhin die Anschaffung von 15 solchen Tanklöschfahrzeugen ist.

Zusammenfassend darf ich feststellen, daß die bereits verwirklichten und die noch geplanten Ausbauprogramme jenen hohen und den vielfältigen Forderungen entsprechenden Ausrüstungsstand der steirischen Wehren garantieren, der letztlich, meine Damen und Herren, die umfassende und einwandfreie Bewältigung aller auftretenden Problemstellungen ermöglicht.

Soweit gäbe es, meine Damen und Herren, zumindest segmentartig auf den Bereich unseres Bundeslandes Steiermark bezogen, eine nahezu heile Welt auf diesem Sektor; jedoch nur dann, meine Damen und Herren, wenn auch die noch ungelöste und offene Frage eines ausreichenden und vor allem gleichartigen Versicherungsschutzes aller Feuerwehrkameraden raschest und voll zufriedenstellend

gelöst wird. Vor allem, wenn man bedenkt, in wie vielen Fällen und in welchem Ausmaß gerade unsere Feuerwehren immer wieder auch für Bundesinteressen herangezogen werden, wie etwa bei den zahlreichen Unfällen auf Bundesstraßen oder bei Personensuchaktionen, zu denen die Feuerwehren seitens der Behörden herangezogen werden, und so weiter und so fort. Der Herr Landesfeuerwehrkommandant hat anlässlich des außerordentlichen Landesfeuerwehrtages am 20. November dieses Jahres eine sehr klare Stellungnahme gegenüber der Presse abgegeben, und ich kann mir, meine Damen und Herren, nicht denken — ich möchte es so formulieren, nachdem wir uns immer diesbezüglich gefunden haben —, daß die vorerst einmal abgegebene negative Äußerung des Herrn Sozialministers zu diesem Fragenkomplex eine endgültige und abschließende Meinung des Bundes darstellt. Unter Bedachtnahme auf die von mir angeführten Fakten und auch im Interesse der stets für das Allgemeinwohl seitens der Feuerwehrkameraden eingesetzten Gesundheit und oftmals gefährdeten Sicherheit sowie der zumindest in finanziell-materiellen Belangen moralischen Absicherung der Familien dieser Idealisten im Ernstfall hoffen wir sehr, daß diesbezüglich ehestens eine positive Regelung, und zwar mit Ihrer geschätzten Mithilfe, meine Damen und Herren, in der Form erfolgen wird, daß für alle Feuerwehrmänner, unter Wegfall der für sie in der 30. ASVG-Novelle geschaffenen Sonderregelung, ohne Beitragsgebühr, grundsätzlich die Höchstbemessungsgrundlage angewandt wird.

Hier befinden wir uns alle, natürlich auch der Bund, gleichsam in einem Zugzwang, denn hier werden wir, meine Damen und Herren, wirklich dazu verhalten, diese Dinge gesetzlich rasch in Angriff zu nehmen. Nochmals bitte ich Sie also, diese gemeinsame, notwendige Lösung anzustreben und im Interesse der Angehörigen unserer Feuerwehren, der Familien vor allem, auch im gesagten Sinne diese Dinge realisieren zu helfen.

Was das neue Feuerwehrgesetz anlangt, so wissen Sie, daß es im Oktober dieses Jahres in das Begutachtungsverfahren gegangen ist; die Frist läuft im Dezember 1976 ab, es wird zweifellos bald verabschiedet werden. Die Schwerpunkte dieses neuen Feuerwehrgesetzes sind im wesentlichen die einheitliche Organisation, ein neuer Finanzierungsmodus und vor allem im Hinblick auf die Steuerkraftkopfquote die Berücksichtigung des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinden, eine Neufestlegung der Altersgrenze des Kommandanten, der fortan nach Vollendung des 65. Lebensjahres nicht mehr gewählt werden kann, eine Fixierung des überörtlichen Einsatzes und die gesetzliche Verankerung der Feuerlöschbereitschaften.

So darf ich, meine Damen und Herren, zum Abschluß allen unseren Feuerwehren, ebenso aber allen, die in Hilfsorganisationen, wie dem Roten Kreuz, der Bergwacht, der Bergrettung, im Zivildienst oder innerhalb der Exekutive oder unseres Bundesheeres gemeinsam mit den Feuerwehren zum Wohle der Bevölkerung und der gesamten Öffentlichkeit ihren Dienst versehen, angefangen vom einfachen Mitglied hinauf über die Ärzte und Exper-

ten bis zu den obersten Repräsentanten dieser Organisationen, die meist in stiller und bescheidener Selbstverständlichkeit unschätzbare Leistungen für die Gemeinschaft erbringen, ein aufrichtiges und herzliches Wort des Dankes dieses Hohen Landtages sagen. Ein Dankeschön, welches sich im besonderen auch auf den heuer anlässlich der Neuwahl ausgeschiedenen langjährigen Landesfeuerwehrkommandanten Landesbranddirektor Josef Prugger bezieht, der immerhin, meine Damen und Herren, im wahrsten Sinne des Wortes ein Leben lang, so wie viele unserer Feuerwehrkameraden, der steirischen Feuerwehr beispielhaft gedient hat.

Lassen Sie mich dem neuen Landesfeuerwehrkommandanten Strabeg und allen steirischen Feuerwehrkameraden im Geiste der Verbundenheit, der Anerkennung und des Dankes, jenes „Gut Heil!“ zurufen, welches diesen vorbildlichen Männern und deren Angehörigen zur Ehre, uns allen aber zur Sicherheit und zum Wohle gereicht. Ich danke für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Karrer. Ich erteile es ihm.

Abg. Karrer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Gruppe 1 „Öffentliche Ordnung und Sicherheit“ umfaßt, wie der Herr Berichterstatter schon ausgeführt hat, eine Summe von nicht ganz 55 Millionen Schilling im ordentlichen Haushalt. Wenn man diese Post durchblättert und versucht, aus den Zahlen die Tätigkeit der Feuerwehren, des Zivilschutzes, kurzum jene Kapitel, die in unserem Leben eine Rolle spielen, zu begutachten, kommt man auf vielerlei Gedanken und Überlegungen, aber auch auf Leistungen von seiten der Feuerwehren in unserem Lande, die sehenswert sind.

Lassen Sie mich daher zum besseren Verständnis einige Zahlen nennen, denn die Leistungsschau, die ja aus den Tätigkeitsberichten zu entnehmen ist, aus den Bezirken aber auch auf Landesebene, spricht eine zu deutliche Sprache.

Im Jahre 1975 waren 4995 Einsätze notwendig, bzw. so oft mußten in der Steiermark die Löschzüge der Feuerwehren, wo immer sie gerufen wurden, ausrücken. Bei diesen Einsätzen waren rund 50.000 Feuerwehrmänner beteiligt; an Gesamtstunden waren nicht ganz 200.000 notwendig, um die an die Feuerwehren herangetragenen Aufgaben zu bewältigen. Sicher können zu diesen stolzen Zahlen verschiedene Überlegungen angestellt werden. Man könnte die Einsätze aufteilen in die sogenannten technischen Einsätze und in den Brandeinsatz.

An technischen Einsätzen waren 4181 zu verzeichnen, auf der Brandseite waren 814 Ausrückungen notwendig. Man sieht, daß die Feuerwehr in ihrem Aufgabengebiet im Verlauf der Jahrzehnte und im Zuge der technischen Entwicklung ihre Einsatzbereitschaft umstellen mußte und sich dementsprechend natürlich ihre Ausbildung änderte.

Aber lassen Sie mich auch noch einige Blickpunkte in die Bezirke machen. Die technischen Einsätze waren im Bezirk Bruck und Leoben auf Grund der

Alarmsituation am häufigsten. Hier, glaube ich, ist wohl ein Grund darin zu finden, daß eben die Verkehrssituation eine so katastrophale ist, daß die Lastentransporte überhandnehmen und daß letzten Endes die Frage nach dem Vorrang der Pyhrnautobahn dort wohl schon allein aus dieser Überlegung ersten Vorrang genießen müßte. Bei Abschleppungen, wo auch die Feuerwehren immer wieder gerufen wird, waren die Bezirke Bruck, Voitsberg und Weiz an vorderster Stelle.

Für Hochwasserschäden in den Bezirken scheint Graz-Umgebung mit etwa nicht ganz zweieinhalbtausend Einsätzen auf. Bruck, Weiz, Feldbach, Hartberg sind die nächsten Bezirke in unserem Land, die von Hochwasserschäden fast periodisch immer wieder heimgesucht werden und wo die Feuerwehren verstärkt ausrücken müssen. Alle übrigen Bezirke liegen in dieser Zahl wesentlich darunter, und sie sind meines Erachtens wohl erwähnenswert, aber von mir aus heute nicht aufzählbar.

An Bränden, meine sehr verehrten Damen und Herren, war im Bezirk Leoben mit 93 Bränden die Spitze, gefolgt von Bruck, Graz-Umgebung, Hartberg und Liezen. Also, man sieht, daß auch hier, das kann man auch den Tätigkeitsberichten der Jahre vorher entnehmen, sehr großer Schaden immer wieder entsteht. Der Schaden, der nachweisbar nach den Gutachten der Feuerwehren, Versicherungen und Fachleute entstanden ist, beläuft sich auf rund 72 Millionen Schilling. Der verhütete Schaden, das ist ja der tiefere Sinn, macht eine Summe von 237 Millionen Schilling aus. Also, man sieht, wie gigantisch die Zahlen in die Höhe klettern würden, würden wir nicht unsere Feuerwehren haben, die Tag und Nacht bereit sind, hier für den Schutz ihrer Mitmenschen, für den Schutz von Hab und Gut einzutreten. Diese Leistungen wurden, meine Damen und Herren, wenn ich auch alles übrige dazurechne, erbracht von 696 freiwilligen Feuerwehren mit rund 35.000 Männern und von 57 Werksfeuerwehren mit etwas über 2000 Feuerwehrmännern, also in Summe von nicht ganz 40.000 Mann. In diesen wenigen Zahlen, die ich mir erlaubt habe zu bringen, spiegelt sich letzten Endes die ganze Tätigkeit.

Lassen Sie mich daher, nachdem mein Kollege Marczik über die Feuerwehren im allgemeinen und über die Ortsfeuerwehren gesprochen hat, doch einiges einmal an dieser Stelle auch über die Betriebsfeuerwehren sagen. Denn ich glaube, daß die Betriebsfeuerwehren auch so stolze Leistungen haben und, was vielleicht das Schöne ist, daß die Betriebsfeuerwehren mit den Ortsfeuerwehren eine solche Solidarität verbindet, eine so gute Zusammenarbeit ist, was ja — das darf ich ganz offen sagen — nicht immer der Fall war. Die Feuerwehren, namentlich die Betriebsfeuerwehren, finden Sie in den größeren Gemeinden, finden Sie dort, wo letzten Endes die größeren Betriebe angesiedelt sind. Diesen Betrieben kommt natürlich eine verpflichtende Aufgabe für die Erhaltung und den Schutz ihrer Anlagen, für die Sicherung der Arbeitsplätze, wenn Sie wollen, und auch für die Betreuung in diesem Betrieb eine große Bedeutung zu. Diese Tätigkeit der Betriebsfeuerwehren hat in erster Linie den vorbeugende Brandschutz zur Aufgabe, und hier ist

es notwendig, daß in dieser Richtung eine Umsicht, eine Schulungstätigkeit um sich greift. Das wirkt sich so aus, daß natürlich auf Grund der Situation der technischen Belange in den Betrieben die technischen Einsätze oder überhaupt die Bearbeitung von seiten der Feuerwehrmänner auf dem technischen Sektor doch größer ist als bei den Ortsfeuerwehren.

Schauen Sie, die vorjährige Sonderschulungstätigkeit in den Betrieben, namentlich in der Obersteiermark, hat dazu geführt, daß auch im Rahmen des Schulungsprogramms die Feuerwehren und der Zivilschutzdienst zu Wort gekommen sind, daß hier mit den Leuten der allgemeine vorbeugende Brandschutz besprochen wurde und letzten Endes, daß auch hier versucht worden ist, in jener Richtung aufklärend zu wirken, die einfach notwendig ist, will man den Feuerwehrvorbeugedienst auch entsprechend wirksam und kontrolliert in einem Betrieb führen.

Hier gäbe es noch eine große Anzahl von Ausführungen, ich darf aber doch vermerken, daß neben der tüchtigen Ausbildung unserer Feuerwehrmänner auch die körperliche Ertüchtigung meines Erachtens nach nicht zu kurz kommen darf. Hier ist in den letzten Jahrzehnten Schönes geschehen, die sogenannten Leistungswettbewerbe der Feuerwehren, wo im In- und Ausland schon sehr schöne Erfolge von unseren Feuerwehren errungen wurden, die auch dementsprechend ihre Anerkennung gefunden haben.

Aber, und das, glaube ich, muß ich doch sagen, zur Zusammenführung dieser beiden Feuerwehrgruppen, der Ortsfeuerwehren und der Werksfeuerwehren, hat letzten Endes die doch vor drei Jahren eröffnete Feuerweherschule Lebring beigetragen. Hier ist in der Steiermark erstmalig so geschlossen eine Ausbildungsstätte, ein Schulungszentrum für die Feuerwehren entstanden, daß ich sagen kann, daß die Schule sich einer stolzen Beliebtheit erfreut. Mein Kollege Marczik hat ja schon einige Schwerpunkte aus der Ausbildungstätigkeit, aus dem Schulungsprogramm, aus den Lehrgängen auf den verschiedensten Sektoren hier angezeigt, daß ich mir dies ersparen darf.

Interessant wird auch die neue Feuerschutzordnung sein, die alte stammt doch aus dem Jahre 1883. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß diese mit dieser Jahreszahl heute 1976 oder 1977, wenn sie in diesem Haus zur Behandlung kommt, meines Erachtens doch sehr überholungsbedürftig und renovierungsbedürftig sein wird.

Im gesamten kann gesagt werden, daß die Feuerweherschule zu klein wird, daß sie weit über unsere Grenze hinaus bekannt ist und daß hier eine Ausbildungsmöglichkeit für alle auch in Zukunft sich anbahnenden Einsätze und Vorsichtsmaßnahmen gegeben erscheint, natürlich mit einer nötigen Erweiterung und einem weiteren Ausbau dieser Schule, was auch im Voranschlag enthalten ist.

Der Zivilschutz, der auch in dieser Schule eine rege Tätigkeit entfaltet, ist nun 15 Jahre alt. Wenn Sie glauben, daß in diesen 15 Jahren das Ziel erreicht wurde, muß ich sagen, wir sind weit davon entfernt. Es ist einfach zu schwierig, mit einer so komplizierten Materie in so wenigen Jahren fertig

zu werden, denn es zeigt sich, daß die ältere Generation vom Zivilschutz, vom Luftschutz, vom Selbstschutz eben doch eine andere Meinung hat als die jüngere. Es zeigt eine Umfrage, daß man erfreulicherweise bewußter an das Problem herangeht und daß es doch im Verlauf dieser 15 Jahre gelungen ist, einen erheblichen Prozentsatz der österreichischen Bevölkerung, namentlich 37 Prozent, davon zu überzeugen, daß der zivile Luftschutzverein und seine Tätigkeit doch einen Sinn und eine Bedeutung haben. Was wir als Politiker auf diesem Sektor tun können und tun müssen, ist, mitzuhelfen, die sogenannte Öffentlichkeitsarbeit zu verbreitern, zu vertiefen. Ich glaube, das ist unsere Aufgabe.

Wenn wir den Zivilschutz in diese Richtung bringen wollen, meine Damen und Herren, dann dürfen wir einfach nicht erlahmen, dann dürfen wir einfach nicht die Hände in den Schoß legen, sondern es bedarf ebenso wie bei vielen solchen Aufklärungstätigkeiten immer wieder der Einsicht und der Bemühungen, mit seinen Mitmenschen in dieser Richtung zu reden.

Wenn ich nun, meine Damen und Herren, zum Schluß kommand, auch von mir aus den Feuerwehrmännern Dank sagen darf, so gilt dieser Dank auch den verantwortlichen Funktionären, den Hilfsorganisationen, die ja der Kollege Marczik namentlich aufgezählt hat. Es gilt der Dank meines Erachtens auch dem Referenten, der versucht, ziemlich zielstrebig die Feuerwehr in der Steiermark ausbildungsmäßig auf einen Stand zu bringen, aber bei aller Anerkennung und bei all seinem starken Geist für die Feuerwehren darf ich doch sagen, Herr Landesrat, verwundert es mich, daß Sie hier eine Hilfestellung suchen, wenn Sie alle vier Jahre versuchen, hier der politischen Linie etwas Nachdruck zu geben. Ich glaube, Herr Landesrat, das haben und hätten Sie nicht notwendig, die steirischen Feuerwehren erfüllen auch so, wie es die Vergangenheit gezeigt hat, unter Ihrer Führung die vorbildliche Aufgabe, und dafür gebührt ihnen Dank. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Peltzmann. Ich erteile es ihm.

Landesrat Peltzmann: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf zu Beginn meiner — ich verspreche es Ihnen — kurzen Ausführungen meinen beiden hochgeschätzten Vorrednern — den Herren Abgeordneten Marczik und Karrer — herzlich Dank sagen für ihre Ausführungen und Bemühungen, die Tätigkeit unserer freiwilligen Hilfsorganisationen hier im Hohen Haus ins richtige Licht zu stellen. Karrer wäre nicht Karrer, er kommt ja aus meinem Heimatbezirk, wenn er nicht zum Schluß einen kleinen Pecker auf den Referenten anbringen könnte. Lieber Kollege Karrer, die ganzen steirischen Feuerwehren wissen, daß ich persönlich ein politisches Mandat zu vertreten habe, aber ich kann dir versprechen, Politik gibt es weder bei den Feuerwehren noch beim Roten Kreuz, noch bei der Bergrettung — dort zählt in erster Linie der Mann, beim Roten Kreuz auch die Frau, ihr Einsatzwille, ihre Bereitschaft, für

den Nächsten echte Hilfsdienste zu vollziehen. Dienen ist an und für sich in den letzten Jahrzehnten nicht mehr modern. Unsere Hilfsorganisationen waren immer bereit, das Dienen als die Hauptaufgabe ihrer Tätigkeit darzustellen. Ich möchte nicht auf die einzelnen Probleme eingehen, sie wurden, glaube ich, von meinen Vorrednern in genügender Weise dargelegt.

Aber eines vielleicht: Ich sage nämlich diese Bitte deswegen, weil ich an Sie, meine Damen und Herren, in der nächsten Zeit mit diesem Wunsche herantreten muß. Der Bundesfeuerwehrverband ist seit langem an das Sozialministerium mit der Bitte herangetreten, den ungenügenden Versicherungsschutz unserer für die Allgemeinheit verunglückten Feuerwehrleute besser zu gestalten. Worum geht es? Zur Zeit ist die Bemessungsgrundlage von der Vordienstzeit abhängig, das heißt, ein Feuerwehrmann, besonders ein jüngerer, der noch keine allzu großen Vordienstzeiten nachweisen kann, hat seine Sorgen bzw. die Hinterbliebenen haben Sorgen, wenn er verunglückt, weil zur Zeit die Bemessungsgrundlage sich beim jetzigen Versicherungsschutz nur nach der bereits absolvierten Vordienstzeit richtet. Der Bund hat vorgeschlagen, die Selbstschutzzahlung der Feuerwehren aus der Feuerschutzsteuer vorzunehmen. Das wurde von allen Bundesländern abgelehnt. Auch der einstimmige Beschluß der politischen Feuerreferenten in Lebring vom Oktober 1975 hat das ausdrücklich zum Ausdruck gebracht. Wir haben leider das Schreiben des Herrn Bundesministers für soziale Verwaltung vom 20. Oktober 1976 zur Kenntnis nehmen müssen, in dem er uns mitteilt, er sehe keine Veranlassung, den zur Zeit bestehenden Versicherungsschutz zu ändern.

Meine Damen und Herren! Unsere Damen und Herren in diesen Selbstschutzorganisationen geben uns, glaube ich, das Kostbarste, das letztlich ein Mensch geben kann, das ist ihre Zeit. Sie können Millionär sein, Sie können noch so viel Geld besitzen, Sie können sich keine einzige Sekunde, die vonüber ist, zurückkaufen. Und diese ihre Zeit stellen sie uns — das heißt den Menschen in diesem Lande, jederzeit zur Verfügung; nicht nur bei den Einsätzen, wo es sichtbar wird, sondern auch bei Übungen und Schulungen. Aber nicht nur das; sie versuchen immer wieder Aktionen zu setzen, die dazu dienen, die Mittel, die sie für die Ausrüstung benötigen, teilweise selbst aufzubringen. Rund 40 Prozent aller Mittel, die die steirischen Feuerwehren in den letzten 15 Jahren aufgewandt haben, haben sie von sich aus, aus ihrer eigenen Organisation, aufgebracht. Ich glaube, das muß man doch zur Kenntnis nehmen. Dann ist es doch selbstverständlich, daß wir diesen Menschen, die, wenn sie im Einsatz stehen, nicht fragen: „Soll ich oder soll ich nicht, was bekomme ich dafür?“, sondern wo jeder mit der vollen Überzeugung in diese Einsätze geht, mit der Überzeugung, den anderen aus der Not herauszusetzen, Sach und Gut zu schützen, beistehen. Diese Männer gehen zur Zeit mit der vollen Überzeugung in die Einsätze: „Wenn mir etwas passiert, ist meine Familie mit der jetzigen Versicherungsregelung an und für sich schlecht geschützt.“ Ich werde im Laufe des Jahres 1977 an Sie, meine

Damen und Herren, herantreten, wenn schon der Bund hier nicht die Möglichkeiten erbringt, daß wir für diesen Versicherungsschutz in Zukunft einspringen werden.

Ich möchte Dank sagen, Dank allen, die hier beteiligt waren, Dank den Beamten der zuständigen Abteilungen, Dank den Lehrern und Ausbildern in unserer Landes-Zivil- und Feuerschutzschule. Meine sehr geehrten Damen und Herren, als wir diesen Schultyp planten und als wir an die Errichtung dieses Schultyps herantraten, hatten wir keine Vergleichsmöglichkeiten. Im mitteleuropäischen Raum — soweit uns bekannt — ist es die erste Schule, die nicht nur als Feuerwehrschule, sondern umfassend letztlich allen Selbst- und Hilfsorganisationen dient. Wir haben die Schule in doppelter Größe ausgelegt, das Fassungsvermögen betreffend, als es die alte Schule war. Der Herr Abgeordnete Marczik hat es bereits gesagt, wir platzten aus allen Nähten, das heißt, die Schule wurde angenommen, die Schule hat das gebracht, was wir uns erwarteten.

Und was ist eine Schule? Über den Geschmack, über die Bauweise kann man streiten — die Schule, das sind die Menschen, die darin lehren und lernen, das sind die Menschen, die den Geist hineintragen. Ich glaube, dafür müssen wir allen denen Dank sagen, die sich dieser Aufgabe unterzogen haben und denen es gelungen ist, diesen Geist von Opfer und Kameradschaft in dieser Schule zu installieren. Von dieser Schule gehen immer wieder neue Impulse heraus, und diese Impulse werden aufgenommen und weiterverarbeitet und werden hineingetragen bis in die letzte Feuerwehr in der Steiermark.

Ich darf noch etwas feststellen: Ich glaube, die Schule hat auch mit beigetragen, daß wir heute in der Steiermark nur mehr von den Feuerwehren sprechen. Es gibt keinen Unterschied mehr. Wir wissen schon, daß die Betriebsfeuerwehren in den großen Betrieben zusätzliche Aufgaben des Brandschutzes, der Brandverhütung und des Schutzes der gefährdeten Arbeitsplätze haben. Aber es gibt in der Steiermark keine einzige Betriebsfeuerwehr, die, wenn sie gerufen wird zu außerbetrieblichen Einsätzen, nicht bereit wäre, ihren Kollegen von der Ortsfeuerwehr sofort die Hilfsstellung angedeihen zu lassen, die von den Kameraden erwartet wird. Wir haben ein geschlossenes Feuerwehrwesen.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Roten Kreuz und unseren Feuerwehren, glaube ich, ist für alle Bundesländer vorbildlich. Hier gibt es keine Dissonanzen, hier gibt es keine Kompetenzstreitigkeiten, hier gibt es nur ein Miteinander, ein gegenseitiges Helfen und ein gegenseitiges Dienen und Arbeiten. Für das möchte ich auch Dank sagen, für diese Aufgeschlossenheit.

Als wir darangingen, den Zivilschutzgedanken vorsichtig wieder in die Bevölkerung hineinzutragen, und als man bundesweit diskutierte, ob es nicht besser wäre, auch für den Zivilschutzdienst halb-militante Formationen aufzustellen, da waren es die steirischen Feuerwehren, die dem Bundesverband den Vorschlag gemacht haben: Wir sind bereit, auch diese Aufgaben mitzuübernehmen. So schließt sich das Band.

Meine Damen und Herren, sind wir stolz auf diese Männer, sind wir stolz, daß es noch eine große Gruppe von über 30.000 Menschen gibt, wenn ich das Rote Kreuz dazunehme, wenn ich die Bergrettung, die Rettungshundestaffel, das Rettungsflugwesen, das ist eine Zahl von über 50.000 Menschen, die in der Steiermark jederzeit zur Verfügung stehen, wenn da und dort eine Notsituation auftritt! Diese Frauen und Männer haben uns nicht nur das Kostbarste, Menschen, gerettet und Menschen geholfen, sie haben uns auch Millionen von Sachgütern durch ihren Einsatz erhalten.

Deswegen darf ich Dank sagen, Dank sagen dem steirischen Landtag, der nicht nur durch einen Beschluß festgehalten hat, daß die Mittel der Feuerchutzsteuer ausschließlich für die Feuerwehren verwendet werden, sondern der darüber hinaus über Sonderdotierungen immer wieder Steuermittel des allgemeinen Budgets unseren Feuerwehren und unseren Hilfsorganisationen zur Verfügung gestellt hat. Für das Ihnen, meine Damen und Herren, recht herzlichen Dank. Die steirischen Feuerwehren und das steirische Rote Kreuz werden diesen Dank so zur Kenntnis nehmen wie bis jetzt, indem sie jederzeit für unsere Heimat, für die Menschen in diesem Lande zur Verfügung stehen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat nun das Schlußwort.

Abg. Prensberger: Ich wiederhole meinen Antrag, die Ansätze der Gruppe 1 zu genehmigen.

Präsident: Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 1 einverstanden ist, möge eine Hand erheben.

Die Gruppe 1 ist somit angenommen.

Bevor wir zur Gruppe 2 kommen, unterbreche ich die Sitzung auf eine halbe Stunde, das heißt bis 18.45 Uhr, damit der Saal die entsprechende Sauerstoffzufuhr erhalten kann.

(Unterbrechung der Sitzung: 18.10 Uhr, Wiederaufnahme der Sitzung: 18.45 Uhr.)

Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Gruppe 2 Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Alexander Haas. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Haas: Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Gruppe 2 betrifft Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft. Die wesentlichsten bzw. umfassendsten Unterguppen der Gruppe 2 sind das gesamte Schulwesen, sowohl die Pflichtschulen, die berufsbildenden mittleren Schulen sowie auch berufsbildende höhere Schulen, die Berufsausbildung Schulentlassener und die Schülerbetreuung, das gesamte Kindergartenwesen, die Schüler-, Lehrlings- und Gesellenheime, die Jugendherbergen und Jugendheime, die gesamte Sportförderung, die Erwachsenenbildung in Form von Volkshochschulen und

Volksbildungsheimen sowie die Förderung der Hochschulen und der hochschulischen Einrichtungen sowie auch die gesamte Wissenschaftsförderung.

Insgesamt 322 Budgetposten sind 3.046,542.000 Schilling an Ausgaben präliminiert, denen 2.510,607.000 Schilling an Einnahmen gegenüberstehen.

Namens des Finanz- und Budgetausschusses stelle ich den Antrag, die Ansätze der Gruppe 2 hier im Hohen Hause anzunehmen.

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gerhard Heidinger. Ich erteile es ihm.

Abg. Gerhard Heidinger: Meine sehr verehrten Damen und Herren! (Abg. Ing. Turek: „Dürfen wir auch noch etwas sagen als Nichtlehrer?“)

Ich weiß nicht, warum ein Nichtlehrer hier zu Schulfragen nicht Stellung nehmen sollte. Es gibt je immerhin in der Schule eine Partnerschaft zwischen Eltern, Lehrern und Kindern, und ich nehme an, Herr Abgeordneter Turek, daß Sie auch Kinder haben und daher zumindest als Elternteil und sicherlich im besonderen als Abgeordneter die Berechtigung haben, dazu Stellung zu nehmen.

Der Haushaltsvoranschlag für 1977, der dem Hohen Hause zur Beschlußfassung vorliegt, zeigt in seinen Ansätzen die Vielschichtigkeit unseres Schul- und Erziehungswesens auf. Von der Lehrerbesoldung über Schulbaufonds, Zweckzuschuß zu den Betriebskosten eines Lehrlingszentrums, Kindergartenwesens und Sportstättenförderung, Ansätze in sehr unterschiedlicher Höhe, doch einem Zwecke dienlich, unserer Jugend die bestmögliche Förderung zuteil werden zu lassen.

Lassen Sie mich etwa zu Fragen des Schulbaufonds ein paar Worte sagen. Noch immer gibt es Schulraumnot, und erst heute in der Früh habe ich im „Steiermark-Echo“ gehört, daß sich Eltern im Süden von Graz bitter darüber beklagen, daß noch immer der Vor- und Nachmittagsunterricht mangels an Schulräumen stattfindet. (Abg. Ing. Turek: „Du hättest zu Mittag auch hören sollen!“) Das ist keine polemische Äußerung von mir, sondern ich habe es im „Steiermark-Echo“ gehört, und es trifft ja nicht nur für den Süden von Graz zu, sondern alle Teile der Steiermark sind teilweise von dieser Schulraumnot noch betroffen.

Im Schulbaufonds werden 45,8 Millionen Schilling ausgewiesen als Zweckzuschuß des Landes. Für Gemeinden sind weitere 20 Millionen Schilling gedacht, und sicherlich wird dem Schulerhalter und Schulerbauer in erster Linie finanzielle Hilfe durch den Gemeindeausgleichsfonds zuteil, denn wir wissen sehr wohl, daß Schulerhalter, ob Gemeinden oder Private, aus eigenem Budget nicht in der Lage wären, Schulen zu errichten, wenn sie nicht aus diesem Solidaritätsfonds der Gemeinden ihre Hilfe bekämen.

3,1 Milliarden Schilling ungefähr umfaßt diese Gruppe 2. Das hat schon der Herr Berichterstatter ausgeführt. Davon werden allein für die Besoldung der Pflichtschullehrer 1,8 Milliarden Schilling, das ist eine Steigerung von 17 Prozent gegenüber dem Vorjahr, ausgegeben, die allerdings vom Bund re-

fundiert werden. Diese Steigerung von 17 Prozent umfaßt nicht nur eine Erhöhung der Lehrerbesoldung und Lehrerbezüge, sondern darin ist sicherlich auch erfreulicherweise eine Dienstpostenvermehrung auf dem Sektor der Lehrer verankert.

Wir können, wenn wir die Entwicklung der Dienstposten im Österreich einer vergleichenden Betrachtung unterziehen, feststellen, daß sich die Pflichtschullehrerdienstposten in den Jahren von 1970/1971, wo etwa 51.000 Dienstposten vorhanden waren, bis zum Schuljahr 1975/1976 auf 61.585, um 20 Prozent, vermehrt haben. Wir haben sehr oft über die Explosion der Dienstpostenpläne Kritik gehört; ich glaube, wir haben diese Explosion der Dienstposten auf dem Schulsektor doch alle miteinander sehr begrüßt.

Wenn man die Steiermark einer vergleichenden Betrachtung unterzieht, und hier liegen ältere Ziffern vor, so gab es im Jahre 1938 in der Steiermark 2300 Pflichtschullehrer, 1945 waren es 2340, 1962 4100 Pflichtschullehrer und im Jahre 1975 8350. Das heißt, in knapp 30 bis 35 Jahren haben sich die Dienstposten für Pflichtschullehrer vervierfacht. Man muß sich das vorstellen bei fast gleicher Bevölkerungszahl und bei fast gleicher Kinderzahl, wieviel Kinder sich damals gleich nach dem Zweiten Weltkrieg in unseren Schulklassen getummelt haben und welche Schwierigkeiten das Unterrichten damals mit sich brachte.

Die Klassenschülerdurchschnittszahl war im Jahre 1970 noch bei 30,4 Schülern gelegen und liegt jetzt im Jahre 1975 zwischen 25 und 27 Schülern, wie der Herr Landesrat Prof. Jungwirth schon im Finanzausschuß ausgeführt hat. Wir dürfen feststellen, daß diese Verminderung der Schülerzahl eine echte Qualitätsverbesserung der Schule mit sich brachte und es den Lehrern dadurch ermöglicht wird, sich intensiver mit den Schülern zu beschäftigen, wobei allerdings — wie ich meine — ein Idealzustand in der Schule noch nicht erreicht wurde, ein Idealzustand im Hinblick auf die Schülerzahl. Noch könnten wir im Schuljahr 1976/1977 mehr Lehrer in den Dienst stellen, allerdings wird sich in den Jahren 1977/1978 dieser Lehrermangel, der in der Steiermark überaus groß war, beseitigen lassen, und wir wenden uns in den nächsten kommenden Jahren wahrscheinlich mit der Frage des Lehrerüberschusses beschäftigen müssen.

Eine ähnliche Entwicklung wie auf dem Pflichtschulsektor gab es auch auf dem Sektor der AHS und BHS; etwa in den letzten fünf Jahren war ein Ansteigen von 14.000 Lehrern auf 20.300 Lehrer zu verzeichnen, das ist ein Plus von 41 Prozent. Die Überschreitung der Klassenschülerhöchstzahl, die mit 36 begrenzt ist — bei mehr als 36 Schülern sollte die Klasse geteilt werden — war vor drei bis vier Jahren noch bei 20 Prozent gelegen und ist im vergangenen Schuljahr auf 4 Prozent zurückgegangen; für dieses Schuljahr liegen noch keine Ziffern vor.

Darf ich zu dieser Entwicklung des Personalstandes ein paar Dinge sagen, weil es gerade heuer in der Steiermark einen sehr heißen „Steirischen Herbst“ gegeben hat: Auf Grund des Normenerlasses des Bundesministeriums für Unterricht gab es

zu Schulbeginn dieses Jahres große Aufregung — zum Teil berechtigt, zum Teil unberechtigt, zum Teil sogar etwas geschürt. Diese Aufregung beschränkte sich in erster Linie auf die Steiermark, weil nirgends in den anderen Bundesländern dieser Normenerlaß bzw. dieser Ordnungserlaß, wie er auch genannt werden kann, so rigoros ausgelegt wurde wie in der Steiermark. Doch spätestens seit dem 3. November haben sich auch die steirischen Gemüter beruhigt. (Abg. Dr. Heidinger: „Das ist ein Irrtum, Herr Kollege! Ich habe noch keine Antwort vom Unterrichtsminister! Er weiß, warum er nicht antwortet. Ich auch!“) In Leibnitz hat es sogar die Androhung eines Schülerstreiks gegeben. Doch glaube ich nicht, daß die Schüler selber auf den Gedanken des Streikens gekommen sind. (Abg. Ing. Stoisser: „Wer ist denn dann auf den Gedanken gekommen?“) Ich könnte Ihnen da einiges sagen, Herr Kollege Stoisser. Ich weiß es nicht genau, ob Sie dabei waren. Ich habe mit einigen Schülern in Leibnitz gesprochen, und zwar in St. Georgen an der Stiefing, wo mir von dieser Streikandrohung Mitteilung gemacht wurde. Die Schüler, die mir das mitgeteilt haben, sind eigentlich der Meinung gewesen, daß sie selber nicht daraufgekommen wären zu streiken, wenn man ihnen das nicht so ein bißchen hinterbracht hätte. (Abg. Ing. Stoisser: „Das wäre interessant zu wissen wer!“) Na, schauen Sie, Sie werden doch von mir nicht verlangen, daß ich die Schüler, Lehrer und etwa Politiker nenne, die sich da besonders hervorgetan haben. Aber Sie wissen, daß es so war, daß es eine Streikandrohung gegeben hat. (Abg. Ing. Stoisser: „Nein, Herr Kollege, ich weiß es wirklich nicht!“ — Abg. Ing. Turek: „Stoisser ist Parteiobmann von Leibnitz. Er muß es wissen!“)

Wenn Sie sich diesen Normenerlaß des Bundesministeriums vom 8. Juli 1976 anschauen, wo es etwa heißt: „AHS — Langform — 30 Schüler — 42 zulässige Lehrerstundenhöchstzahl“ — das ist ein fürchterliches Wort — oder wenn Sie sich den Normenerlaß wirklich anschauen, dann werden Sie zur Erkenntnis kommen, daß er im Hinblick darauf, was sich vorher etwa auf dem Sektor der Mehrdienstleistungsstunden bei Inanspruchnahme von Freigegegenständen in der Steiermark abgespielt hat, sehr unterschiedlich zwischen einzelnen Schulen gehandhabt wurde. Wenn mir der Herr Amtsdirektor — und ich habe keinen Grund, an den Angaben des Herrn Amtsdirektors zu zweifeln — etwa sagt, daß es möglich war, daß ein einzelner Lehrer 56 Einzelmehrdienstleistungsstunden erbracht hat, dann verstehe ich, daß hier eine gewisse Ordnung in das Schulsystem, in das Schulwesen hineingebracht werden mußte; und wenn etwa — auch diese Auskunft habe ich vom Herrn Amtsdirektor, und ich zweifle auch daran nicht — gleichgelagerte Schulen, die eine 1500 Stunden und die andere 2000 Unterrichts- bzw. Lehrerstunden in Anspruch nehmen, dann ist das eine so unterschiedliche Auffassung der Inanspruchnahme dieser Stunden, daß es notwendig war, eine Ordnung hineinzubringen.

Es sind in diesem Schuljahr seit dem 3. November jene Lehrer, die auf Grund eines Sondervertrages bzw. auf Grund des Ablaufens eines Sonder-

vertrages mit 31. August ausgedient sind, durch vollgeprüfte Lehrer ersetzt worden, und es sind weiterhin mit 3. November etwa 30 Sondervertragslehrer — allerdings mit unterschiedlicher Stundenzahl — eingestellt worden.

Schauen Sie, ein anderes Beispiel. Es hat in Stainach Schwierigkeiten gegeben. Wenn ich einer Klasse 30 Schüler zugrunde lege und wenn ich dann in drei Klassen nur 62 Schüler habe, dann fehlen mir für eine Klasse die volle Anzahl Lehrer, also etwa 42 Lehrerstunden. Es ist unmöglich, daß in einer Schule die Klassen vollgestopft werden können und in einer anderen Schule nur 17, 19 oder 20 Schüler in einer Klasse sind. Daraus ergeben sich eben Schwierigkeiten. Aber auch in Stainach sind nach Rücksprache mit dem Landesschulrat all diese Dinge behoben worden, und ich verstehe daher nicht, daß Sie in einem Resolutionsantrag fordern, daß die Härten dieses Erlasses beseitigt werden und an allen Schulen des Landes die gesetzlich vorgesehenen Unterrichtsgegenstände, auch Freigegegenstände, unterrichtet werden. Die Härten des Erlasses sind längst beseitigt, daher sehen wir keinen Grund, dieser Resolution zuzustimmen. (Abg. Ing. Turek: „Der Laurich hat dir einen Schwindelzettel gegeben!“) Hat er das? Wissen Sie, was da drauf steht? „OVP hat Verbot für Zwischenrufe.“ (Landesrat Bammer: „Den Stoisser haben sie schon kassiert!“)

Ich glaube, wenn man hier feststellen will, daß es von seiten des Bundes — es ist ja heute so oft der Bund zitiert worden — Unterlassungssünden gäbe, so bin ich mit vielen Leuten einer Meinung, daß mit diesem Erlaß Ordnung in das steirische und österreichische Schulwesen gebracht wurde. Ja ich darf sagen, daß zu keiner Zeit, wie in den letzten fünf Jahren, so viele Dienstposten für Lehrer besetzt wurden und daß in keiner Zeit, auch hier in der Steiermark, so viele neue Ausbildungsplätze erbaut wurden. Ich könnte Ihnen eine lange Liste vorlesen, was alles in diesen letzten Jahren in der Steiermark gebaut wurde. (Abg. Pözl: „Wie lange ist die Liste?“) Die Liste umfaßt drei lange Seiten. Ich wende mich aber darauf beschränken, zu sagen, daß etwa in Murau und Radkersburg schon fertiggestellt wurde, daß in Graz-Göding für die HTL ein Zubau im Bau ist. Ich werde Ihnen sagen, daß im Jahre 1976 in der Steiermark 10.830 Ausbildungsplätze im Bau sind. Das hat es in der Steiermark noch nie gegeben. Entfreulicherweise vor allem deswegen, weil sich die Bautätigkeit nicht nur auf die größeren, zentralen Orte oder großen Städte in unserem Land beschränkt, sondern daß auch draußen in den Provinzstädten, wie man sie nennt, in Radkersburg, Hartberg, Weiz, Feldbach, Murau gebaut wurde. (Abg. Ritzinger: „Murau ist keine Provinzstadt!“ — Heiterkeit) Leibnitz fondert ein Bundesschulzentrum. (Landesrat Bammer: „Murau an der Stolzalpe!“) Ich wollte keines unserer kleinen Städtchen beleidigen, und gerade Murau habe ich heuer im Mai erstmals, ich muß es zu meiner Schande gestehen, kennengelernt. Ich bin entzückt von dieser Stadt. Es hat nur einen Fehler. (Abg. Ritzinger: „Einen schwarzen Bürgermeister!“)

Mit dem Bau dieser Ausbildungsplätze auch auf dem Lande wird damit auch der Abbau des Bil-

dungsgefälles in unserem Lande vollzogen. Denn es war bis zum Jahre 1962 so, daß 46 Prozent der Zehnjährigen in Wien eine Mittelschule besuchten, in Graz bei 40 Prozent, während der Prozentsatz auf dem Lande im Höchstfall etwa bis zu 9 Prozent betrug. Wir haben damit etwas getan, wofür wir sehr offen eintreten, nämlich die Chancengleichheit für unsere Kinder herbeigeführt. Ich weiß, daß dieses Wort der Chancengleichheit für viele Leute ein Reizwort ist. (Abg. Dr. Eichinger: „Das ist nicht wahr!“ — Abg. Ing. Turek: „Weil nicht jeder das gleiche darunter versteht!“) Es ist selbstverständlich, daß die Menschen und die Kinder in ihren körperlichen und geistigen Anlagen verschieden sind und auch verschiedentlich zu fördern sind, wobei ein Höchstmaß für den einzelnen anzustreben ist. (Abg. Ing. Turek: „Jawohl, da verstehen wir uns!“) Aber das Bemühen um Chancengleichheit stellt uns vor die Frage, wie man eben allen Kindern, ohne Unterschied ihrer Zugehörigkeit zu verschiedensten Gesellschaftsschichten, dieselbe Chance verschaffen kann, weil sie nicht dieselbe Chance haben, und daß sie ihren Beruf und damit ihren künftigen Lebensweg frei auf Grund ihrer Neigungen und Anlagen wählen können. Das heißt, daß man die ökonomische Ungleichheit, etwa die Einkommensunterschiede der Eltern, abbauen muß, aber auch die geographischen Unterschiede zu überwinden und auszugleichen hat. (Abg. Dr. Eichinger: „Bei diesen Stipendien gar nicht so leicht!“ — Abg. Ing. Turek: „Das ist ein neuer und sehr interessanter Aspekt von Ihrer Seite!“) Dazu komme ich noch.

Dieser Ausgleich kostete den Familienausgleichsfonds oder brachte den steirischen Eltern und Schülern im Jahre 1975/76 etwa über die Schulbuchaktion 2.930.000 Schulbücher im Werte von 144 Millionen Schilling. Ich weiß, daß die Schulbuchaktion umstritten ist. Ich war einer der ersten, der hier in diesem Hohen Hause aufgezeigt und angeregt hat zu überlegen, ob dieses System, wie es noch vor zwei Jahren bei Einführung dieser Aktion getätigt wurde, richtig ist. Es hat sich in der Zwischenzeit einiges verändert. Es war nämlich unverständlich, wenn an einem Gymnasium hier in Graz, wie mir berichtet wurde, für Latein fünf Bücher in Anspruch genommen wurden, für Englisch vier Bücher. Das hat sich in der Zwischenzeit abgebaut, und die Vernunft ist eingezogen. Nur eines, mit dem Leihbuch, mit dem Sie uns immer wieder konfrontieren wollen, mit dem werden wir uns aus pädagogischen Gründen nicht abfinden, weil wir meinen, daß man ein Arbeitsbuch, wie wir es verstehen, nicht weiterverleihen kann. (Abg. Ing. Turek: „Es gibt nicht nur Arbeitsbücher, es gibt auch andere. Lesebücher kann man schon weitergeben, Arbeitsbücher nicht. Wir unterhalten uns ja nur!“) Es gibt andere Bücher auch. Wir unterhalten uns gar nicht, ich halte hier eine Rede (Allgemeine Heiterkeit), damit wir uns nicht mißverstehen. (Abg. Ing. Turek: „Ich habe gedacht, heiße Debatte — oder nicht?“)

Für die Schülerfreifahrt wurden etwa in der Steiermark 268,5 Millionen Schilling ausgegeben. Für die Schülerbeihilfen gab es in der Steiermark 8065 Empfänger, 65,3 Millionen, die durchschnittliche Beihilfe betrug 8069 Schilling. Sie haben recht, Herr

Kollege Eichinger, es ist richtig, wenn diese Beihilfen insofern erhöht werden, daß man sie den Einkommensverhältnissen von heute angleicht. Vor kurzem mußten wir im Anhörungsverfahren beim Landesschulrat zu einem neuen Beihilfengesetz Stellung nehmen, und ich habe dort mitunterschrieben, daß man die Beihilfen anheben sollte. Sie werden auch im nächsten Jahr angehoben werden. Sicherlich bedeutet der finanzielle Ausgleich viel, doch nicht alles.

Es bleibt auch die Frage des Schulsystems offen. Unsere Regelschule ist die Schule der aufsteigenden Klassen, das heißt, ein Schüler ist zum Aufsteigen in die nächste Klasse berechtigt bzw. geeignet, wenn er in allen Gegenständen positive Ergebnisse erreicht. (Abg. Dr. Eichinger: „Mit Ausnahmen!“) Ja, nach dem Schulunterrichtsgesetz 1974 gibt es schon Ausnahmen. Das heißt aber auch, daß er in allen bzw. vielen Unterrichtsgegenständen positive Noten haben kann, daß er aber so lange in der Klasse bleibt, bis er eben in jenem Gegenstand, wo er schwach ist, etwa das Ziel der nächsten, der aufsteigenden Klasse erreicht. Die Folge davon ist etwa, daß 50 Prozent aller AHS-Schüler in allen Unterrichtsfächern repetieren müssen, weil die meisten in einem oder zwei Unterrichtsfächern Schwächen aufzeigen. Das heißt, in unserem Schulsystem ist die Durchlässigkeit nach unten zwar gegeben, aber nach oben einigermmaßen erschwert.

Da gibt es nun einen Schulversuch; ich muß dazu etwas sagen, weil heute schon in der Generalrede der Frau Abgeordneten Jamnegg vom Schulversuch die Rede war. Es wurde so dargestellt, als ob man in der Schule herumexperimentieren würde. Ich habe schon in einem Zwischenruf gesagt, daß ich mir nicht vorstellen kann, daß man zwar in der Wirtschaft forschen kann, experimentieren kann, um zu neuen Erkenntnissen zu kommen, daß man aber gerade auf dem Sektor der Schule, der Ausbildung, auf dem Sektor der Erziehung sich solchen Schulversuchen nicht unterziehen soll. (Abg. Jamnegg: „Das habe ich nicht gesagt!“) In Wahrheit, verehrte Frau Kollegin — Sie haben ja gesagt, wie ich herausgekommen bin: „Schon wieder ein Lehrer!“ —, in Wahrheit müßte jede Unterrichtsstunde ein Versuch zu neuen Erkenntnissen und neuen Methoden sein, denn es gibt nichts Schlimmeres, als wenn der Lehrer in der Routine erstickt. (Abg. Pözl: „Wem sagen Sie denn das?“ — Landesrat Dr. Klausner: „Das ist ja kein echter Lehrer, Heribert!“)

Schauen Sie, das, was ich früher bezüglich des Repetierens von 50 Prozent der Schüler gesagt habe — das führt ja zu dieser Schulangst, von der heute so viel geschrieben wird. Eigentlich ist es ja eine Schulangst der Eltern und nicht eine Schulangst der Schüler. (Abg. Pözl: „Die Schüler wissen ja nicht, was auf sie zukommt!“) Die Eltern überfällt ja die Angst, wenn der Schüler etwa in der 4. Klasse Volksschule in einem der Pflichtgegenstände einmal eine Schularbeit verhaut, weil die Eltern sehr wohl und weise voraussehen, daß mit dieser schlechten Benotung, mit dieser schlechten Qualifikation der Bildungsweg des Kindes ein vorzeitiges Ende nehmen könnte.

Und da hat etwa ein Schulversuch ergeben — man nennt ihn den Schulversuch der integrierten Gesamtschule, die Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen, und ein solcher Schulversuch läuft an der Hauptschule in Hartberg, daß man durch Leistungsförderung die Durchlässigkeit bzw. durch das Aufsplittern der Klassen in Leistungsgruppen die Durchlässigkeit fördern kann und daß es ohneweiters möglich ist — dafür gibt es Ziffern und Auswertungen —, daß zum Beispiel im ersten Klassenzug der Hauptschule etwa 38 Prozent der Schüler das Niveau der Mittelschüler in Deutsch, Englisch und Mathematik erreichen. Während also unsere Regelschule noch immer das Auf- oder Absteigen durch Begabung oder Minderbegabung beinhaltet, wird in dieser Schule der Zehn- und Vierzehnjährigen — Sie können sie die integrierte Gesamtschule nennen — die Durchlässigkeit der Leistungsgruppen möglich, und das Kind wird nicht nach seiner minderen Begabung, sondern nach seiner maximalen Begabung in diesen Leistungszügen eingestuft.

Daher muß ich Ihnen sagen, wenn man hier vom Herumexperimentieren spricht, dann soll man sich die Dinge auch von der pädagogischen und wissenschaftlichen Warte her anschauen. Leider fehlt ja in der Steiermark das Animo für Schulversuche. Es wäre in 10 Prozent der Gesamtklassenzahl ein Schulversuch möglich. Die Steiermark liegt im Vergleich zu Oberösterreich und Niederösterreich etwa 50 Prozent hinter diesen beiden Ländern. (Abg. Dr. Heidinger: „Im guten Mittelfeld!“ — Abg. Pözl: „Liegt das bei den Lehrern?“) Nein, die Zustimmung zur Gesamtschule liegt nicht bei den Lehrern, sondern die Zustimmung zur Gesamtschule liegt bei den Politikern, und leider bestimmen noch zu viele Vorurteile und Emotionen den Fortschritt und die Weiterentwicklung bzw. hemmen die Schulgesetzgebung. (Abg. Dr. Eberdorfer: „Das ist wohl auch eine Geldfrage auch!“) Herr Kollege, Sie haben völlig recht, die Einführung der Gesamtschule, die Einführung der Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen würde eine Vermehrung der Dienstposten um etwa 30 Prozent mit sich bringen. (Abg. Ing. Stoisser: „Da werden eben die Zigarettenpreise wieder erhöht!“) Schauen Sie, Herr Kollege Stoisser: Sie sagen, das sei völlig egal, ob man diese um 30 Prozent erhöht oder nicht. Mein Parteifreund Bammer sagt immer: Der Idealzustand in der Schule wird erreicht sein, wenn das Verhältnis eins zu eins ist, also ein Lehrer und ein Schüler. (Landesrat Bammer: „Eine Urlaubsreserve!“) Es wäre fast ein Idealzustand. (Abg. Dr. Dorfer: „Nicht ganz!“) Es ist aber sicherlich eines in dieser Gesamtschule drinnen: (Abg. Dr. Eichinger: „Er ist vielleicht ein Lehrerfeind!“) Nein, er ist ein Freund der Lehrer, das kann ich Ihnen versichern. Ich bitte Sie, meine Herrschaften, gehen Sie von Ihrem Verbot nicht weg. (Abg. Pözl: „Bitte die Beweise!“)

Ich muß noch einmal zum Herrn Kollegen Stoisser zurückkommen. Er hat also gemeint, die 30 Prozent würden gar keine Rolle spielen. Da ergibt sich eben wieder die Frage: Sollen wir uns die bessere Ausbildung unserer Schüler leisten, müßten wir sie uns eigentlich nicht leisten im Hinblick auf den

Wettbewerb bzw. Konkurrenzkampf, der unsere Schüler dann, wenn sie aus der Schule henaustreten, erwartet? (Abg. Ing. Stoisser: „Können wir sie uns leisten?“)

Da komme ich nun noch einmal zur sogenannten Chancengleichheit zurück: Da hat kürzlich jemand gesagt, daß die Chancengleichheit nicht zur Gleichheit der Chancenlosigkeit führen dürfe. (Abg. Doktor Eichtinger: „Herr Kollege, da bin ich jetzt nicht mitgekommen!“) Ja, man hat gesagt: „Chancengleichheit darf nicht zur Gleichheit der Chancenlosigkeit führen.“ Es war der Herr Landeshauptmann, der das gesagt hat. Ein anderer Herr in der Handelskammer hat gemeint: „In das System der Gesellschaft, das von höheren Mächten subtil geordnet sei, soll man nicht dirigistisch eingreifen.“ (Abg. Dr. Heidinger: „Er hat aber nicht einen Politiker gemeint!“) Nein, ich habe dann im Lexikon nachgeschaut, was das Wort subtil heißt. Da steht im Lexikon „fein, zart“; aber es steht noch eine weitere Erklärung dabei, es kann auch spitzfindig heißen. Sehen Sie, da bekenne ich mich lieber zum Dirigismus der Chancengleichheit, wenn damit allen Kindern in unserem Lande geholfen wird; denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, niemand kann mir sagen, daß es eine gottgewollte — es wird hier von höheren Mächten gesprochen — Ungleichheit für den Menschen geben sollte. Das ist für mich unvorstellbar. Wenn schon Maria Theresia gesagt hat: „Die Schule ist ein Politikum, eine öffentliche Aufgabe“, dann kann es doch nur die Aufgabe der Öffentlichkeit sein, die Chancengerechtigkeit herbeizuführen. Denn die Chancengleichheit ist keineswegs dem Leistungsgedanken, wie es hier gesagt wurde, abträglich. (Abg. Ing. Turek: „Aber in dieser Deutlichkeit habe ich es von Ihnen noch nie gehört. Ich nehme es gern zur Kenntnis!“) Ich sage Ihnen nur eines, und daher rührt ja der Streit. (Abg. Ing. Turek: „Vor einem Jahr hat er es anders gesagt!“ — Landesrat Dr. Klausner: „Da haben Sie es noch nicht verstanden, Herr Kollege!“) Durch die Chancengleichheit wird das Angebot der Leistungserbringer ungleich größer, man kann aus einem ungleich größeren Reservoir schöpfen, und es werden dadurch althergebrachte Privilegien in Frage gestellt. Deswegen der politische Streit. Aber ich meine, es ist richtig, daß diese Privilegien in Frage gestellt werden. Wir werden der Gruppe 2 in ihren Ansätzen zustimmen. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Schilcher.

Abg. Dr. Schilcher: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Bei der gekonnten Rede des Herrn Abgeordneten Heidinger, vor allem am Anfang, als er diese Wachstumswerte, die sicher sehr eindrucksvoll sind, genannt hat, habe ich mir eigentlich überlegt, daß wir doch in einer recht paradoxen Situation in der Bildungspolitik stehen. Da haben wir auf der einen Seite die unbestreitbare Tatsache, daß wir noch nie so viele Lehrer hatten wie heute, noch nie so viele Millionen für Schulbauten und ihre Einrichtungen aufgewendet haben, noch nie so viel pädagogisches Hirnschmalz investiert haben wie

jetzt und trotzdem hat es noch nie so viel Unzufriedenheit mit dieser Bildungssituation gegeben wie jetzt. Unzufriedenheit bei den Lehrern, weil sie sich pädagogisch überfordert oder eingeengt fühlen, weil sie unter der Verbürokratisierung leiden, Unzufriedenheit bei den Eltern, Unzufriedenheit bei den Kindern und ich glaube sogar Unzufriedenheit bei den Schulbehörden.

Ich frage mich, ob angesichts dieser paradoxen Situation nicht eigentlich — das hat der Herr Landesrat Klausner schon voriges Jahr bei seiner Budgetrede anklängen lassen — das Ende jener Philosophie eingetreten ist, die Sie so verteidigt haben, nämlich daß aus der Vermehrung der Quantität, aus dieser staatskapitalistischen Wachstumseuphorie in Bildungssachen automatisch bessere Bildungschancen und noch eine Automatik, besseres Leben, höhere Lebensqualität entsteht. (Abg. Gerhard Heidinger: „Muß das sein, höhere Lebensqualität?“)

Ich möchte meinen, daß diese Gleichung an keinem Punkt stimmt. Richtig ist, Herr Abgeordneter Heidinger, daß wir eine sehr deutliche Wachstumsrate haben, zumindest im AHS-Bereich, im Hochschulbereich, im BHS-, im beruflichen Bildungsbereich ja nicht, aber das ist eine andere Sache. Wir hatten vor zehn Jahren noch 12.000 Maturanten, wir haben jetzt 21.000. Das ist eine Steigerung um 75 Prozent. Wir hatten vor zehn Jahren 10.000 Studenten in der Steiermark, jetzt haben wir 15.000, eine Steigerung von 50 Prozent. (Abg. Dr. Strenitz: „Ist das nichts?“) Ja, auch die Mittel sind drastisch erhöht worden. Sie sagten schon, 3 Milliarden in der Steiermark, das sind 25 Prozent des Gesamtbudgets, geben wir für Unterricht aus (Abg. Dr. Strenitz: „Ist das nichts?“), das ist eine gigantische Aufwendung. Selbst in der Hochschulsektion sind die Mittel sehr ordentlich gesteigert worden, über 300 Prozent in den letzten zehn Jahren, also sehr eindrucksvolle Mittelsteigerung. Nur (Abg. Dr. Strenitz: „Die SPO macht es schlecht!“) Ja, Herr Abgeordneter Strenitz, ich habe nie gezweifelt, daß die SPO sehr geübt im Geldausgeben ist. Daß sie das Geld anderer sehr leicht ausgibt und es dann, wie man jetzt sieht, via Finanzminister wieder hereinholt, das ist unbezweifelbar. (Abg. Brandl: „Gerade haben Sie gesagt, es ist gut! Was stimmt jetzt?“)

Nur die zweite Tatsache, die ich hier erwähnen möchte, ist ja schon die, daß die Quantitätsfetischisten offenbar an ihre Grenzen stoßen, daß ihnen der Atem sozusagen ausgeht, denn es gibt bereits erstens einen Sparerlaß im AHS-Bereich, der ganz konkret 563 Stunden weggezaubert hat, es gibt demnächst einen Sparerlaß im Pflichtschulbereich, der rund 600 Stunden wegzaubern wird, bitte bei einer Steigerung des Output an den Pädagogischen Akademien, wir rechnen mit 650 Absolventen in diesem Jahr. Was werden wir machen? Ich hoffe, nicht die Regelung, die Kärnten getroffen hat. Die hat ein „Dreierradl“ eingeführt, habe ich unlängst gehört. Das passiert so: Um den Junglehreransturm zu verkraften, werden im einem Monat drei Lehrer auf die Schüler gelassen, drittweise. Da kommen drei Lehrer herein, damit man die irgendwie beschäftigt, sozusagen eine produktive Arbeitslosenunterstützung für Lehrer, zu Lasten der Kinder. Ich

hoffe, wir werden das in der Steiermark nicht machen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Wir haben doch in allen Haupt- und Mittelschulen dieses Dreierradl, von dem Sie reden, nämlich das Fachlehrersystem!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Aber nicht in der Volksschule!“) Herr Kollege Heidinger, jetzt machen wir das auch in der Volksschule, obwohl wir daraufkommen, daß das selbst in der Hauptschule nicht besonders günstig ist.

Gespart wird an der Hochschule, die Chemiker können ein Lied singen. Die Chemie findet mangels Chemikalien nicht mehr statt. Keine Präparate.

Die Anatomie kann nicht in das neue Gebäude übersiedeln, weil wir keine Putzfrauen haben. Die Pathologie gibt ihren Dienst langsam auf, weil das Gebäude aus allen Nähten platzt. Sezierkurse werden verschoben. An der juristischen Fakultät werden 40 Prozent sämtlicher Lehraufträge gekürzt. Sehen Sie, da ist ein Zusammenhang mit jenen Repräsentationsspesen. Nicht, daß ich sage in Wien muß der Herr Sadat mit einem Burenhäutl empfangen werden oder ähnliche Sparmaßnahmen. Das ist nicht störend, aber störend ist zum Beispiel für die Juristen, daß ihnen 40 Prozent ihrer Lehraufträge gekürzt werden, und die Frau Minister ihren Spesenaufwand um 25 Prozent erhöht. (Abg. Dr. Strenitz: „Darüber reden wir noch!“) In diesem Zusammenhang sagt man, wieso bitte sparen und da oben nicht. Das ist die Frage, die sich viele an der Hochschule stellen.

Dazu kommt eine studentische Sozialpolitik, die ganz einfach darauf aus ist, den Studenten das Gas abzudrehen. Das muß man in aller Schlichtheit feststellen. Wir haben die nackten Zahlen da: 1973, bei einem Stand von damals noch rund 66.000 Studenten hatten wir 13.000 Beihilfenbezieher, jetzt haben wir nur mehr 11.000 Beihilfenbezieher bei einem Stand von 70.000 Studenten. (Abg. Gerhard Heidinger: „Vielleicht sind die Einkommen der Eltern gestiegen!“) Das sind sie. Reden wir, Herr Abgeordneter, von diesen Einkommen, damit Klarheit herrscht, was da eigentlich ausgegeben wird.

Wissen Sie, wann man ein Stipendium jetzt nicht mehr bekommt? Wenn die Eltern mehr als 6400 Schilling im Monat verdienen, zu dritt, das sind Vater, Mutter, Kind. Wenn die mehr als 6400 Schilling haben, gibt es überhaupt kein Stipendium, nicht einmal das Mindeststipendium von 200 Schilling. Das ist die jetzige Situation. Glauben Sie mir, da fällt man sehr leicht durch die Inflation hinaus. Es sind da Inflationsleichen, die noch und noch auf der Strecke bleiben. Die vorliegende Novelle zum Studienbeihilfengesetz, und das ist eine einmalige Erscheinung in der Sozialpolitik, bringt noch eine Verschlechterung, Herr Abgeordneter, nämlich, jetzt fliegen sie bereits hinaus, wenn die Eltern mehr als 5000 Schilling im Monat verdienen, also ein Rückschritt. (Abg. Ileschitz: „Wir haben bisher immer nur vom Draufzahlen gelebt!“) Ich habe das Gesetz da, Sie können sich gleich informieren. Sie können den Entwurf anschauen, Herr Präsident, Ihre Empörung ehrt Sie, aber die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Ich kann Ihnen auch sagen warum das so ist, weil die Frau Minister keinen Groschen Geld mehr hat.

Wir haben im akademischen Senat eine Anweisung bekommen, die Rückzahlungsfälle mit aller Härte zu betreiben. Wissen Sie was das heißt? Das heißt, daß jemand, der eine Staatsprüfung nicht innerhalb der drei Monate, in der sie vorgeschrieben ist, nachweisen kann, weil er sie nicht ablegen konnte — vom Verschulden ist keine Rede — den Jahresbezug eines Stipendiums zurückzahlen muß. Wir haben jetzt 14 Fälle liegen und haben im Ministerium angefragt, ob wir den Leuten nicht helfen können, da es ja doch arme Teufel sind. Wir können doch ein Stipendium nicht zum Existenzrisiko machen. Die Frau Minister hat erklärt: „Nein, wir haben zu wenig Geld.“ Bitte, erkundigen Sie sich beim Herrn Rektor, der wird Ihnen sicher jederzeit gerne Auskunft geben. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das darf nicht wahr sein!“ — Abg. Gratsch: „Das kann nicht stimmen!“) Herr Abgeordneter Gratsch, ich würde es auch nicht glauben, wenn ich es nicht wüßte. Und das trifft in erster Linie die Werkstudenten, die 32 Prozent Werkstudenten bei uns.

Daher ist es ja kein Wunder, wenn im jüngsten OECD-Bericht — den der Herr Abgeordnete Strenitz vor sich liegen hat, den man allerdings nur sehr schwer bekommt, weil nicht sehr schmeichelhafte Dinge drinnenstehen — die Prüfer der OECD festgestellt haben, daß Österreichs Hochschulen mit 44 Prozent Studienausfall die höchste Drop-out-Quote in Westeuropa haben. (Abg. Dr. Strenitz: „Aber warum?“)

Herr Abgeordneter Strenitz, ich würde nicht sagen, allein wegen der Studienbeihilfen, sicher nicht. Aber auch ein Grund sind die Studienbeihilfen; das heißt, wenn ich die stolze Zahl von 70.000 Studenten hernehme, kann ich gleich einmal rund die Hälfte wegnehmen, weil die ohnehin niemals mehr im Stande sind, ein Hochschulstudium zu beenden — also eine frisierte Bilanz. Dahinter stehen aber auch Schicksale, denn wenn einer sein Studium nicht vollendet hat, so ist das nach der Wertschätzung unserer Gesellschaft eine verkrachte Existenz, der ist nichts. Erinnern Sie sich bitte in diesem Zusammenhang kurz an das Mädchen, das vom Studentenheim am Hafnerriegel heruntersprang und Selbstmord verübt hat, weil es den Zustand nicht ausgehalten hat. (Abg. Gerhard Heidinger: „Weil sie Prüfungsangst hatte!“) Nein, sie hat das Studium aufgegeben und einen Beruf angenommen; sie hat nicht weitergekonnt. (Abg. Gerhard Heidinger: „Weil sie nicht weitergekommen ist, aber nicht aus finanziellen Gründen! Sie mischen Kraut und Rüben durcheinander!“) Nicht allein, sicher nicht allein wegen der finanziellen Situation. (Abg. Ileschitz: „Wie viele über 30jährige Studenten gibt es denn?“)

Ich bin auch gar nicht der Auffassung, daß die finanzielle Situation allein das Studienmotiv ist. Da würde ich unsere Studenten unterschätzen. Ich habe lediglich gesagt, eine der Ursachen — und das bestätigt ja auch der OECD-Bericht — ist zweifellos die finanzielle Situation. Es gibt eine Reihe anderer Ursachen auch: daß die Studien viel zu lang sind, daß sie viel zu wenig durchschaubar sind und, und, und... Aber eine davon ist die finanzielle Lage.

Und drittens, Herr Abgeordneter Heidinger, weil sie ein so eindrucksvolles Bekenntnis zum Dirigis-

mus in Sachen Chancengleichheit abgelegt haben (Abg. Gerhard Heidinger: „Ja!“): Ich gehe sogar so weit, zu sagen: Einverstanden, wenn er etwas nützt. Und nun sage ich Ihnen, er nützt immer weniger.

Ich habe vor mir — ich kann es Ihnen zeigen — die jüngste Arbeit eines Hochschulassistenten liegen, die er soeben abgegeben hat und die sehr bedeutend ist „Das Bildungssystem und die soziale Ungleichheit“ von Dr. Steiner, Assistent am Institut für Wirtschaftspolitik und Theorie. Er weist in einer sehr langen, vergleichenden Arbeit nach, daß erstens die reine Erhöhung der Maturanten- und Studentenzahlen nur vorübergehend eine geringfügige Änderung im Gefüge der sozialen Gerechtigkeit innerhalb des Bildungssystems bewirkt hat, und zwar so — da gibt es Zahlen, die Sie sicher auch kennen —, daß etwa von 1969 bis 1974 der Anteil der Arbeiterkinder von 10 Prozent auf 13 Prozent gestiegen ist, der Anteil der Bauernkinder von 3 Prozent auf 6 Prozent, daß aber immerhin der Anteil der Oberschichtenkinder, wie immer man die jetzt nimmt, die in der Gesellschaftspopulation rund 9 Prozent ausmachen, 55 Prozent der Studierenden darstellt. Also 9 Prozent zu 55 Prozent. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist ja die Ungerechtigkeit!“) Das ist sicher ungerecht.

Und jetzt gibt es etwas ganz Interessantes, und das ist die zweite Erkenntnis dieser Arbeit: Nämlich, daß ein Knick im Jahr 1974/75 eingesetzt hat, daß der Anteil der Arbeiterkinder erstmals wieder sinkt. Das ist ausgerechnet in einer sozialkapitalistischen Regierung nicht ganz uninteressant, daß hier der Anteil der Arbeiterkinder sinkt und nicht nur dieser, sondern auch der Anteil der Kinder von kleinen Beamten, kleinen Angestellten und Gewerbetreibenden, nämlich von 21 auf 19 Prozent. Jetzt kommt vom Abgeordneten Strenitz das Argument: Ja, aber der Anteil der Arbeiter sinkt ja auch, am Anteil der Gesellschaft. (Abg. Pözl: „Das war gar nicht sein Argument!“) Nur, wenn man 18 Jahre zurückzählt, und das muß man, hat sich gegenüber damals überhaupt nichts verändert. Ich habe mich da ganz genau erkundigt und das berücksichtigt; das heißt, er ist tatsächlich jetzt gesunken. Und wenn Sie noch dazu heranziehen die Vorbildung des Vaters als Kriterium, dann stellen Sie einen weiteren Knick fest, nämlich: 1969/1970 waren die Väter der Studierenden zu 55 Prozent nicht Maturanten, 1974/75 nur noch zu 50 Prozent, obwohl sich in dieser Zeit — da müssen Sie nämlich zwischen 18 und 30 Jahren zurückrechnen, in der Anzahl der Maturanten überhaupt nichts geändert hat. Oder: 1969/1970 waren 26 Prozent der Väter der Studierenden Hochschulabsolventen, 1974/1975 bereits 28 Prozent, das heißt, es ist der Ara Kreisky — Firnberg vorbehalten geblieben, daß das Hochschulstudium wieder eine Tendenz der Vererbung aufweist. Das ist nicht unerklärlich, es ist mir völlig klar, warum: aus dem einzigen Grund, weil eine reine Quantitätspolitik in dem Augenblick, wo sie an die Grenzen stößt, natürlich andere Selektionsmechanismen hat als Bildung. Das heißt zu deutsch: Wenn ich keinen Sezierplatz mehr habe, wenn ich keinen Platz im Labor mehr habe, dann ruft der Vater den Bekannten dort an und sagt:

„Geh' bitte schön, könntest du nicht...“ Das heißt, dann ist Familie, Vorbildung, Beziehung weit selektiver als alles andere, weit wichtiger als Selektionskriterium als alles andere.

Eine nächste, wesentliche Erkenntnis der Steiner'schen Arbeit: Wer studiert was? Unterschichtenkinder werden Lehrer, Theologen und Techniker, Oberschichtenkinder Mediziner, Juristen und Apotheker; also eine ganz eindeutige Zuordnung. Wenn Sie dazunehmen, daß seit 1974 die Medizin, die Juristerei und die Pharmazie in den Studentenzahlen explodiert, können Sie sich einen Reim auf die Entwicklung der Chancengleichheit machen. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Du, Schüler, da hast du ein Bild von der Chemie!“) Ja, die Chemie ist ein ganz, ganz trauriges Beispiel, weil die ihre Tätigkeit einstellen können. Nun wird auch darauf hingewiesen, die Frau Minister flüchtet jetzt auf ein anderes Feld und sagt: „Ja, aber immerhin — die Mädchen! Die Mädchen seien im Vormarsch von 28 Prozent auf 40 Prozent.“ Ich habe schon voriges Jahr gesagt, was man von dieser Mengenkonjunktur der höheren Töchter halten kann. Sie ist erfreulich im Sinne der Emanzipation, aber im Sinne der sozialen Chancengleichheit — bitte, das nachzulesen im OECD-Bericht Seite 125 — gleich null, denn diese kommen zu 80 Prozent aus der Oberschichte. Also wieder kein Federn am Hut der sozialen Chancengerechtigkeit!

Und nun das Letzte und Entscheidendste: Wenn man annimmt, daß für eine kurze Zeit innerhalb des Bildungssystems ein wenig in Richtung gleicher Chancen gegangen wurde, dann ist die Verbindung zwischen dieser Chancengleichheit im Bildungssystem und einer Gleichheit der Chancen im Gesellschaftssystem nach dieser Untersuchung von Steiner nicht signifikant, wie das in der Wissenschaftssprache heißt, also nicht nachzuweisen. Das heißt, keineswegs kann man sagen, daß derjenige, der eine Bildung erreicht hat, die ihn an sich befähigen würde, aus seinem Stand herauszuwachsen, tatsächlich dann im beruflichen Leben eine solche Position einnimmt. Mit einem Wort: mehr Studenten, mehr Maturanten bedeutet keineswegs Ersatz für die Gesellschaftspolitik. Gesellschaftspolitik der sozialen Gerechtigkeit können Sie mit Bildung nicht ersetzen, mit dieser Verheißung, die Sie noch in Ihrer Regierungserklärung 1975 und 1976 geben, müssen wir tatsächlich Schluß machen.

Im Gegenteil — die weitere Wahrheit ist die, daß über die Masseneinkommen der kleinen Leute zusehends die Bildung der Bessergestellten bezahlt wird. Und das ist für mich nicht Ausdruck der gestiegenen Chancengleichheit.

Ich kann jetzt auch versuchen, Ihnen dafür eine Gesamterklärung zu geben. Sie ist sehr einfach, nämlich die — (Landesrat Bammer: „Vorschläge!“) Ja, ich bin dabei, Herr Landesrat —, daß der Sozialkapitalismus eben nichts getan hat als die alten Bildungsinhalte, die er vorgefunden hat, fortzuschreiben. Es hat ja nie eine Inhaltsdiskussion der Bildungsinhalte gegeben, nur eine Organisationsdiskussion. Man hat über die Hülsen geredet, hat sozusagen gesagt: Humboldt für alle. Demokratisieren wir die alten Bildungsvorstellungen, walzen

wir den Humboldt mit dem Nudelholz ein bißchen aus, damit er ein bißchen breiter wird — allerdings bekommt er dann Risse, weil er gleichzeitig dünn wird —, und das ist Bildung.

Ich zitiere wieder aus dem OECD-Bericht: „Die Bildungsverantwortlichen scheinen nicht erkannt zu haben, nämlich in Österreich, daß eine quantitative Ausdehnung von entscheidenden qualitativen Veränderungen begleitet werden muß.“ (Abg. Gerhard Heidinger: „Wessen Aufgabe wäre das?“) Unsere, natürlich. (Abg. Gerhard Heidinger: „Sie werden diese Aufgabe wohl nicht den Politikern zuschieben?“) Nein, ich meine nur, daß dieser Quantitätsfetischismus der bisherigen Regierung, der ja zu den Budgetzeiten immer so stolz verkündet wird, einfach nicht dahin führt, wo Sie ihn und ich ihn — in Richtung sozialen Gerechtigkeit — gerne haben würden.

Ich glaube, es hat daher überhaupt keinen Sinn, Herr Abgeordneter Heidinger, über die Schulversuche zu reden. Über die Schulversuche kann ich nicht reden, wenn ich den gleichen alten Hut in neuen Verpackungen anbiete, solange ich nicht die Inhalte ändere. Sie haben auf die Wirtschaft verwiesen, die ändert wirklich, bei Neuerungen wird das jeweilige Produkt verändert. Wenn ich aber in der Bildung den Inhalt nicht verändere, nützt mir ein Schulversuch relativ wenig.

Sie haben Hartberg angeschnitten. Ich habe mich dort sehr genau erkundigt, weil das ein interessantes Beispiel ist, Sie wissen, ich interessiere mich für die integrierte Gesamtschule. Darf ich Ihnen das Ergebnis mitteilen? Niederschmetternd und überdies sehr ähnlich wie in Hessen. Drei Leistungsgruppen: die Lehrer tun sich jetzt sehr leicht, sie müssen nicht entweder oder sagen, sondern sie können die Leistungsgruppen aufteilen. Wenn Sie die Leistungsgruppen anschauen, dann ist die erste Leistungsgruppe die führende Schicht Hartbergs, die zweite Leistungsgruppe die Mittelschicht und die dritte die Unterschicht. Also genau das, was man vermeiden, ja bekämpfen wollte, nämlich die Desintegration der sozialen Schichten ist in Hartberg nachgewiesen, wie übrigens auch in Hessen. Das heißt, wenn Sie sich den Inhalt anschauen, von sozialer Integration ist dort keine Rede. Sie haben recht, 38 Prozent erreichen das Bildungsziel, aber schauen Sie sich an, wer. Die Söhne der besseren Leute. Nichts dagegen zu sagen, wenn Sie ein elitäres Bildungssystem wollen, wenn Sie das nicht wollen, dürfen Sie das Hartberger Beispiel nicht anziehen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Sie müssen ja das Fundament sehen. Der eine Bub kommt von dem Daheim mit dem Dialekt, der andere mit der Hochsprache. Sie können ja nicht ein System in fünf Jahren verändern, das ein Generationsproblem ist!“) Herr Abgeordneter, das wissen wir ja.

Meine Meinung ist die, ich erreiche keine Chancengleichheit, wenn ich einen ganz spezifischen Inhalt vermittele, wenn Sie so wollen, den Inhalt der bürgerlichen Schichten. Ganz klar. Wenn ich einen solchen Inhalt vermittele, gibt es keine Chancengleichheit. Sie können auch nicht den Streit der Fünf- oder Sechstageswoche entscheiden, wenn Sie

nicht vom Inhalt reden. Wenn ich einfach denselben Inhalt vermittele, kann ich nicht darüber entscheiden. Das erscheint mir wichtig.

Und nun noch ein Wort zum Inhalt, und damit komme ich schon zum Schluß. Ich glaube, daß wir mit der jetzigen Bildungspolitik eines nicht erreicht haben, nämlich Umweltbewältigung. Es ist für mich wirklich erstaunlich und paradox, daß wir heute im Zeitalter der Naturwissenschaften noch nie so getrennt von der Natur waren wie vorher. In Deutschland gibt es wieder Reformschulen, wo die Kinder mit dem Lehrer in den Wald gehen, um festzustellen, wie die Blumen, Vögel usw. aussehen. Wir haben uns von dieser natürlichen Umwelt vollkommen getrennt in unserer Schule.

Im Zeitalter der Technik erziehen wir Leute, die mit der Technik überhaupt nichts anfangen können. Heute ist das typische Beispiel, wenn der Wasserhahn tropft, rufen wir nach dem Installateur, und wenn im Fernseher etwas schiefgeht, rufen wir nach dem Reparierer, und die Deckel von Motorhauben öffnen wir gar nicht, weil wir alle kokettieren, wir verstehen ohnehin nichts davon. (Abg. Ileschitz: „Und weil es uns so schlecht geht!“) Im Zeitalter der Technik wird darauf auch nicht vorbereitet. Herr Abgeordneter Ileschitz, nur eines, es hat in der Geschichte noch nie eine Periode gegeben, wo der Mensch seiner Umwelt gegenüber so hilflos war wie jetzt. Gut, man kann sagen Arbeitsteilung. (Abg. Ing. Turek: „Die Probleme sind vielschichtiger geworden!“) Ich habe ohnehin meine Handwerker, nur neue Abhängigkeiten. Früher sagte man: teile und herrsche, jetzt sagt man arbeitsteile und werde beherrscht. (Abg. Loidl: „Was tun?“) Ich greife euch ja nicht an, ich sage es euch nur. Kommt schon. (Abg. Ileschitz: „Heute kann man es sich leisten. Früher hat man es sich nicht leisten können!“) Ich glaube nur, Herr Abgeordneter Loidl, wir müssen einmal ganz genau analysieren, wo es wirklich drückt, denn sonst können wir kein Rezept geben.

Ich möchte Ihnen nur noch etwas sagen, um zu zeigen, worauf ich hinaus will. Wir teilen auch, und das ist heute schon in der Rede vom Herrn Turek angeklungen, völlig strikt und überflüssig zwischen den Hirnleuten und den Handleuten. Diese Teilung beginnt meistens schon im zehnten Lebensjahr. (Abg. Gerhard Heidinger: „Zu früh!“) Ja, einverstanden. Die einen gehen den Weg der Hirne, machen den langen Marsch der Institutionen der Bildung. Die anderen gehen roboten als Lehrlinge. (Abg. Gerhard Heidinger: „Wie wollen Sie das hinauschieben?“) Komme gleich darauf. Ich freue mich, daß Sie so gespannt sind. Offensichtlich gelingt mir eine dramaturgische Spannung. (Landesrat Bammer: „Unser Klub hat kein Frageverbot in der Debatte!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das haben wir auch nicht!“)

Dadurch gelingt eine Intellektualisierung der Ausbildung, die gigantisch ist, und zwar 24 Jahre lang für 18 Prozent eines Jahrganges jetzt schon, nämlich von der vierten Lebensjahrstufe bis zur 28., wenn er Hochschule macht. Also eine ungeheure Käseglocke über diesen Menschen, die nie in das

Leben hinauskommen. Dazu noch die von mir schon öfter erwähnte Teilung von Herz und Hirn, weil ja überhaupt nur intellektuell ausgebildet wird und nicht kreativ, keine musische Ausbildung. Typisch, beim Sparerlaß, was wird als erstes gekürzt, die musischen Fächer. Mit denen können wir ja nichts anfangen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Weil die Lehrer für diese Fächer fehlen!“) Gehört ja auch zum System, daß sich dafür keiner meldet. (Abg. Nigl: „Und die es könnten, sitzen im Landtag!“) Wie ist es denn mit dem Fünfer zustande gekommen? Man hat gesagt, wenn einer im Zeichnen ein Nichtgenügend hat, gut, da soll er ruhig aufsteigen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Na net!“)

Schließlich das letzte, was für mich sehr entscheidend ist, bei uns ist die Berufswahl heute ein Sprung ins Dunkle geworden. Denn niemand bereitet in Wahrheit darauf vor. Früher einmal hat man den Beruf des Vaters genommen, den man beobachten konnte. Heute geht das nicht mehr. Eine noch so gute Berufsberatung kann mir doch in wenigen Stunden oder Tagen nicht mitteilen, was ich machen soll. (Abg. Loidl: „Alles wahr! Aber was soll man tun?“) Jetzt kommt es, Herr Abgeordneter Loidl.

Gegenmodell, Vorschlag: 1. nicht den Humboldt auswälzen, sondern erstes Lernziel „Umweltbewältigung“. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist sehr allgemein!“) 2. Vorbereitung auf die Lebens- und Berufsrollen. Dann möchte ich eine Gesamtschule, Herr Abgeordneter Heidinger, aber nicht so wie jetzt, sondern inhaltlich gemeint, eine Basisschule für alle, von der Vorschule angefangen, wo die Leute lernen, mit ihrer Umwelt umzugehen. Ganz einfach, so wie man im Kindergarten zeigt, wie die Umwelt aussieht, geht man ein Stück in die Natur hinaus, in die Gesellschaft hinein. (Abg. Gerhard Heidinger: „Assimilatorisch!“) Raus aus den Klassenzimmern, soweit es geht, hinein ins Leben.

Was mir wesentlich erscheint, allerdings ein Langzeitproblem, raus aus der Schule mit 15 Jahren. Ich bin dafür, daß alle Kinder ab dem 15. Lebensjahr diese Käseglocke verlassen und einmal vier Lehrjahre machen. Dann habe ich diese komische Trennung von Hirn und Hand nicht mehr, dann kann ich die einmal alle arbeiten lassen, ein System, das es ja gibt — Mao, nicht wahr — (Abg. Loidl: „China!“), und dann kann ich schauen, was interessiert denn wirklich, und nach vier Jahren kann er sich wieder in der Schule andocken und kann eine Spezialausbildung machen. (Abg. Brandl: „Da können die Russen noch etwas lernen!“) Das schiene mir eine wesentliche Veränderung. (Landesrat Bammer: „Herr Kollege, Ihr Klub hat keine Freude!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „O wohl!“) Herr Landesrat Bammer, Sie brauchen sich um die Freude auf der Seite der ÖVP keine Gedanken zu machen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Herr Landeshauptmann, das ist ein ganz Wilder!“ — Landesrat Gruber: „Das System habe ich bis jetzt nur in der Sowjetunion gesehen!“) In der Sowjetunion, das kenne ich ein bißchen, eher bei den Chinesen. Herr Landesrat Gruber, erstens schrecke ich mich auch vor der Sowjetunion nicht in Bildungssachen, zweitens dort ist es nicht so, sondern eher bei den Chinesen. (Abg. Ileschitz: „Wenn

ich so etwas gesagt hätte!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Herr Landesrat, Sie haben in der Sowjetunion nicht aufgepaßt!“)

Der Herr Landesrat Peltzmann betreibt seit langer Zeit die Gewerbeakademie, die eine sehr ähnliche Form ist, nämlich die Idee, daß jemand handwerklich und geistig ausgebildet wird. Ähnlich, was der Herr Abgeordnete Turek heute gesagt hat: Anreicherung der AHS mit praktischen Dingen. Das ist nur ein bißchen radikaler, nämlich die Praxis wirklich erleben, weil ich die Theorie der Praxis nicht für so wichtig halte, und auf dem Sektor der Lehrlingsausbildung, Stichwort duales System, haben wir es ja. (Abg. Ing. Stoisser: „Jetzt wollen sie es abschaffen!“) Ich brauche nicht nach China zu marschieren, sondern das habe ich eigentlich in sehr funktionierender Form bereits hier. Ich gebe nur eines zu: Man muß einen gewissen Mut haben, und ich lade Sie ein, bei dieser — glaube ich — sehr zielführenden und demokratischen Aufgabe mitzuwirken. Allerdings wird es auch neue Lehrer erfordern, Lehrer, die ganze Lehrer sind, denn nur ein ganzer Lehrer kann ganze Menschen erzeugen und keine Fragmente von Hirn, Herz und Muskel wie bisher. Danke. (Allgemeiner Beifall. — Landesrat Bammer: „Jetzt müßt ihr das Modell Steiermark wieder umschreiben!“ — Heiterkeit — Abg. Karrer: „Da seid ihr wieder besser dran, ihr braucht nichts zu ändern!“ — Landesrat Bammer: „Nur einen roten Umschlag, Mao!“)

Zweiter Präsident Gross: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Heidinger.

Abg. Dr. Heidinger: Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Herr Kollege, Vizepräsident des Steirischen Landesschulrates, Landtagsabgeordneter Gerhard Heidinger, mein geschätzter Namensvetter, hat die Aussage seiner Fraktion, so nehme ich wohl an, zu dem sogenannten Sparerlaß oder, besser gesagt, zum sogenannten Dienstpostenbewirtschaftungserlaß für die höheren Schulen dargestellt. Ich bedaure es, daß er als Vizepräsident des Landesschulrates offensichtlich den Erlaß nicht genau gelesen hat, denn sonst hätte er die Aussagen, die er hier getätigt hat bzw. die Interpretation sicherlich nicht gegeben, weil ich ihm viel mehr Sachkenntnis zumute als das, was er vorhin von sich gegeben hat.

Es ist interessant, daß in jedem Bundesland die SPO bezüglich dieses Erlasses einen anderen Standpunkt einnimmt. Am leichtesten kann sich das der Herr Abgeordnete zum Nationalrat Präsident Schnell machen, weil nämlich dieser Erlaß für Wien maßgeschneidert ist. Ob der Wiener Landesschulrat dabei seine Hände im Spiel gehabt hat, weiß ich nicht, aber jedenfalls ist er die Basis für eine zentralistische Bildungspolitik. Und ich werde Ihnen auch sagen, warum. (Abg. Gerhard Heidinger: „Weil er die höchste Klassenschülerhöchstzahl hat!“) Genau das, jawohl!

Grundsätzlich möchte ich Ihnen zustimmen, daß es richtig ist, endlich einmal Grundsätze für die Dienstpostenbewirtschaftung aufzustellen. Das stelle ich

außer Streit. Aber der Erlaß war in der Form, wie er im Juni den Landesschulrat erreichte, überhaupt nicht vollziehbar. Es hat dann Vorstellungen der Beamten gegeben, und man hat im September einen Korrekturerlaß heruntergereicht, wie es so schön heißt. Mit diesem revidierten Erlaß hat man notdürftig den Betrieb aufnehmen können.

Aber die Crux für die Steiermark ist ja nicht einmal so sehr dieser Relationserlaß mit Stunden, Schülerzahlen usw., sondern die Crux ist, daß der Erlaß nicht mehr und nicht weniger vonschreibt, als daß die Dienstposten jedenfalls, ganz gleich, wie diese Berechnung aussieht, auf den 1. Jänner 1975 eingefroren sind. Man hat dann die Überziehungen, die im September 1975 bestanden haben, toleriert, das heißt, daß die Bundesländer wie beispielsweise Wien, weil sie viel mehr Lehrerangebot hatten auf Grund der Situation Schüler: Hochschüler in der Vergangenheit als wir, mehr Dienstposten besetzt und sozusagen eine Lehrerreserve hatten, aus der sie jetzt leicht schöpfen können. Die ganze Wucht des Erlasses, Herr Kollege Heidinger, wird überhaupt erst sichtbar ab 1. Jänner 1977, weil die Dienstposten um ein Prozent gekürzt werden müssen, was allein für die AHS in der Steiermark um noch 17 Dienstposten weniger bedeutet. (Abg. Gerhard Heidinger: „Reden wir nächstes Jahr!“) Jawohl, Herr Kollege, natürlich! Ich komme schon darauf zu sprechen. (Abg. Zinkanell: „Das hoffen wir!“) Das heißt also, wenn — aus welchen Gründen immer: Mutterschaftsurlaub, Todesfall — ein Dienstposten frei wird, kann er auf Grund dieses völlig klaren Erlasses nicht mehr besetzt werden.

Was kommt weiter? Im nächsten Jahr werden schätzungsweise 150 vollgeprüfte Lehrer für allgemeinbildende und berufsbildende höhere Schulen zur Verfügung stehen. Es wird nicht möglich sein, zusätzliche Dienstposten zu bekommen; man wird also die Vertragslehrer, die jetzt noch beschäftigt sind, entfernen müssen, um die vollgeprüften einzustellen, weil der Herr Minister ja erklärt hat, daß jeder vollgeprüfte Lehrer angestellt wird. Das wird genau in die Richtung führen, die Herr Kollege Schilcher vonhin aufgezeigt hat, weil Vertragslehrer vor allem in den Fächern angestellt werden, wo es nicht genug Vollgeprüfte gibt, und das sind die musischen Fächer. Das heißt also, man wird sich bedauernd darauf ausreden, daß es die Lehrer nicht gibt, und wird das Bildungsangebot einstellen.

Eines muß ich persönlich sagen: Es hat sich eingebürgert, diesen Erlaß „Sparerlaß“ zu nennen. Es hat auch der Herr Kollege Schilcher diesen Ausdruck verwendet. Mir völlig unverständlich ist, daß man hier offensichtlich um der Optik willen einspart, denn es haben ja der Herr Bundeskanzler und der Herr Finanzminister erklärt, es müsse ein Prozent Dienstposten eingespart werden; Überstunden dürfen die „beati posidentes“ eines Dienstpostens machen. So kommt es, daß ein älterer Lehrer mehr Überstunden macht bzw. mehr Basisstunden zu machen hat und daher ein Gehalt bekommt, mit dem man drei Junglehrer besolden könnte. Ich frage Sie daher: Ist das eine soziale Bildungspolitik für den Nachwuchs, ist das eine soziale Bildungspolitik

bezüglich der Schülerhöchstzahlen und der Klassenhöchstzahlen? (Abg. Gerhard Heidinger: „Wenn es stimmen würde: Nein!“)

Ich glaube, daß man kurz und zusammenfassend sagen kann: Dieser Erlaß ist nicht geeignet, die fortschrittliche Bildungspolitik, die in der Regierungserklärung angekündigt ist, zu realisieren!

Und nun noch, weil Sie uns angeredet haben, kurz zu diesem Aufschrei „Und nicht zur Streikdrohung?“. Es wurde gestreikt in Leibnitz. Herr Kollege, ich bin dort auch Obmann des Elternvereins. Ich habe mich bemüht (Abg. Zinkanell: „Jetzt ist es klar!“) — nein, gar nichts ist klar, Herr Kollege Zinkanell — diesen Streik zu verhindern, weil ich der Auffassung bin, daß der Streik das allerletzte demokratische Mittel ist, und ich war mit dem Landesschulrat bezüglich der dringendsten Anliegen in Verhandlungen. Es hat beispielsweise — das werden und können Sie nicht wissen — kein Turnen für Mädchen gegeben, weil die zwei zugewiesenen, vollgeprüften Lehrerinnen ihren Dienst nicht angetreten haben. Daß sich die Schüler darüber alterieren, werden Sie verstehen. Es ist mir dann gelungen, die Dinge zu planieren. Wenn Ihre Informanten behaupten, Abgeordnete des Bezirkes hätten zum Streik gehetzt, dann kann das jedenfalls kein Abgeordneter der ÖVP-Fraktion gewesen sein. Weder der Abgeordnete zum Nationalrat Frodl, noch der Kollege Stoisser oder ich. Das nur nebenbei.

Eines, Herr Kollege Heidinger, ist mir unverständlich: Wir haben zu diesen Angelegenheiten einmal mehr einen Resolutionsantrag eingebracht. Ich darf ihn doch noch einmal in Erinnerung bringen und vorlesen: „Der Erlaß des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst bezüglich Dienstpostenbewirtschaftung an höheren berufsbildenden und allgemeinbildenden Schulen hat teilweise zu beträchtlichen Schwierigkeiten und Streichungen von Unterrichtsangeboten geführt. Die Steiermärkische Landesregierung wird daher aufgefordert, beim Bundesministerium für Unterricht und Kunst dahingehend vorstellig zu werden, daß die Härten dieses Erlasses beseitigt werden und an allen Schulen des Landes die gesetzlich vorgesehenen Unterrichtsgegenstände, auch Freigegegenstände, unterrichtet werden.“ Warum Ihre Fraktion dem von uns eingebrachten Antrag, dem die freiheitliche Fraktion beigetreten ist, nicht beitrug, ist mir unverständlich, denn, wenn Sie jetzt hier von dieser Stelle aus erklärt haben, nicht direkt aber deutlich spürbar, der Amtsdirektor des Landesschulrates der Steiermark ist schuld daran, daß der Erlaß so vollzogen wird. (Abg. Gerhard Heidinger: „Ich habe gesagt, er hat mir korrekte Auskünfte gegeben. Ich habe nicht von Schuld gesprochen! Tun Sie nichts verdrehen. Ich habe korrekte Auskünfte des Amtsdirektors. Das habe ich wörtlich gesagt!“) Ich bin sehr froh, daß Sie das klarstellen, denn anderswo hört man es anders. Ich möchte Sie jetzt nicht daran erinnern, was im Finanz-Ausschuß war; Sie wissen es genau, es ist vertraulich, ich möchte das hier nicht sagen.

Aber an Sie als Vizepräsident des Landesschulrates möchte ich ganz ernst die Frage richten: Wollen Sie einen Amtsdirektor haben, der die beschwo-

rene Pflicht nicht erfüllt und einen Erlaß des Ministeriums nicht vollzieht? Ich glaube, das wäre das tollste, was man einem Beamten zumutet. Ich hatte aus Ihren Ausführungen den Eindruck: „Na ja, das wird ja nicht so heiß gegessen, stellen wir halt ein paar Lehrer mehr ein, das wird nachher dann schon toleriert werden.“ (Abg. Gerhard Heidinger: „Seit dem 3. November haben wir eine andere Situation!“) Herr Kollege, diese österreichische Methode kann man in einer so heiklen Sache nicht anwenden. Der korrekte Weg wäre aber gewesen, daß auch Ihre Fraktion den Resolutionsantrag unterstützte, damit wir die Herren Minister überzeugen können, daß in der Steiermark dieser Erlaß nicht vollzogen werden kann. Daß Sie das nicht getan haben, bedauern wir, aber wir werden uns von unserem Weg und unserer Meinung über Bildungspolitik nicht abbringen lassen. (Beifall bei den ÖVP.)

Dritter Präsident Feldgrill: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Preamberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Gerhard Heidinger: Herr Präsident, zur Geschäftsordnung.

Herr Kollege Heidinger, ich empfinde es als eine Unterstellung, wenn Sie mir unterschieben, daß ich dem Herrn Amtsdirektor Unkorrektheit vorwerfe; (Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Präsident: Herr Abgeordneter Preamberger, bitte nehmen Sie das Wort.

Abg. Preamberger: Werte Damen und Herren!

Wenn über Lehrlingsausbildung gesprochen wird, und es wurden in diesem Haus sehr oft darüber Diskussionen geführt, die zum Teil ein wenig hitzig, zum anderen Teil weniger heiß ausfielen, so bin ich überzeugt, daß unsere Meinungen hier nicht sehr weit auseinandergehen. Nur, damit nicht einer der Redner aufzeigt, daß seitens der Sozialisten sich niemand zu dieser an und für sich wichtigen Frage gemeldet hat, möchte ich folgendes sagen: Die Metallarbeiterjugend verlangt, daß eine neue Lehrberufsliste erstellt werden soll.

Eine Grundvoraussetzung für ein funktionierendes System ist, daß die Lehrzeit grundsätzlich nicht über drei Jahre hinausgehen soll. Hier gibt es einzelne Sparten, die heute noch über drei Jahre hinausgehen. Sie sind der Meinung, dies würde sich bei konzentrierter Ausbildung erübrigen. Die von der Gewerkschaft vorgeschlagene Lehrberufsliste ist in erster Linie nach der Zusammengehörigkeit der Lehrberufe unterteilt. Der Vorschlag enthält auch die Anrechenbarkeit von bereits zurückgelegten Lehrzeiten, und ich glaube, dieser Wunsch ist auch berechtigt, denn nicht nur aus Verschulden der Lehrlinge wird oft eine Lehrzeit woanders weitergeführt, sondern in der heutigen Entwicklung der Wirtschaft ergibt sich, daß Betriebe aufhören zu bestehen und die Lehrlinge anderswo untergebracht werden müssen. Wie auch immer, man hat dafür Sorge zu tragen, daß die bereits durchgeführte oder abgehaltene Lehrzeit angerechnet wird.

Die Forderung der Gewerkschaftsjugend geht auch in die Richtung, daß man, das habe ich schon bei meinem letzten Diskussionsbeitrag hier aufgezeigt, die Lehrberufe, die Ähnlichkeiten aufweisen, in einer anderen Form durchführen soll als heute, und zwar im ersten Lehrjahr eine umfassende, in allen Berufen gleiche Berufsausbildung, im zweiten Lehrjahr die der Berufsgruppe bzw. dem Beruf entsprechende Ausbildung und im dritten Lehrjahr die berufsspezifische Ausbildung selbst. Hier gibt es einige Meinungsverschiedenheiten. Im Grunde genommen bin ich aber überzeugt, daß wir durch die Entwicklung der Wirtschaft gezwungen werden, uns hier enger mit dem Problem zu befassen.

Folgende Maßnahmen für den Bereich des dualen Lehrlingsystems wären angebracht: Erstens Förderung zur Schaffung von Lehrplätzen durch verstärkte Heranziehung von Mitteln aus der Arbeitsmarktverwaltung. Zweitens Förderungsmaßnahmen zur Erhaltung von Lehrplätzen.

Das hört sich auch ein bißchen komisch an, weil man sich fragt, wozu eine Förderung für bereits bestehende Lehrplätze. Nun, die Entwicklung auch in der Wirtschaft und das kaufmännische Denken bringen folgendes mit sich: Bei einer Rezession oder sogenannten Gesundheitskrumpfung der Wirtschaft, wie man es immer wieder hört, oder Angleichung an die Gegebenheiten und Erfahrungswerte, wird zuerst gespart, wo man am wenigsten sparen dürfte, bei den Lehrwerkstätten und bei den Lehrplätzen. Man übersieht aus rein kaufmännischen Erwägungen, daß die Arbeitgeber oder das Management der Arbeitgeber und der Wirtschaft auch die Verpflichtung zu übernehmen haben, Vorsorge zu treffen, nicht nur in ihrem eigenen Bereich, sondern für die Gesamtwirtschaft Lehrlinge auszubilden.

Hier ist zu begrüßen, daß man sich seitens des Bundes nun endlich durchgerungen hat, Förderungs-mittel zur Verfügung zu stellen, wenn nachgewiesen wird, daß ein Betrieb, und hier wird ein Schnitt von fünf Jahren genommen, in einer längeren Zeitspanne tatsächlich nachweisen kann, daß mehr Lehrplätze in diesem Betrieb geschaffen wurden; dieses Mehr an Lehrplätzen wird gefördert.

Notwendig und nicht zu übersehen ist auch, daß wir moralisch verpflichtet sind, für unsere Lehrlinge auch in den sogenannten Wirtschaftsballungsräumen Lehrlingsheime zu schaffen. Hier spricht man darüber, daß das ein steiniger und schwerer Weg ist, dies in die Tat umzusetzen; das habe ich leider auch in meiner Tätigkeit bereits erfahren. Es wird aber, wenn man gute Lehrkräfte, gute junge Menschen heranbilden will, notwendig sein, Ausgaben für Lehrlingsheime zu tätigen.

Es wurde ein wenig falsch ausgelegt, indem man sagte, man will die jungen Menschen in eine gewisse Richtung programmieren. Das ist eine Auslegung, die nicht ganz entspricht, und ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß es notwendig ist, eine Überprüfung der Verhältniszahlen der einzelnen Lehrberufe durchzuführen. Daß es auch in der Richtung dann eine gewisse Beeinflussung der jungen Menschen gibt, die sich positiv auswirken muß, ist nicht zu leugnen. Unter der Wahrung der

sachgemäßen Ausbildung soll eine größere Anzahl von Lehrlingen ausgebildet werden. Das hört sich auch sehr gut an, wir werden uns aber sehr bemühen müssen, um überhaupt in der Lage zu sein, die Jugend, die sich bereit erklärt, einen Lehrberuf zu ergreifen, auch in Zukunft unterzubringen. Die Maßnahmen zur Beseitigung der unterschiedlichen Behandlung von Lehrlingen und Vollzeitschülern, und zwar in bezug auf Schulfahrtenregelung, Familienlastenausgleich und Beihilfen, wären auch einer Überprüfung zu unterziehen, um hier Ungerechtigkeiten zu beseitigen.

Schauen wir uns das an: 1973 hat die Steiermark 31.262 Lehrlinge beschäftigt, das sind Zirkazahlen, die nicht ganz stimmen, 1975 haben wir laut meinen Angaben 33.061 Lehrlinge — ein Zeichen dafür, daß es der Steiermark gelungen ist, und das ist sehr begrüßenswert, die anfallende Anzahl von jungen Menschen tatsächlich noch irgendwie unterzubringen. (Landesrat Peltzmann: „1000 neue Lehrplätze!“) Es ist bedauerlich — das muß ich nicht vom Abgeordneten Stoisser, der wahrscheinlich nach mir spricht, hören —, daß sich die Industrie (Abg. Ing. Stoisser: „Wieder weniger nimmt!“) wieder in einer rückläufigen Tendenz befindet. Das sage ich ganz ehrlich vom Herzen heraus, weil wir immer wieder verlangen, daß diese Industrie vom kaufmännischen Denken ein bißchen abrückt und daß sie nicht nur für ihren eigenen Bereich, sondern der Wirtschaft diese ausgebildeten Menschen zur Verfügung stellt. Ich muß ehrlich sagen, hier wirkt sich in den Großbetrieben die derzeitige Entwicklung am Weltmarkt aus, und man ist nicht bereit, Vergrößerungen vorzunehmen. Es besteht leider die Tendenz, weiter zu verringern. Wir werden auch 1977 aus diesen Erscheinungen damit rechnen müssen, daß vielleicht schon nicht mehr die Anzahl von Lehrlingsplätzen zur Verfügung steht, die notwendig wäre.

Unter den 25 häufigsten Lehrberufen weisen vor allem die Berufe des Gastgewerbes eine große Häufigkeit vorzeitiger Lösungen auf. An der Spitze steht der Lehrberuf Kellner. Noch häufiger waren die Lösungen im Beruf Friseur und Perückenmacher. Hier haben sich die jungen Menschen in der Lehrzeit überlegt, diesen Beruf fertigzulernen, oder sie haben den Beruf gewechselt. Ganz deutlich zeigt sich, daß in den industriellen und vor allem in den metallverarbeitenden Berufen die Zahl vorzeitiger Lösungen vergleichsweise niedriger, in bestimmten gewerblichen und Dienstleistungsberufen relativ sehr hoch ist. Hier dürfte man zur Überzeugung kommen, daß die sogenannten Lehrwerkstätten in der Industrie weniger Anlaß geben, aus gewissen Erscheinungen den Lehrplatz zu lösen. Man hat Erfahrungswerte, wonach diese Lehrwerkstätten meist sehr positive und gute Ergebnisse erzielen und daß die jungen Menschen auch sehr gerne in solchen Lehrwerkstätten bleiben. Über die voraussichtliche Entwicklung der Fachkräftestruktur bis 1980 meint ein Wirtschaftsexperte: „Die Land- und Forstwirtschaft wird weitenschrumpfen. Die Beschäftigung im industriellen Bereich wird anteilmäßig annähernd gleichbleiben, der Dienstleistungsbereich wird weiterhin stark zunehmen, wenn auch etwas

weniger rasch als in dem vergangenen Jahrzehnt.“ Das bedeutet ja auch eine Auffächerung von gewissen Berufen.

Auf einer Konferenz wurde harte Kritik an dem Landesinnungsmeister des graphischen Gewerbes geübt, weil er die Jugendlichen in einem Anhang zu ihrem Lehrbrief vor den Gewerkschaftsfunktionären gewarnt hat. Sehen Sie, solche Erscheinungen kann doch niemand begrüßen, und es hat auch niemand notwendig, daß man in der Richtung versucht, junge Menschen zu beeinflussen, denn jede Organisation wird sich an und für sich durchsetzen. (Unverständlicher Zwischenruf.) Wenn man solche Dinge feststellt, dann werden Sie uns gestatten, daß wir dies auch hier negativ registrieren.

Es wird notwendig sein — damit bin ich schon ohne viel Aufregung am Schluß meiner Rede —, daß gerade für weibliche Lehrstellen weiter Vorsorge getroffen wird, und ich weiß, daß es äußerst schwierig ist. Man müßte sich ernstlich überlegen, daß die Betriebe, die sich bereiterklären, mehr weiblichen Lehrlingen Plätze zur Verfügung zu stellen, auch einer besonderen Förderung teilhaftig werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Buchberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Buchberger: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Meine geschätzten Vornedner, Schilcher und die beiden Heidinger, haben sich ausführlich mit den Bildungsfragen und -problemen beschäftigt — angefangen von den Grundschulen bis in die Hochschulen hinauf — und auch darauf hingewiesen, daß wir es bis zu einem gewissen Grad mit einer Bildungsexplosion zu tun haben. Auf der anderen Seite wurde mit Überzeugung darauf hingewiesen, daß eine entsprechende Chancengleichheit für alle Kinder unseres Landes gegeben sein soll. In dem Zusammenhang, meine sehr verehrten Damen und Herren, scheint es aber auch zweckmäßig zu sein, die sogenannte Bildungslandschaft in unserem Lande näher zu beleuchten.

Hier ist es nicht uninteressant, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß wir es, wenn wir diese Bildungslandschaft näher beleuchten, mit einer echten Diskrepanz zu tun haben. Wir haben hier einige Zahlen vor uns liegen, die aussagen, daß vor allem in kleineren und kleinen Gemeinden nur ein bescheidener kleiner Prozentsatz die Möglichkeit hat, von der Volksschule in eine höhere Schule zu kommen. Wenn ich in diesem Zusammenhang einige Zahlen nennen darf, ist es so, daß in Gemeinden von 100 bis 1000 Einwohnern nur 5,5 Prozent die Möglichkeit haben, eine höhere Schule zu besuchen, wogegen zum Beispiel in Graz, in einer Gemeinde mit über 100.000 Einwohnern, die Möglichkeit für 42 Prozent der Volksschüler gegeben ist, eine höhere Schule zu besuchen. Ich darf hier die Variationsbreite näher definieren und beleuchten: So ist hier das Chancenverhältnis zwischen

den kleineren und den großen Gemeinden 1 : 8 gegeben. Nicht genug damit, meine Damen und Herren, wenn wir die einzelnen Bezirke beleuchten, so ist die Situation so, daß im Bezirk Deutschlandsberg nur 1,3 Prozent der Volksschüler in eine höhere Schule übertreten und im Bezirk Graz-Stadt der Prozentsatz bei 42,6 gelegen ist.

Wir vom ländlichen Bereich sind es den Städtern hier in Graz durchaus nicht neidig, daß hier eher die Möglichkeit gegeben ist, eine höhere Schule zu besuchen; es scheint aber zweckmäßig zu sein, auf diesen Umstand mit entsprechendem Nachdruck hinzuweisen — vor allem dann, wenn es darum geht, daß man über die Bildungsexplosion spricht und die Meinung vertreten wird, schuld daran in erster Linie sei, daß in fast allen Gerichtsbezirken oder in jedem Bezirk eine höhere Schule gegründet worden ist.

Ich möchte noch einmal auf die Ziffern und vor allem, wie bereits gesagt, auf die Prozentsätze der Tabelle hinweisen: Deutschlandsberg mit 1,3 und die Stadt Graz mit 42,6 Prozent. Hier besteht für den ländlichen Bereich, auch für Graz-Umgebung und für die Bezirksstädte in unseren Regionen, noch ein echter Nachholbedarf, um hier einen entsprechenden Ausgleich für die Zukunft herzustellen.

Das wäre das eine, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich darf aber auf noch eine Entwicklung hinweisen, die für uns von besonderer Bedeutung ist, und diese Entwicklung hat im Jahre 1974 begonnen, als wir in diesem Hause das Kindergartenförderungsgesetz zum Beschluß erhoben haben. Hier besteht seit der Beschlußfassung dieses Kindergartenförderungsgesetzes die erfreuliche Entwicklung, daß es seit dem Jahre 1974 möglich war, breitgestreut bis hinaus in die letzten und entferntesten Regionen, den Kindern den Besuch eines Kindergartens zu ermöglichen.

Auch hier sind in diesem Zusammenhang einige Zahlen nicht uninteressant: Vom Jahre 1974 bis 1976 war es möglich, insgesamt 264 neue Kindergärten in der Steiermark zu begründen, davon 189 öffentliche und 75 private Kindergärten. Durch diese Entwicklung, meine sehr verehrten Damen und Herren, vor allem durch die Beschlußfassung des Kindergartenförderungsgesetzes, war es nun möglich, auch in den entfernten Regionen unseren Kindern die Möglichkeit des Besuches eines Kindergartens zu geben.

In dem Zusammenhang, weil es unsere Aufgabe sein muß, nicht nur den Schülern eine höhere Schule zu ermöglichen oder den Kindern einen Kindergartenplatz zu sichern — diese Frage ist heute auch schon irgendwo diskutiert worden —, möchte ich erwähnen, daß es auch Aufgabe der Gemeinden und auch der Verantwortlichen sein muß, überall, wo die Möglichkeit gegeben ist, entsprechende Kinderspielplätze zu schaffen. Wir reden immer wieder davon, und das hören wir auch in den Diskussionen immer wieder, daß auch diesbezüglich ein Gesetz geschaffen werden müßte. Aber wir reden uns immer wieder auf die fehlenden Gesetze aus. Ich persönlich bin der Meinung, und die Herren Bürgermeister werden mir das bestätigen, wenn von der

Warte des Bürgermeisters her die Initiative gegeben ist, so braucht man in einer Gemeinde kein Gesetz, um für die Kinder dieser Gemeinde die notwendigen Kinderspielplätze zur Verfügung zu stellen. (Abg. Dr. Strenitz: „Das ist kein Weg! Da kommen Sie in Konflikt mit dem Gesetz!“) Da ist die Initiative notwendig, vor allem der Gemeindevertretung, dann sind diese Möglichkeiten gegeben. Meine Herrschaften, vielleicht ist im städtischen oder großstädtischen Bereich die Möglichkeit nicht so leicht oder in der Form gegeben, aber in allen anderen Gemeinden. Wenn die Initiative von seiten des Bürgermeisters und der Gemeindevertretung gegeben ist, dann brauchen wir kein Gesetz, sondern ist in jeder Hinsicht die Gründung eines Kinderspielplatzes möglich. Das wollte ich in dem Zusammenhang abschließend gesagt haben. Ich freue mich vor allem über die Initiative unseres Landesrates Jungwirth, vor allem in bezug auf die Förderung unserer Kindergärten, und daß wir die Möglichkeit geschaffen haben, hier entsprechende Initiativen zu entwickeln. (Landesrat Bammer: „Der Klausser auch, er hat das Geld hergegeben!“) Dieser Dank gilt natürlich nicht nur den Regierungsgliedern, sondern auch den Herrn Abgeordneten, die es ermöglicht haben, durch einen Beschluß das Kindergartenförderungsgesetz einstimmig zu beschließen. (Allgemeiner Beifall. — Abg. Brandl: „Mit der Mehrheit der ÖVP gegen die Stimmen der Sozialisten!“)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Stoisser. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Stoisser: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zuerst zum Herrn Abgeordneten Heidinger. Ich hätte so gerne von Ihnen gehört, wer den Schülerstreik in Leibnitz angestiftet hat. Eine meiner Töchter ist nämlich in einer betroffenen Klasse, ich habe es von ihr nicht erfahren und von Ihnen auch nicht, jetzt weiß ich es noch immer nicht. Das wollte ich feststellen, sonst nichts.

Zum Kollegen Preamsberger. Ich könnte mir eigentlich die Wortmeldung ersparen, wir sind uns heute fast einig. Da hat sich die Zeit in den letzten Jahren sehr geändert. (Abg. Gerhard Heidinger: „Bei euch!“) Wenn ich an die radikalen Forderungen der Gewerkschaftsjugend denke — heuer im Frühjahr hat man noch von der Verstaatlichung der Berufsausbildung gesprochen. Da sind heute sehr sanfte Töne. Ich freue mich wirklich, daß Sie zur Überzeugung kommen, daß in der privaten Wirtschaft, in den Betrieben draußen, auch in den verstaatlichten Betrieben, die Ausbildung in der Produktion gut ist und dem Staat sicherlich billiger kommt. Er würde sich, wenn er die Berufsausbildung wirklich verstaatlichen wollte, wahrscheinlich weitere Zigarettenpreiserhöhungen durch den Herrn Finanzminister nicht ersparen können. (Landesrat Bammer: „Ich bin eh Nichtraucher!“)

Nun noch zu dieser Metallarbeitergewerkschaftstagung und zu dem, was der Kollege Preamsberger sagte, daß der Landesinnungsmeister des graphischen Gewerbes vor Gewerkschaftssekretären gewarnt hat. Ganz unrecht hat er nicht. (SPO: „Aber,

aber!") Ich wende es Ihnen gleich erklären. Gerade bei dieser Tagung der Metallarbeitergewerkschaft hat einer dieser Sekretäre laut „Neue Zeit“ dort erklärt: „Heute wird noch immer mehr ausgebeutet als ausgebildet.“ Das ist für 1976 sehr klassenkämpferisch. (Beifall bei der ÖVP. — Landesrat Bammer: „Bei den Tischlern und Zimmerern!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Der Preamsberger hat ja gesagt, in der Industrie wird nicht mehr ausgebildet!“)

Wir haben in dieser Gruppe den Ansatz 220 mit rund 190 Millionen Schilling für den laufenden Betrieb der Berufsschulen, für rund 32.000 Lehrlinge. Das ist eine erkleckliche Zahl, und in den letzten 13 Jahren haben wir in der Steiermark überhaupt 1,3 Milliarden ausgegeben. Zusätzlich zu diesen Geldern geben wir heuer auch runde 90 Millionen Schilling für den weiteren Ausbau der Schulen aus, und zwar im wesentlichen in Gleinstätten für die Kleidermacher und Bäcker für rund 1200 Lehrlinge, in Knittelfeld für die metallverarbeitende Industrie und in Lassing für die Fleischer und Konditoren, ebenfalls für rund 600 Lehrlinge sind die Pläne fertig und soll im nächsten Jahr begonnen werden. Das ist zur Zeit die Situation.

Ich möchte noch auf die Beweglichkeit hinweisen, die die Wirtschaft bei der Aufnahme von Lehrlingen hat. Wie schon der Herr Kollege Preamsberger sagte, ist die Zahl der Neuaufnahmen von Lehrlingen annähernd gleich, rund 10.500 bisher, wohl aber sind in den einzelnen Berufen die Aufnahmen sehr verschieden. So konnten zum Beispiel die Tischler innerhalb eines Jahres eine Steigerung von 67 Prozent erreichen, ich glaube, daß das ist eine einmalige Leistung.

Wir haben nun überhaupt eine Situation, die für die Jugend für die nächsten Jahre etwas schwierig werden wird. Die geburtenstarken Jahrgänge werden eine Steigerung der Lehrstellen in der Steiermark bis zum Jahre 1980 von 3000 erfordern. Wenn 3000 zusätzliche Lehrstellen im Jahre 1980 vorhanden sind, wird der Bedarf an Lehrstellen wieder zurückgehen. Wenn wir nun in der Wirtschaft diese Lehrplätze schaffen, so werden diese Lehrplätze späterhin als Arbeitsplätze verwendet werden können, was bei schulischen Ausbildungsplätzen nicht möglich wäre.

Wie können wir nun für diese Jugend, die in die Wirtschaft drängt, die Lehrplätze schaffen? Hier haben wir bereits durch die Kammern und Innungen eine Kampagne gestartet, um die Betriebe zu motivieren, weiterhin Lehrlinge aufzunehmen. Wir haben in der Steiermark Ausbildungsberater innerhalb der Kammern, die von Betrieb zu Betrieb gehen und die Auszubildenden und Betriebe in der Ausbildung der Lehrlinge beraten, sowohl rechtlich als auch fachlich. Wir wollen nun auch gezielt zu diesen Betrieben hingehen, die in der letzten Zeit auf Grund der Belastungen und Hetzkampagnen, die es da und dort immer wieder gab, keine Lehrlinge mehr aufgenommen haben, und sie bitten, wieder Lehrlinge aufzunehmen.

Auch der Staat kann hier seine Hilfestellung geben, und ich freue mich, durch Preamsberger erfahren zu haben, daß aus Arbeitsmarktförderungsmitgliedern nun wirklich Gelder zur Verfügung gestellt

werden, um diese Mehrausgaben der Wirtschaft zumindest teilweise zu ersetzen. Diese 3000 neuen Arbeitsplätze für Lehrlinge werden doch immerhin rund eine halbe Milliarde Schilling kosten.

Das wichtigste für die Lehrherren wäre, daß keine Verunsicherungen mehr von verschiedenen Seiten kommen. Die Leute sollen wissen, wenn sie Lehrlinge ausbilden sind sie auf dem richtigen Weg. Sie sollen nicht immer wieder als Ausbeuter hingestellt werden. Wir wollen auch keine Bürokratisierung der Berufsausbildung.

Wir müssen für diesen Zweck eine weitere Lockerung der Verhältniszahlen in verschiedenen Betrieben zumindest für die nächsten prekären Jahre schaffen. Und dann, wir haben auch diesbezüglich eine Resolution abgegeben, soll auch der öffentliche Dienst Lehrstellen — innerhalb der Verwaltung, bei Post, Polizei und sonstigen Dienststellen des öffentlichen Dienstes — schaffen. Ich kenne einige Beamte, die im „Tausendjährigen Reich“ eine solche Ausbildung in der Verwaltung hatten und heute zu den guten Beamten zählen.

Außerdem glaube ich, daß man vielleicht doch einige Mittel aus dem Budget des Unterrichtsministeriums für die Berufsausbildung abzwacken könnte, da meiner Meinung nach die Gewichtung der Mittel zwischen Berufsausbildung und allgemeiner Bildung nicht ganz richtig ist. Auf alle Fälle glaube ich, daß die direkte Förderung der Betriebe für die Haltung von Lehrlingen besser ist als ein Fonds, wie er von der Gewerkschaftsjugend gefordert wird. Wenn weiterhin eine solche Übereinstimmung herrscht — wie heute zwischen Preamsberger und mir hier in diesem Hause — glaube ich sicher, daß die Lehrlingsausbildung in der Steiermark für die nächsten Jahre gesichert sein wird. (Allgemeiner Beifall.)

Dritter Präsident Feldgrill: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich unterbreche die Landtagssitzung. Die Beratungen werden morgen, den 2. Dezember 1976, um 8.30 Uhr, in der Gruppe 2 fortgesetzt.

(Unterbrechung der Sitzung: 20.35 Uhr, Wiederaufnahme der Sitzung: 2. Dezember 1976, 8.30 Uhr.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Meine Damen und Herren!

Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir behandeln die Gruppe 2: Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete DDr. Stepantschitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. DDr. Stepantschitz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Darf ich bitte nur einige Worte zur Bildung sagen. Zuerst einmal: Wir haben keinerlei Grund zu Minderwertigkeitskomplexen; wir haben im Prinzip funktionierende Schulen, wir haben tadellose Hochschulen, und es ist eine Tatsache, daß unsere Akademiker in der ganzen Welt gefragt sind. Wenn wir es uns trotzdem überlegen, was und wie man es noch verbessern könnte, so ist das zweifellos richtig.

Ich darf in diesem Zusammenhang auf die Steirische Akademie verweisen, die seit 1973 wirkliche Pionierarbeit geleistet hat. Ich glaube, wenn alle Abgeordneten die letzte Tagung hätten besuchen können — ich weiß, es geht ja zeitlich nicht, und auch ich konnte mir nur einige Vorträge anhören — dann würden wir uns viel leichter tun auch in der Diskussion über die Bildung, über die Veranlagung, über die Gleichheit. Es sind dort wirklich Gedanken gefaßt worden, die beispielgebend sein könnten.

Und darf ich bitte eines sagen: Die Bildung ist das wichtigste Gut überhaupt, das wir zu vertreten haben; es geht um unsere Kinder, es geht um die Zukunft nicht nur des einzelnen, es geht auch um die Zukunft unseres Volkes. Hier können nicht genug neue Ideen eingebracht werden, man wird alles überlegen und erarbeiten müssen.

Ich glaube, es wäre sehr notwendig, daß auch ein Forum wie der Steiermärkische Landtag einmal in Ruhe, unabhängig vom dem Druck des Budgets, sich ernst überlegt: Sind wir weiterhin am richtigen Weg, sind wir weiter verantwortlich auf diesem Gebiet tätig. Aber, ich glaube, eines kann man auch tun: Man kann hier von dieser Stelle aus allen, die auf diesem Gebiet der Bildung in Österreich, in der Steiermark bisher tätig waren, sehr herzlich danken für den Erfolg, der zweifellos da ist und der sich letztlich darin äußert, daß unser Volk in der sehr, sehr schweren Zeit auch heute noch bestehen kann. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Präsident Gross. Ich erteile ihm das Wort.

Zweiter Präsident Gross: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! So kurz wie mein Vornedner kann ich nicht sein, doch ich werde mich bemühen, einen gewissen Zeitraum einzuhalten.

Die gesamte Bildungs- und Kulturpolitik — das ist gestern schon in der Debatte durchgeklungen — steht gegenwärtig vor der Aufgabe, alle jene Konsequenzen zu ziehen, die sich aus der gewaltigen gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Umwälzung ergeben und deren Ursachen doch letztlich im wissenschaftlichen und technischen Fortschritt zu suchen sind. So sehr wir den Fortschritt der Wissenschaft und Technik bejahen, denn nur mit ihm können wir die Lösung weltweiter Probleme erreichen, so sehr müssen wir uns wahrscheinlich darüber im klaren sein, daß alle wissenschaftlichen und technischen Fortschritte noch keine Lösungen, weder politischer, sozialer noch ethischer Natur, bringen. Meines Erachtens kommt es vor allem darauf an, daß wir stärker um die Humanisierung dieser Umwelt, und, wenn Sie wollen, auch der Arbeitswelt bemüht sind, und dabei muß der Mensch — und es mag wie ein Schlagwort klingen — wirklich und immer nur er, immer wieder im Mittelpunkt all unserer Überlegungen stehen. Die Forderung nach Selbstverwirklichung und Mitbestimmung sowie nach Befreiung der Menschen von äußeren Sachzwängen darf keine Wunschvorstellung menschenfreundlicher Idealisten sein, sondern muß sich jeweils in der Wirklichkeit des menschlichen Zusammenlebens auswirken.

So gesehen, möchte ich feststellen, daß die Zukunft des einzelnen, die geistige und kulturelle Situation der Gegenwart, die politischen Aufgaben unserer Zeit, die sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen Bildung zu einer gesellschaftspolitischen Realität ersten Ranges gemacht haben.

In einer solchen Situation — und dazu möchte ich jetzt konkret sprechen — kommt, so glaube ich, der Erwachsenenbildung eine besondere Bedeutung zu. Gerade wir in der Steiermark haben eine Anzahl von Einrichtungen, die schon sehr früh die Bedeutung der Erwachsenenbildung erkannt und sich bemüht haben, mit ihrem Bildungsangebot die Menschen unseres Landes bis in die kleinsten Dörfer und Orte zu erfassen. Daß uns das tatsächlich gelungen ist, dafür sprechen eindeutig die Teilnehmerzahlen bei den verschiedenen Kursen, Vorträgen, Veranstaltungen und anderes mehr.

Ich darf hier eine Zahl einer Institution erwähnen, mit der ich in meiner Arbeit direkt verbunden bin, das ist die Volkshochschule der Arbeiterkammer. Hier hat sich die Teilnehmerzahl im Rahmen der Kurse in den letzten fünf Jahren, jährlich gesehen, von 24.000 auf fast 37.000 erhöht. Wir haben heuer zum ersten Mal die tatsächliche Situation, daß wir Kurse nicht durchführen können, weil wir zu viele Anmeldungen haben. Eine ähnliche erfreuliche Entwicklung ist im Rahmen der steirischen Urania zu verzeichnen. Ich darf deshalb auch mit Genugtuung feststellen, daß diese Arbeit der beiden Erwachsenenbildungsorganisationen, die im Landesverband steirischer Volkshochschulen zusammengefaßt sind, im Jahre 1977 mit 2 Millionen Schilling durch das Land Steiermark gefördert wird. Das ist eine Erhöhung um 150 Prozent. Ich glaube, wenn wir das Budget betrachten, werden wir eine ähnliche Erhöhung kaum finden. Damit wurde auch einer langjährigen Forderung nach einer verstärkten finanziellen Unterstützung der Erwachsenenbildung Rechnung getragen und darüber hinaus bewiesen, welchen Stellenwert das Land Steiermark der Erwachsenenbildung beimißt. Allen, die zu diesem Entschluß beigetragen haben, den herzlichsten Dank im Namen der Erwachsenenbildner!

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, möchte ich eine Feststellung treffen, um Mißverständnissen vorzubeugen: Es ist für mich selbstverständlich, daß wir uns in einer demokratischen Gesellschaftsordnung, die durch eine Vielfalt der Meinungen und Anschauungen gekennzeichnet ist, auch zu einer Gemeinsamkeit in der Erwachsenenbildung bekennen. Mit anderen Worten heißt das, daß wir auch auf dem Gebiete der Fort- und Weiterbildung ein demokratisches Miteinander der verschiedensten Bildungseinrichtungen bejahen. Nicht umsonst sind daher unsere Bemühungen, die steirische Erwachsenenbildungsorganisation in einer Dachorganisation zusammenzufassen, um dort gemeinsam die Fragen der Erwachsenenbildung zu beraten. Ob das nun das katholische, das evangelische Bildungswerk ist, das WIFI, das BFI, das LFI — wir haben eine solche Organisation und sind alle der Meinung, daß es hier besser ist, Dinge auszuberaten und auf diesem Gebiet kein Gegenüber zu suchen.

Hohes Haus! Die moderne Gesellschaft erfordert langfristige Planung. Das gilt nicht nur für die Wirtschaft, sondern in gleichem Maße für die Bildungspolitik; selbst dann, wenn ihre Resultate erst in Jahrzehnten sichtbar werden. Bildungspolitik beinhaltet aber auch den Mut, nach neuen Wegen zu suchen — Kollege Schilcher hat gestern einige aufgezeigt —, neue Wege zu finden und auch zu gehen. Gerade darin sehe ich überhaupt eine wesentliche Aufgabe unserer Zeit, und darin liegt auch die Herausforderung für uns alle. Eine echte Antwort, glaube ich, kann nur dann gegeben werden, wenn erkannt wird, daß den bildungs- und kulturpolitischen Aufgaben der ihnen zustehende Stellenwert tatsächlich eingeräumt wird. Das heißt, meine Damen und Herren — hier meine ich vor allem die Erwachsenenbildung —, wenn akzeptiert wird, was im Budget weitestgehend zum Ausdruck kommt, aber draußen im Lande vielleicht nicht immer so, daß es sich bei dieser Erwachsenenbildungsarbeit nicht um die Arbeit von ein paar weltfremden Idealisten handelt, die wohl geduldet, im stillen aber oft belächelt werden, sondern daß diese Erwachsenenbildung eine gesellschaftliche Notwendigkeit geworden ist. Nur wenn dies tatsächlich der Fall ist, ist der Ruf nach ständiger Weiterbildung kein leeres Gerede und keine hohle Phrase. Es genügt nämlich nicht, wenn der Anspruch auf Bildung zwar formell gewährleistet ist, aber von den Menschen nicht im zureichenden Maß verwirklicht werden kann. Die Gleichheit der Bildungschancen, das oft strapazierte Wort, auch gestern in der Diskussion, ist meiner Meinung nach nur dann gegeben, wenn der einzelne tatsächlich in der Lage ist, seine Bildung zu verbessern und jene Weiterbildung zu genießen, die für den Bestand einer Gesellschaft freier Menschen notwendig ist, und dazu kann die Erwachsenenbildung einen wesentlichen Teil beitragen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Maitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Maitz: Verehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Die wichtigste Nebensache im Leben ist sicherlich der Sport. Es wäre ganz interessant, wenn wir hier bei den sehr langen Landtagssitzungen auch zwischendurch ein bisschen isometrische Übungen machen könnten, so wie das zum Beispiel im japanischen Parlament der Fall ist. Vielleicht ist das gleich zu Beginn ein Vorschlag. (Heiterkeit — Landesrat Bammer: „Gestern China, heute Japan, ihr seid weit weg!“) Die wichtigste Nebensache ist Sport glaube ich deshalb, weil er vom Schwimmkurs für Kleinstkinder bis zum Altenturnen, vom Fußballturnier der Knirpse bis zum Schifahren der Großväter das vermittelt, was neben dem Ernst des Lebens, wenn man es so auseinanderhalten will, die Freude an sportlicher Betätigung und das gemeinsame Erleben bringt. Ein großer Wert des Sportes liegt sicher im gesundheitlichen Ausgleich. Sportförderung heißt also für breiteste Bevölkerungsschichten so viel wie

möglich auch in verschiedenartigsten Sparten und das ganze Jahr hindurch Möglichkeiten zur sportlichen Betätigung anzubieten.

Im Landesbudget sind unter dem Titel Sportförderung 25 Millionen Schilling ausgewiesen. Man muß zu diesem Titel Sportförderung im engeren Sinn sicher auch jenen fast gleich hohen Betrag hinzurechnen, nämlich auch fast 25 Millionen, die im Rahmen der Fremdenverkehrsförderung dem Breitensport im weitesten Sinne dienen, zum Beispiel Hallen- und Freibäder, Schilifte, Schipisten, Sportplätze, Mehrzweckhallen, Tennisplätze, Fitness-Strecken und solche Dinge, die weit mehr der heimischen Bevölkerung zur Breitensportlichen Betätigung dienen, als den Gästen, die ja nur zeitweise an diesen Orten diese Sportanlagen nutzen.

Die Sportförderungsmittel im engeren Sinn, wovon im Kapitel 2 die Rede ist, werden nach den Vorschlägen der in der Landessportorganisation vertretenen Dachverbände vergeben. Das ist so seit dem Landessportförderungsgesetz 1953 und das hat sich sicherlich bewährt. Es sind rund 1000 Sportvereine, das sollte man bei dieser Gelegenheit auch sagen, in den drei Dachverbänden, Union, ASVO und ASKO zusammengefaßt. In diesen 1000 Vereinen liegt die Basis für eine breite Sportbegeisterung in der Bevölkerung, aber auch für die einzelnen Spitzenleistungen steirischer Sportler. Trotz dieser sehr großen Zahl von einzelnen Sportvereinen stehen diese vor großen Geldproblemen. Denn die Belastungs- und Teuerungslawine rollt gerade auch auf diese Vereine herunter. Jeder, der einmal Kassier in einem solchen Verein war — ich war es vor längerer Zeit —, der weiß das, wie schwierig das damals schon war und wie schwierig das jetzt noch sein muß. Ein Matchfußball von Adidas kostet jetzt 950 Schilling, vor fünf Jahren noch kostete er 600 Schilling (Abg. Gerhard Heidinger: „Schleichwerbung!“) Aber es sind die ganzen anderen Belastungen, die in diesen Tagen ja alle Gemüter erregen, die auch die kleinen Vereine und die kleinen Funktionäre besonders treffen.

Trotz dieser großen Zahl von Vereinen, die zu fördern sind, haben sich ansehnliche Großprojekte der einzelnen Verbände immer wieder als Schwerpunkte herausgebildet. Auch da nur eine kurze Erwähnung: Union-Sportzentren in der Gaußgasse und Hüttenbrennergasse, das ATG-Sportzentrum in der Kastelfeldgasse, die Dachstein-Fauern-Halle, die Humboldt-Großschanze und das ASKO-Sportzentrum in Eggenberg sowie von verschiedensten Rechtsträgern in der ganzen Steiermark Mehrzweckhallen, die als Sportzentren anzusehen sind. Ich glaube, das ist besonders wichtig, weil ja nicht nur vielen Jugendlichen und Sportvereinen, sondern allen Altersgruppen in diesen dezentralen Sportzentren Möglichkeit zur körperlichen Betätigung, zum körperlichen Ausgleich gegeben wird.

Der Betrieb und das Funktionieren aller dieser Einrichtungen hängt von ehrenamtlichen Funktionären ab, es sind einige tausend in der Steiermark, die immer wieder mit Idealismus und Initiative in den Vereinen und auf den Sportstätten arbeiten. Ihnen soll hier besonders herzlich gedankt werden.

Ein ganz kleines Beispiel für die Einsatzbereitschaft steirischer Sportvereinsfunktionäre möchte ich Ihnen vom letzten Nationalfeiertag nennen. Wir haben in der Steiermark von ganz Österreich die meisten Fitveranstaltungen gehabt, die allesamt von jeweils einzelnen Sportvereinen organisiert wurden und es waren, sehr beachtlich, von ganz Österreich 32 Prozent, die allein in der Steiermark stattgefunden haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, neben dem Sportstättenprogramm, von dem kurz die Rede war, sind es zwei Probleme, die uns in dieser Sparte sehr beschäftigen. Die eine Sorge gilt der Aus- und Weiterbildung der Betreuer, der Trainer, der Sportlehrer, der Lehrwarte, wobei man hier auch dazu sagen muß, das wird auf Dauer nicht nur mehr dem Idealismus überlassen bleiben können. Bei den großen Vereinen, bei den Spitzensportlern ist es ja schon so, daß hier Bezahlungen über Spesenersätze stattfinden, das belastet die Vereine sehr und das muß man sich auch überlegen. Der Spesenersatz, zumindest für Spitzentrainer, müßte möglich sein. Die Aus- und Weiterbildung dieser Damen und Herren, die als Betreuer, Trainer, Sportlehrer, Lehrwarte tätig sind. Die zweite Sorge ist die Sportmedizin. Es ist ja einerseits so, daß Kinder in oft nicht mehr verantwortbarer Weise zu sportlichen Leistungen von stolzen Eltern, von guten Trainern verhalten werden und Spitzensportler eine dementsprechende medizinische Betreuung oft nicht haben.

Diese zwei Anliegen sind es, die auch seinerzeit schon zum österreichischen Institut für Sportmedizin, das in der Steiermark begründet wurde, als erster Schritt geführt haben. Der zweite Schritt in dieser Richtung war die am 1. Juli des Jahres unter Vorsitz des Herrn Landeshauptmannes Doktor Niederl stattgefundene Enquete in der Grazer Burg, wo alle Sportvereinigungen und alle befaßten Stellen ihre Vertreter entsandt hatten und wo in dieser Enquete eine Zusammenfassung einer Vorgangsweise für eine Verbesserung der sportmedizinischen Betreuung in der Steiermark gemacht wurde. Die gemeinsame Vorgangsweise zwischen Land, Universitätsinstituten, Ärztekammer, dem österreichischen Institut für Sportmedizin, Gebietskrankenkasse und Landessportorganisation ist in diesem Ergebnis zusammengefaßt und soll zügig weiter vorangetrieben werden. Ich glaube, daß diese sportmedizinische Betreuung die Gesundheit der breiten sporttreibenden Jugend und Bevölkerung überwachen sollte in breitester Form in einer Art und Weise wie auch unlängst der sportmedizinische Referent der Ärztekammer in einer Modellvorstellung dies gebracht hat und daß den Spitzensportlern eine laufende fachlich bestens qualifizierte Kontrolle geboten werden soll.

Meine Damen und Herren, aus der großen Zahl der internationalen Veranstaltungen für 1977 möchte ich nur eine herausgreifen, nämlich die Weltmeisterschaft im Riesentorlauf und Abfahrtslauf der Schibobsportler für Damen und Herren, und zwar deshalb herausgreifen, weil trotz bester Bemühungen der ORF noch immer nicht bereit ist, eine Weltmeisterschaft, die in der Steiermark stattfindet, im

Fernsehen zu übertragen. Es sind hier Vorstöße von verschiedenen Seiten da und ich möchte alle Stellen einladen, mit dem Herrn Landeshauptmann, der das bereits getan hat, gemeinsam zu versuchen, daß dieses Großsportereignis doch noch vom Österreichischen Rundfunk und Fernsehen übertragen wird.

Wir sind auch mit Recht stolz auf steirische Spitzensportler. Die Bilanz für 1976 ist sehr, sehr stattlich; nur drei Zahlen dazu: Wir haben im Jahre 1976 121 Staatsmeistertitel in die Steiermark bringen können, wir haben 42 Placierungen bei Wettkämpfen erreicht wie Olympiaden, Welt- bzw. Europameisterschaften. Sie werden sagen, 42 bei Olympiaden, da stimmt doch etwas nicht, aber es ist besonders erfreulich und ganz großartig, daß 22 dieser Medaillenränge bei der Versehrtenolympiade von steirischen Sportlern errungen wurden. Wir haben 16 Placierungen bei welt- und europameisterschaftsähnlichen Veranstaltungen erreicht. Wir sind mit Recht — ich sage es noch einmal — glücklich und stolz auf diese Spitzenleistungen.

Wesentlich scheint mir aber auch, daß unsere Kinder und wir selbst so viel als möglich Gelegenheit haben, in den verschiedensten Sparten Sport zu betreiben, der der Gesundheit dient, der die Gemeinschaft fördert, aber auch der Spaß machen soll.

Dazu, weil der Winter vor der Tür steht und wieder viele tausende Kinder in den Schikursen in der Steiermark schifahren lernen werden, eine interessante Initiative: Der Schullehrerverband in der Steiermark hat ein für Österreich neues Beispiel gesetzt, nämlich Kinderschullehrer dafür besonders auszubilden. Es sind bis jetzt in drei Lehrgängen über 150 Schullehrer, die eine besondere Ausbildung für Kinderschikurse bekommen haben. Ich glaube, das ist auch besonders wesentlich, weil die Gefahr und das, was mit dem Schifahren ohnehin heute auch schon an sportlichen technischen Geräten verbunden ist, eines besonderen Wissens bedarf, damit unsere Kinder gut und sicher schifahren lernen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das war ein kurzer Abriss zum Sport.

In den beiden Vorjahren habe ich von dieser Stelle aus auch zur Jugendarbeit, zu den Jugendverbänden, zu den Förderungsarbeiten gesprochen; heuer möchte ich das nur mit einer Gesamtübersicht tun, denn die Wertschätzung, die eine Körperschaft der Jugend entgegenbringt, prägt sich sicherlich darin aus, wieviel Geld, wieviel Mittel der Jugend für ihre eigenständige Arbeit zur Verfügung gestellt wird — die finanzielle Ausstattung also der Jugendarbeit vergleichsweise zum Bund und dem Land Steiermark.

Dazu zwei Graphiken, die das vielleicht etwas deutlicher darstellen, als man es mit Worten sagen kann. (Zeigt Graphiken.) Auf der einen Graphik hier ist die grüne Linie nach oben — wie könnte es anders sein — die Jugendförderung des Landes Steiermark, die ganz steil nach aufwärts führt; wenn wir 1970 als 100 Prozent annehmen, haben wir im Jahre 1976 ein Plus von 99 Prozent und im

Jahre 1977 vergleichsweise zu 1970 ein Plus von 135 Prozent. Das ist eine deutliche steile Kurve nach oben. Die Bundeskurve ist viel flacher, könnte man sagen, und hat in der Steigerungsrate, wenn man wieder 1970 als 100 Prozent annimmt, lediglich ein Plus von 38 Prozent bzw. 1977 von 41 Prozent. Sie können jetzt sagen, das ist ja auch noch sehr gut. Dazu muß man nur eines sagen: Wenn man den bereinigten Index hernimmt, dann bleibt von diesen 41 Prozent bei einer Teuerungsrate seit 1970 um 52 Prozent nicht nur nichts übrig, sondern hat der Bund seit 1970 um ein Drittel weniger zur Verfügung gestellt im Geldwert. Er ist also um ein Drittel von 1970 auf 1977 abgesunken. Um so mehr ist es erfreulich, daß die Steiermärkische Landesregierung und der Steiermärkische Landtag für die Jugendförderung eine so beachtliche und interessante Aufwärtsentwicklung zeigen.

Sie können mir sagen, Prozentsätze zeigen nicht alles und auch schöne Graphiken zeigen nicht alles — daher müßte man fragen, wieviel pro Kopf der Bevölkerung aufgewendet wird. Wieviel Mittel sind pro Kopf der Bevölkerung für die Jugendförderung aufgewendet worden? Dazu auch hier ein Bild, das das verdeutlichen kann: Auf dieser Graphik, die ich vorzeige, sind für 1970 die Bundesausgaben rot schnaffiert, die Landesausgaben sind der grüne Turm. (Zeigt Graphiken. — Abg. Ing. Turek: „Schwarz müßte er sein!“) Bitte sehr! Ich kann die Graphiken gerne herumgeben, hoffentlich lenkt das nicht zu sehr von den anderen Rednern ab. Wir haben 1970 pro Kopf und Nase von der österreichischen Bundesförderung für die Jugend 3,35 Schilling und 1977 4,73 Schilling. Das sind die beiden Türme auf der Graphik.

(Abg. Ing. Turek: „Unter Jugendförderung versteht man ja viel. Was ist da drin?“) Das sind die jeweils im Bund und Land unter Jugendförderung ausgewiesenen Mittel. (Abg. Ing. Turek: „Kindergärten auch?“) Bei Bund und Land könnte man natürlich dazusagen, der Jugend kommt vieles zugute, aber bitte, das gilt auch fürs Land. (Abg. Gerhard Heidinger: „Jetzt weißt du es wieder!“ — Abg. Ing. Turek: „Was für Maßstäbe sind das?“) Das ist der gleiche Maßstab für die Jugendförderung. (Abg. Ileschitz: „Sind die Bundessportheime auch drinnen?“) In den Landesmitteln sind die Sportmittel nicht drinnen und in den Bundesmitteln auch nicht. Das gilt für beides gleichmäßig. (Landesrat Bammer: „Herr Kollege, es gibt kein Landessportheim!“) Von einem Landessportheim habe ich bis jetzt nicht geredet. Es ist in beiden Fällen der gleiche Maßstab vorhanden, deshalb gibt es keine Ausrede, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Im Land wurden im Jahre 1970 pro Person der Bevölkerung bereits 5,62 Schilling aufgewendet, das ist eineinhalbmals soviel wie der Bund, und im Jahre 1977 wendet das Land 13,20 Schilling auf, das ist, wie aus dieser Säule auf der Graphik deutlich wird, dreimal soviel, als der Bund pro Kopf der Bevölkerung für die Jugendförderung aufwendet. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das nennt man Manipulation!“) Manipulation ist das, was Ihnen nicht gefällt, Herr Abgeordneter! So geht es nicht. (Erster Landes-

hauptmannstellvertreter Sebastian: „Darf ich etwas sagen?“) Gerne, Herr Landeshauptmann.

Der Herr Landeshauptmann Sebastian möchte einen Zwischenruf machen, wenn Sie so freundlich wären! (Präsident: „Der Herr Abgeordnete Dr. Maitz hat dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter das Wort erteilt!“ — Heiterkeit — Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Es wäre sehr interessant gewesen, wenn Sie auch einen Vergleich von 1969 oder 1966 gebracht hätten!“) Ich kann das gerne bringen, ich habe es auch hier: Damals gab es sehr deutliche Aufwärtsentwicklungen in beiden Fällen. Damit haben Sie leider Pech, Herr Landeshauptmannstellvertreter. Ich gebe es Ihnen dann gerne zum Anschauen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Was ihm nicht paßt, läßt er weg!“)

Ich würde gerne noch ein sehr konkretes Beispiel anführen und Sie alle bitten, mit uns gemeinsam dafür einzutreten. Das Jugendgästehaus der Stadt Graz wurde seinerzeit mit einer Dreiteilung der Kosten zwischen dem Bund, dem Land und der Stadt Graz vereinbart. Der Herr Unterrichtsminister Gratz hat damals im Mai 1972 bei der Eröffnung des Jugendgästehauses die Einlösung des Versprechens des Bundes für die gestiegenen Baukosten, also einer genauen Drittelung der Kosten, zugesagt. Der Herr Bundesminister Sinowatz, der derzeitige Bundesminister, hat in einem Brief vom 8. September 1976 auf die wiederholte Bitte, dieses Versprechen einzuhalten, bedauerlicherweise geantwortet, daß er dafür keine Mittel zur Verfügung stelle.

Es ist also festzuhalten, daß sowohl das Land als auch die Stadt Graz mit über 6,6 und 6,5 Millionen Schilling jeweils ihre Zusagen, wie sie zu Baubeginn gegeben wurden, eingehalten haben und der Bund sein Versprechen nicht eingehalten hat. Ich würde daher bitten, daß alle, die am Jugendgästehaus der Stadt Graz interessiert sind — und ich nehme an, das sind alle hier in diesem Hause, gemeinsam beim Herrn Bundesminister Sinowatz versuchen, dieses alte Versprechen doch noch zur Einlösung zu bringen. (Abg. Ileschitz: „Zum Fitmarsch einladen!“) Jawohl, das ist eine gute Idee, vielleicht ist es dann möglich, wenn Sie gemeinsam die Einladung mit uns aussprechen, wird es sicher möglich sein. (Abg. Ing. Turek: „Den Sinowatz müssen wir schieben, der kann nicht gehen!“ — Abg. Ileschitz: „Der geht auf die Berge hinauf, da bleibt dir die Luft weg!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist gestern auch sehr viel von Demokratieverständnis und den Parteien gesprochen worden, ich möchte den Damen und Herren der sozialistischen Seite hier gerne ein Beispiel ihres Klubobmannes im Wiener Parlament geben und Ihnen berichten, vielleicht kann man daraus auch etwas lernen, wie der Herr Abgeordnete Fischer am Sonntag, dem 21. November am Vormittag sich bei einer Diskussion der Klubobmänner auf meine Anfrage hin geäußert hat. (Abg. Hammerl: „Das war die Diskussion zum Sportzentrum?“) Nein, war keine. Aber zur Jugend gehört auch das Demokratieverständnis, daher ist das durchaus passend, wenn man das hier erwähnt. Bei einer Diskussion auf meine Anfrage, wie er es mit dem Stehsatz, Sozialismus sei vollendete Demo-

kratie in Ihrem Programm hält, hat er wörtlich folgendes geantwortet, was mich sehr beeindruckt hat (Landesrat Bammer: „Überhaupt ein eindrucksvoller Mensch!“): „Nachdem dieser Passus Sozialismus ist vollendete Demokratie zunehmend nicht nur den Dr. Taus beschäftigt, sondern mir überall bei den Diskussionen begegnet, habe ich mir das genau überlegt, und ich gebe zu, daß dies eine unglückliche Formulierung ist, die durchaus mißverständlich ist.“ Vielleicht kann man, Sie haben gestern vom Hochmut gesprochen, auch hier etwas annehmen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Was möchten Sie jetzt sagen?“) Daß das bereits ein sehr deutliches Eingeständnis ist, daß dieser Satz sehr mißverständlich ist, wie der Herr Klubobmann sagt und eine sehr unglückliche Formulierung ist. (Abg. Gerhard Heidinger: „Was schließen Sie daraus?“) Ich weiß nicht, warum Sie sich so erregen, ich stelle das nur fest. Dieser Satz ist eine unglückliche Formulierung und sehr mißverständlich. (Abg. Gerhard Heidinger: „Die ganze OVP ist ein Unglück!“ — Landesrat Dr. Krainer: „Für Sie!“) Für Sie ist das scheinbar nicht so wichtig, für uns schon. Der Herr Dr. Taus hat das aufgeworfen und der Herr Klubobmann Fischer gibt das gerne zu, daß das in seinem Programm falsch ist. Das ist eine interessante Feststellung. (Abg. Gratsch: „Das interpretieren Sie jetzt bewußt falsch!“) Darf ich Ihnen noch ein Beispiel sagen, mit dem Sie noch weniger Freude haben werden. (Abg. Ing. Turek: „Der Taus wirft nur auf, aber zustande bringt er nichts!“) Diese Einsicht, die der Herr Klubobmann Fischer hier in Graz gezeigt hat, hat allerdings gestern seinen Beitrag im Parlament nicht mehr ausgezeichnet, denn die Dialektik, in der Budgetrede zuerst zu sagen, wieviele Alternativvorschläge die OVP eingebracht hat, wie man das viele Geld, das oft sehr fragwürdig verwendet wird, anders verwenden kann, und dann am Schluß zu sagen: „die OVP hat eben keine Alternativen“, dann frage ich mich, wo ist die Demagogie und die Dialektik beheimatet. Danke. (Beifall bei der OVP. — Abg. Prensberger: „Beim Geldausgeben allein kann es nicht sein!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Die Wahrheit wird man wohl sagen dürfen!“)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wimpler. Ich erteile es ihm.

Abg. Wimpler: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nach der gestrigen Wortmeldung des Kollegen Prensberger scheint es mir doch notwendig, festzustellen, daß er seine Ansichten bezüglich der Lehrlingsausbildung einer kleinen Revision unterzogen hat. Er sprach von einer Lehrzeit in drei Abschnitten, er sprach von Maßnahmen zur Erhaltung von Lehrplätzen, von der Förderung bei Schaffung neuer Lehrplätze und damit im Zusammenhang von der Überprüfung der Verhältniszahlen. Die Auffassungen scheinen sich also schon sehr nahe gekommen zu sein und wenn man die Ausführungen von Kollegen Stoisser betrachtet, so geht das auch aus ihnen hervor.

Bei der letzten Budgetdebatte hörte man das allerdings noch ein wenig anders. Als ich im Vorjahr von einer Förderung der Lehrbetriebe sprach,

hörte man noch Hinweise auf Lehrlinge als billige Arbeitskräfte. Ich möchte daher, meine Damen und Herren, wiederholen, daß wir nach wie vor die Meisterlehre als die Säule der Berufsausbildung betrachten, wissen aber selbstverständlich, daß sich die Verhältnisse seit der Zeit unserer Ausbildung oder der Ausbildung unserer Väter geändert haben, und daß wir selbstverständlich dieser Änderung Rechnung zu tragen haben.

Es wurde gestern schon erwähnt, daß die Zeit immer mehr der Vergangenheit angehören wird, daß der Mensch einen einmal erlernten Beruf bis zur Erreichung seines Pensionsalters ausüben kann. Daß er den Beruf vielleicht mehrmals wird ändern müssen, gleichgültig ob der Anlaß zu dieser Änderung in betrieblichen Veränderungen oder in persönlichen Überlegungen gegeben ist. Wir wissen auch, daß mit dem technischen Fortschritt eine immer größer werdende Spezialisierung Platz greift, daß Berufe aussterben und neue entstehen und daraus ergibt sich meiner Meinung nach auch die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Lehrbetrieben, um eine umfassende Ausbildung den Lehrlingen zu ermöglichen.

Es ergibt sich daraus aber auch, meiner Meinung nach, daß der junge Mensch sich nach Absolvierung der Pflichtschule nicht sofort für einen bestimmten Beruf entscheiden können wird. Wir halten es daher für zweckmäßig, vor Aufnahme der eigentlichen Lehre ein Jahr der Ausbildung in Grundberufen einzuschieben und dem Lehrling zunächst Einblick in die einzelnen Berufsgruppen zu gewähren und ihn mit diesen Grundbegriffen vertraut zu machen. Wenn diese Ausbildung in Grundberufen dann in das polytechnische Jahr einbezogen wird, dann geht dem Lehrling auch keine Zeit verloren und es würde auch nicht die Ausbildung verringert, weil der Lehrling dann schon vorgebildet in die eigentliche Lehre eintritt. Er hat sich also nach reiflicher Überlegung, die ihm das eine Jahr ermöglicht, für den einen oder anderen Beruf entschieden und tritt somit entschlossener in die eigentliche Lehre ein.

Meine Damen und Herren, ich glaube diese Hinweise waren notwendig, weil der Vorsitzende der Metall- und Bergarbeitergewerkschaft, Nationalrat Sekanina, in der 11. Konferenz der Metall- und Bergarbeiterjugend die Änderung des Berufsausbildungsgesetzes und die Schaffung eines sogenannten Berufsausbildungsfonds vorgeschlagen hat, im Zusammenhang damit auch die Loslösung der Lehrlingsstelle von der Handelskammer und den Vorschlag gemacht hat, daß die Kosten für diesen Berufsausbildungsfonds dadurch aufgebracht werden, daß die Lehrbetriebe 2 Prozent der Lohnsummensteuer dafür abliefern.

Meine Damen und Herren, gegen diese Absichten wollen wir uns schon zur Wehr setzen. Ich glaube, daß die Meisterlehre, wie ich schon ausgeführt habe, doch den Vorzug haben müßte, und daß wir einen solchen Berufsausbildungsfonds in keiner Weise brauchen. Ich habe schon im Vorjahr darauf hinweisen können, daß die großen Leistungen des Wiederaufbaues nach dem Kriege von jenen Fach-